



OBERLANDESGERICHT TRIENT

ERÖFFNUNG DES GERICHTSJAHRES



***BERICHT DER PRÄSIDENTIN
Gloria Servetti***

GENERALVERSAMMLUNG - TRIENT, 26. JANUAR 2019

Justizpalast - Aula Magna



OBERLANDESGERICHT TRIENT

GERICHTSJAHRES 2019

BERICHT DER PRÄSIDENTIN
GLORIA SERVETTI

INHALT

1. Einführung
2. Allgemeine Betrachtungen
3. Die Rechtspflege in unserem Sprengel
 - 3.1 Zivilgerichtsbarkeit
 - 3.2 Strafgerichtsbarkeit
 - 3.3 Jugendgerichtsbarkeit
 - 3.4 Überwachungsgerichte
 - 3.5 Friedensgerichte
 - 3.6 Umstellung der Gerichtsämter auf EDV
 - 3.7 Wichtigste Ausgaben



BERICHT ÜBER DIE RECHTSPFLEGE IM OBERLANDESGERICHTSSPRENGEL TRIENT

1. Einführung

Sehr geehrte Damen und Herren, Rechtsanwälte, Kollegen und Gäste!

Ich danke Ihnen allen recht herzlich, dass Sie der Einladung zur Teilnahme an dieser traditionellen Eröffnungsfeier des Gerichtsjahres gefolgt sind. Anlässlich dieser institutionellen Feierlichkeit versammeln wir uns nicht nur, um gemeinsam den objektiven und kritischen Bericht über die im abgelaufenen Jahr 2018 durchgeführten Tätigkeiten zu hören und der Öffentlichkeit zu präsentieren, sondern auch, um ausgehend von den im vergangenen Gerichtsjahr mehr oder weniger erzielten Ergebnissen die programmatischen Richtlinien für das eben angebrochene Jahr gemeinsam festzulegen. Diese ist nicht lediglich eine zeremonielle Veranstaltung, sondern sollte einen Erfahrungsaustausch ermöglichen, um im Interesse der Bürger die Grundlagen für einen gemeinsamen Weg aller im Bereich des Justizdienstes wirkenden Institutionen zu schaffen.

Zunächst ergeht mein hochachtungsvoller Gruß an den Präsidenten der Republik, der in den vergangenen zwölf Monaten wiederholt und sogar noch entschiedener als in der Vergangenheit seine Funktion als Garant der Verfassung und der bürgerlichen Rechte unserer Gesellschaft sehr ausgeglichen und weise ausgeübt hat. Deshalb möchte ich kurz seine klare Nachricht in Erinnerung rufen, die er in der vergangenen Neujahrsansprache an das italienische Volk gerichtet hat, und zwar insbesondere die Passage, in der er Folgendes behauptete: *„Sich als Gemeinschaft empfinden bedeutet, Werte, Perspektiven, Rechte und Pflichten zu teilen. Es bedeutet, sich innerhalb einer gemeinsamen und gemeinsam aufzubauenden Zukunft vorzustellen. Es bedeutet Verantwortung, weil jeder von uns – mehr oder weniger – an der Zukunft unseres Landes mitwirkt. Es bedeutet auch, sich gegenseitig zu respektieren. Es*

bedeutet, sich der Faktoren bewusst zu sein, die uns einen, und mit Recht für die eigenen Ideen zu kämpfen, aber dabei auf Hass, Beleidigungen und Intoleranz zu verzichten, welche nur Feindseligkeit und Angst erzeugen.“ Seine Worte hatten gar nichts mit gefühlsseeliger Rhetorik zu tun, sondern waren eine leidenschaftliche und realistische Erinnerung an die Bedeutung von Gemeinschaft und Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft, was auch gegenseitigen Respekt und ein starkes Zugehörigkeitsgefühl einschließt. Diese Grundsätze passen übrigens auch sehr gut für das Justizwesen und sollten den Weg erleuchten, der im kommenden Jahr vor uns liegt.

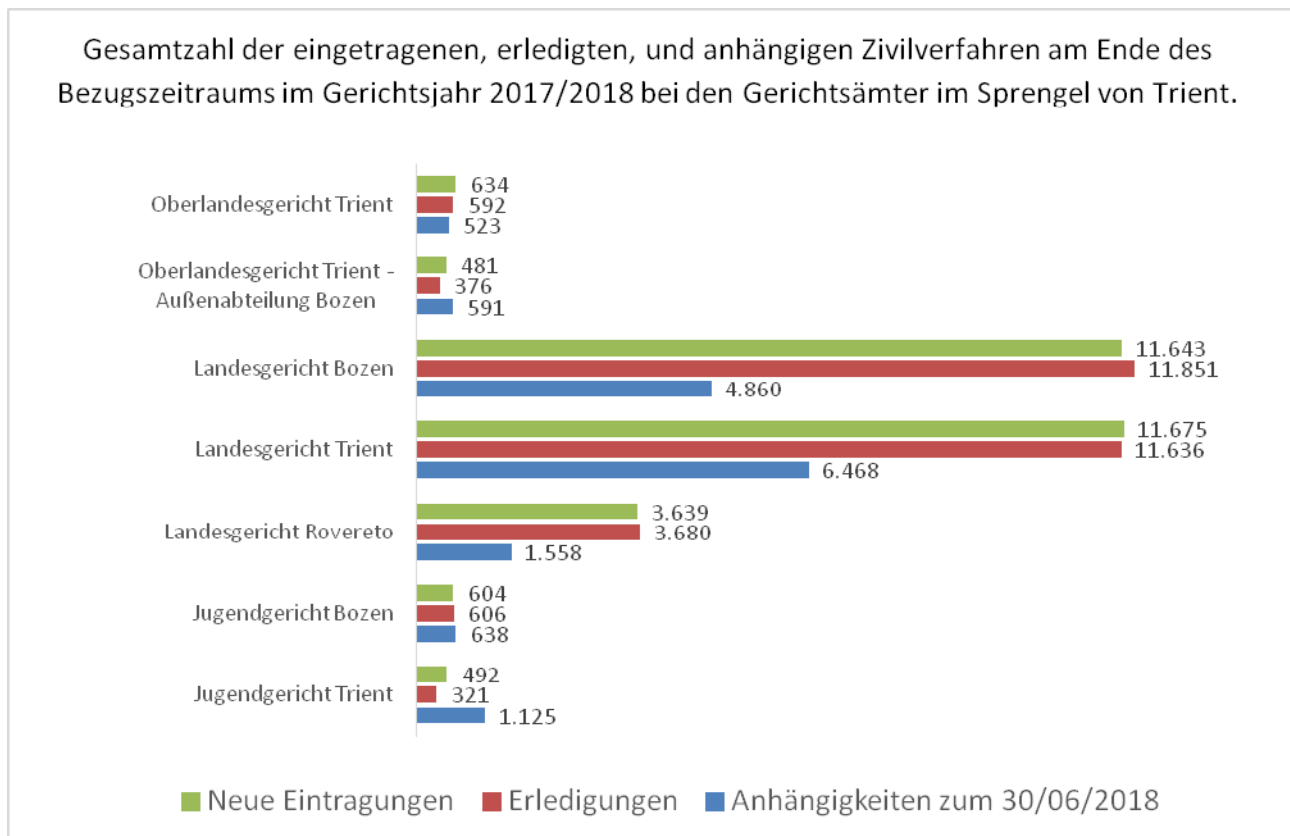
Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Präsident Mattarella unserer Region in den vergangenen Monaten seine besondere Aufmerksamkeit – und ich würde sogar sagen, seine Zuneigung – geschenkt hat, indem er zahlreichen Veranstaltungen und Ereignissen beiwohnte, wie zum Beispiel im Mai dem symbolgeladenen 91. Nationalen Alpini-Treffen, im Dezember der dem langjährig bestehenden lokalen Unternehmertum gewidmeten Veranstaltung und vor Kurzem dem Staatsbegräbnis des der Terrorattacke in Straßburg zum Opfer gefallenen jungen und vielversprechenden Journalisten Antonio Megalizzi, bei dem Mattarella den Schmerz über diesen tragischen Verlust mit der gesamten Trentiner Gemeinschaft geteilt hat. Wir wollen auch heute, anlässlich unserer Eröffnungsfeier, mit Zuneigung und Trauer Antonio Megalizzi gedenken.

Den heute anwesenden zahlreichen Behördenvertretern, den Vertretern des Justizministeriums und des Obersten Rats für das Gerichtswesen, allen Ordnungskräften, den Rechtsanwälten und Richterkollegen des Sprengels, den Verwaltungsbediensteten und Führungskräften unserer Gerichte möchte ich sagen, dass es nur dank des Einsatzes jedes Einzelnen möglich war, positive Ergebnisse zu erzielen, wobei in dieser Hinsicht weder eine Hierarchie noch ein Vorrang besteht, weil jeder in seiner Rolle gleichermaßen wichtig ist, um die Rechtsprechung angemessen auszuüben und den Bürgerinnen und Bürgern einen Dienst zu erbringen, der den Anforderungen an ein bürgerliches Grundrecht entspricht.

Das Justizwesen ist keine eigenständige und vom Alltag der Menschen separate Welt, sondern Teil des Lebens aller Bürger. Es äußert sich in einem Dienst, der – um wirklich als ein Dienst bezeichnet zu werden und um seine spezifischen Zielsetzungen erreichen zu können – nicht vom Verständnis, vom Austausch und vom starken Zugehörigkeitsgefühl absehen darf. In diese Richtung müssen sich alle Akteure des Justizwesens in ihren jeweiligen Funktionen harmonisch bewegen.

2. Allgemeine Betrachtungen

2.1 Alle Gerichte im Sprengel haben die Justiznachfrage positiv bewältigt und Ergebnisse erzielt, die weiterhin ein gutes Gleichgewicht zwischen neu eingetragenen und abgeschlossenen Verfahren zeigen. Trotz der unvermeidlichen, mit der Besonderheit des jeweiligen Sektors zusammenhängenden Variablen und der zahlreichen neuen Gesetzesbe-



stimmungen lässt sich demnach annehmen, dass sich der positive Trend, der seit einiger Zeit in unserer Region zu verzeichnen ist, auch in diesem Jahr fortsetzt. Dies bezeugt, dass ein Stellenplan, der korrekt und im Verhältnis zum wahrscheinlichen Arbeitspensum abgestimmt ist, die erste und wichtigste Garantie für den guten Betrieb des Dienstes darstellt. Das heißt allerdings nicht, dass es hier und da nicht einige konkrete Probleme gegeben hätte. Tatsächlich war das eine oder andere Amt manchmal überlastet, besonders wenn man bedenkt, dass für die kleineren Gerichte – wie z. B. die Überwachungsgerichte und alle Jugendgerichte im Sprengel – auch nur eine unbesetzte Stelle äußerst schwerwiegend ist, weshalb sie gezwungenermaßen flexible Organisationskriterien anwenden und häufig auf Vertretungen und zeitweilige Zuteilungen zurückgreifen müssen.

2018 sind zahlreiche Richter in den Ruhestand getreten. Obwohl der Oberste Rat in der Regel die unverzügliche Veröffentlichung der aus diesem Grund frei gewordenen Stellen vorgenommen hat, war das Ergebnis in Bezug auf die wegen vorzeitigen Ausscheidens aus dem Dienst unbesetzten Stellen der intermediären Leitungsaufträge nicht immer zufriedenstellend. So war zum Beispiel von den fünf Stellen als Sektionspräsident des Oberlandesgerichts mit seinen beiden Abteilungen nur eine von ihrem rechtmäßigen Inhaber besetzt und vollständig wirksam.

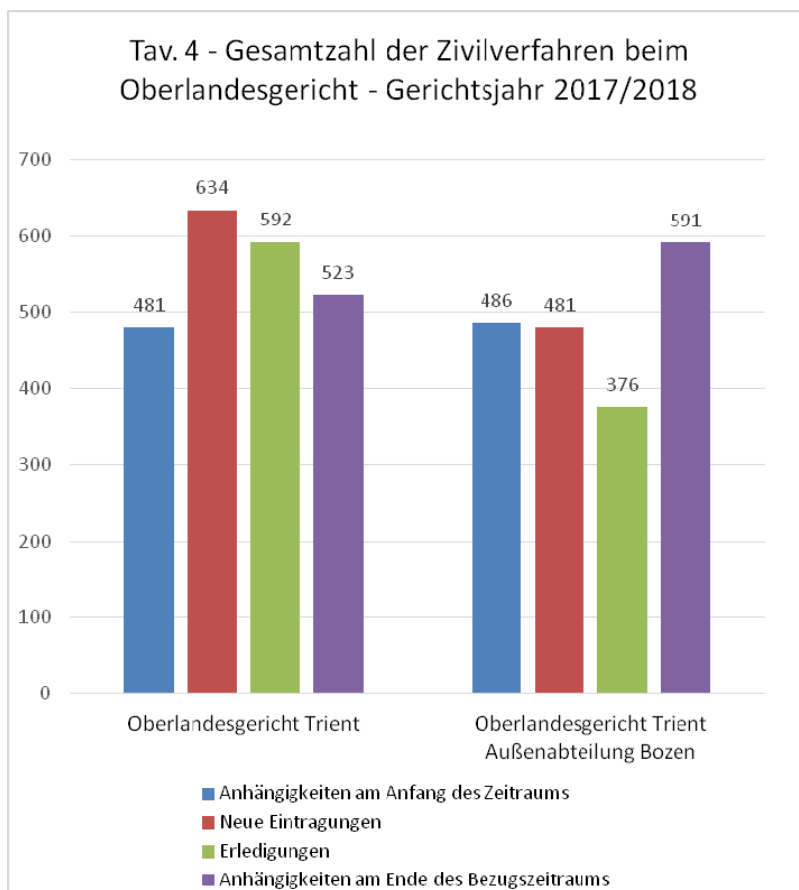
Ich möchte nun die in den Ruhestand getretenen Kollegen herzlich grüßen, insbesondere den Staatsanwalt beim Jugendgericht Trient, der Ende des vergangenen Jahres aus dem Berufsleben ausgeschieden ist und dem ich auch für seine im Interesse des Jugendgerichts durchgeführte Tätigkeit und sein langjähriges leidenschaftliches und aufrichtiges Engagement bei der Ausübung seiner Führungsaufgaben in einem so heiklen und emotionell geladenen Sektor meinen Dank ausspreche. Ein herzliches Dankeschön ergeht auch an Dr. Johann Pichler, der in den vergangenen acht Jahren die Außenabteilung Bozen des Oberlandesgerichtes geleitet hat und sein Amt erst vor wenigen Tagen wegen Austritts aus dem Richterstand niedergelegt hat. Ihnen allen wünsche ich viel Glück in dieser neuen, hoffentlich unbeschwerten Lebensphase, in der Sie sich zweifellos auch weiterhin für den Schutz der Werte einsetzen werden, welche Sie in all den Jahren Ihres treuen Dienstes aufopferungsvoll verteidigt haben.

Einen besonderen Gruß möchte ich den Mitgliedern des Gerichtsrats des Oberlandesgerichts (Plenum, engerer Rat und autonome Sektion) aussprechen. Ich danke Ihnen allen für Ihren kompetenten Einsatz und Ihre Hingabe bei der Ausübung Ihrer Befugnisse, die sich stets durch einen konfliktfreien und konstruktiven Austausch sowie einen konstanten Dialog auszeichnete, auch wenn es darum ging, die zahlreichen Auslegungsprobleme neuer Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen anzugehen.

Ebenso möchte ich den Vorsitzenden und Mitgliedern der Räte der Rechtsanwaltskammern des Sprengels meine Wertschätzung zukommen lassen, die jederzeit bereit waren, an Studien-, Vertiefungs- und Diskussionsveranstaltungen teilzunehmen oder bei deren Veranstaltung mitzuwirken. Diese Veranstaltungen waren ein großer Erfolg und machten uns bewusst, wie wichtig es ist, harmonisch zusammenzuarbeiten und jedes Auslegungs- bzw. Anwendungsproblem mit dem sowohl Richtern als auch Rechtsanwälten eigenen unabhängigen Geist und wissenschaftlicher Ehrlichkeit anzugehen.

In diesem Zusammenhang war die ständige Unterstützung der Universität ebenfalls sehr wichtig und deshalb kommt den Verantwortlichen, dem Rektor und den Dozenten der Fakultät für Rechtswissenschaften der Universität Trient ein besonderer Dank zu. Viele Initiativen wurden gemeinsam mit der Universität veranstaltet und auch 2018 wurde die Weiterbildungstätigkeit in Zusammenarbeit mit der gebietsmäßig zuständigen Einrichtung der „Scuola Superiore della Magistratura“ weitergeführt, dank deren unermüdlicher Tätigkeit alle Kollegen fast in Echtzeit über wichtige Informationen verfügen konnten und ein fruchtbringender Austausch über die im vergangenen Jahr eingetretenen Gesetzes- und Rechtsprechungsneuerungen stattfinden konnte.

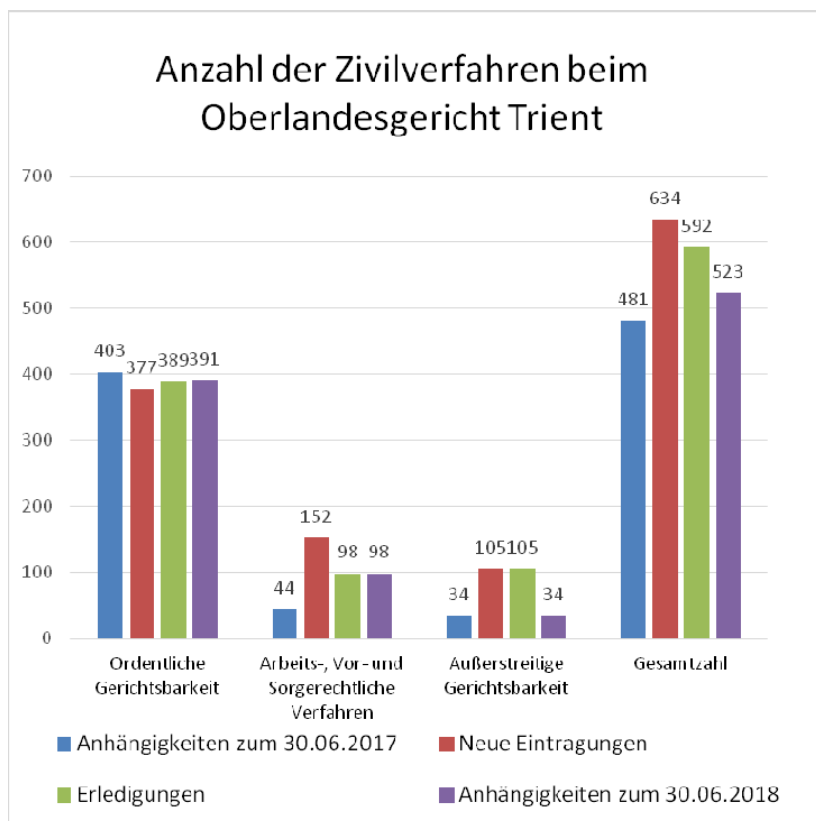
2.2 Wie bereits angedeutet, hat die Zusammensetzung der Richterschaft des Oberlandesgerichts im Berichtsjahr erhebliche Änderungen erfahren, da zahlreiche Richter mit langjähriger Erfahrung, die bei der Ausübung ihres Amtes stets eine unermüdliche Hingabe gezeigt hat, aus dem Dienst geschieden sind. Außerdem ist der Präsident der Ersten Zivilsektion, Dr. Fabio Maione, ausgeschieden, der sein Amt in einem so vielfältigen Bereich jahrelang ausgeglichen und mit höchster Sorgfalt ausgeübt hat. Der Zivilbereich ist nämlich gemäß der Organisationstabelle nicht nur für einen Teil der ordentlichen Verfahren, sondern auch für Arbeitsstreitfälle sowie für die familien- und jugendrechtlichen Verfahren zuständig, die bekanntlich eine unverzügliche



Entscheidung, eine hohe Fachkompetenz und eine besondere Sensibilität im Hinblick auf die menschlichen Probleme erfordern, die ja den Kernpunkt dieser Streitfälle darstellen.

Die neu angetretenen Richter reichen einen positiven Wissens- und Erfahrungsschatz und haben sofort mit großer Begeisterung und Effizienz ihre Aufgaben angenommen, wodurch die Kontinuität der Arbeit, die Abhaltung der Verhandlungen und der Abschluss der anhängigen Verfahren gewährleistet werden konnten.

Von den beiden Zivilsektionen sind in der Ersten Sektion die größeren Schwierigkeiten zu verzeichnen. In der Zweiten Sektion sind alle Stellen auch dank der Anwesenheit ih-



res ehemaligen Präsidenten, Dr. Domenico Tagliatela, der nun das gleiche Amt beim Oberlandesgericht Venedig bekleidet, im Berichtszeitraum besetzt. In der Ersten Sektion ist hingegen mit 152 im Zeitraum 1. Juli 2017–30. Juni 2018 neu eingetragenen Verfahren (im Vergleich zu den 93 Neueintragungen im Vorjahr und der relativen Stabilität im vorvergangenen Jahr) ein erheblicher Anstieg der arbeitsrechtlichen Verfahren zu ver-

zeichnen. Dieser Anstieg der neu eingetragenen Verfahren um ungefähr 67% ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Streitverfahren betreffend den öffentlichen Dienst, deren Auswirkungen zuvor noch nicht spürbar waren, in die zweite Instanz übergegangen sind. Dies hat zu einem merklichen Anstieg der anhängigen Verfahren (von 44 auf 98, d. h. +122,73%) am Ende des Berichtszeitraums geführt, obwohl in dieser Sektion die Bearbeitungszeiten im Rahmen eines Jahres gehalten werden konnten und den Streitfällen betreffend Entlassungen immer der Vorrang eingeräumt wurde, da diese die stärksten Auswirkungen auf das Leben der Arbeitnehmenden und ihrer Familien haben.

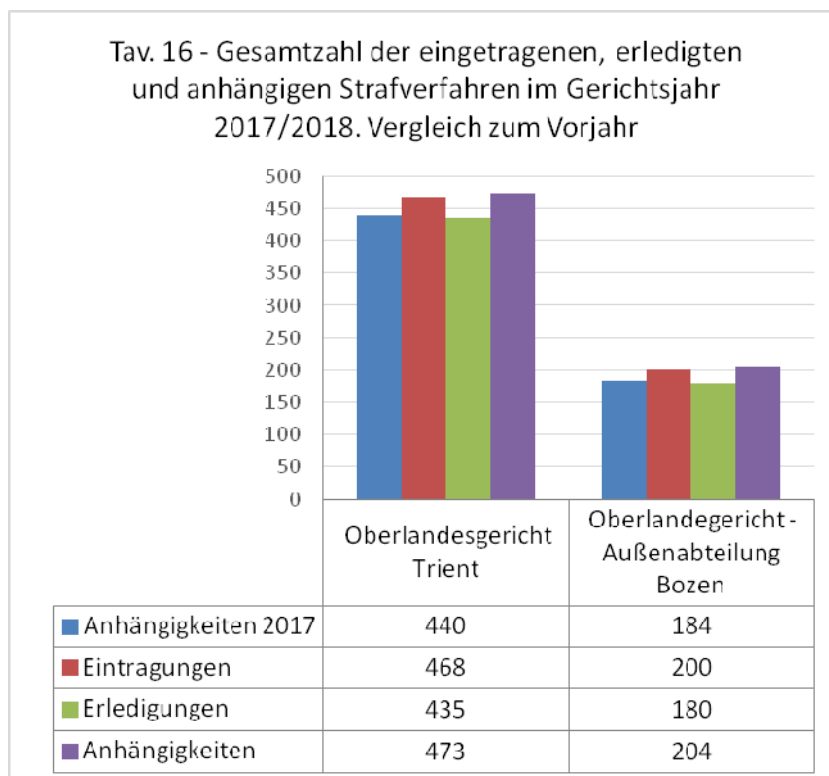
In der Zweiten Zivilsektion ist die Verfahrensdauer im Berichtszeitraum im Wesentlichen unverändert geblieben. Die ordentlichen Verfahren werden in der Regel innerhalb achtzehn Monaten ab der Eintragung in das Register abgeschlossen, mit Ausnahme der Wi-

derspruchsverfahren in Sachen Enteignungen aus Gründen der Gemeinnützigkeit, welche komplexe Ermittlungen erfordern. Im Bezugsjahr sind allerdings die Neueintragungen der letztgenannten Verfahren zurückgegangen und haben sich auf einige wenige Fälle reduziert. Bei den ordentlichen Verfahren ließ sich ebenso ein leichter Rückgang der neu eingetragenen Verfahren (von 268 auf 247) verzeichnen; bei den Verfahren der außerstreitigen Gerichtsbarkeit sowie bei den Wiedergutmachungsverfahren aufgrund des Gesetzes Nr. 89/2001 (sog. „Pinto-Gesetz“) war dieser Rückgang hingegen stärker (von 16 auf 9), was besonders erwähnenswert ist. Die besagte statistische Angabe bestätigt erneut, dass die Verfahrensdauer in unserem Sprengel keinen Anlass zur Beunruhigung gibt, im Unterschied zu fast allen anderen Sprengeln und auch zum Sprengel des Oberlandesgerichts Venedig, aus dem vor der mit Abs. 777 des einzigen Artikels des Stabilitätsgesetzes für das Jahr 2016 (Gesetz vom 28. Dezember 2015, Nr. 208) eingeführten Gesetzesänderung jährlich mehrere Hunderte Rekurse zu Lasten unseres Oberlandesgerichtssprengels eingingen (z. B. wurden im Zeitraum 1. Juli 2014–30. Juni 2015 310 Verfahren eingetragen). Dennoch ist das Oberlandesgericht bzw. die Buchhaltungsabteilung noch heute stark mit der Tätigkeit der geschuldeten Zahlungen aufgrund der noch nach der vorhergehenden Regelung der gebietsmäßigen Zuständigkeit erlassenen Verurteilungsdekrete beschäftigt und wird sehr wahrscheinlich auch noch für einige Zeit damit beschäftigt sein. Im Laufe des Jahres 2018 wurden nämlich die Beträge in Zusammenhang mit 286 Verurteilungsdekreten ausgezahlt, davon 93 Fälle von Rekurs beim Regionalen Verwaltungsgericht zwecks Folgeleistung, sowie in Zusammenhang mit 18 vom Regionalen Verwaltungsgericht Trient erlassenen Urteilen; diesbezüglich wurden 625 Zahlungsaufträge und 20 Überweisungsgutscheine für Steuereinkünfte und Quittungsgebühren für einen Gesamtbetrag in Höhe von 2.949.054,15 Euro ausgestellt.

Trotzdem beliefen sich die Restschulden zum 20. Dezember 2018 auf 11.167.604,53 Euro, denn es sind noch 1.052 Verurteilungsdekrete, von denen der Großteil 2012 (306 Dekrete) und 2013 (201 Dekrete) erlassen wurden, auszusahlen. Hingegen ist hervorzuheben, dass 2017 und 2018 insgesamt nur 10 Verurteilungsdekrete erlassen wurden, von denen 4 noch auszusahlen sind. Wie ich bereits seit einiger Zeit unterstreiche, wäre es angesichts der beschriebenen Situation ratsam, die Auszahlungsverfahren stark zu beschleunigen. Somit würde man einerseits vermeiden, dass aus der entsprechenden Verzögerung ein noch größerer (zu ersetzender) Schaden für die Gläubiger entsteht, und andererseits könnte man –

nachdem die bis jetzt noch ausstehenden Zahlungen erledigt sind – die Humanressourcen der Buchhaltungsabteilung anders und besser einsetzen. Dieses ehrgeizige Projekt kollidiert allerdings unvermeidlich mit dem noch größeren Problem der Angemessenheit der effektiven Planstellen, auf das ich später noch näher eingehen werde, sowie der Schulung des neu eingestellten Personals, da 2019 auch der Buchhaltungsabteilung mindestens eine hochqualifizierte Fachkraft abhanden kommen wird, welche im Hinblick auf ihre genaue Kenntnis der Verfahrensweisen und ihre wertgeschätzte hohe Professionalität nur schwer zu ersetzen sein wird.

Bei der Strafsektion des Oberlandesgerichts im Hauptsitz Trient wurden sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht sehr positive Ergebnisse erzielt, wie der An-



stieg der mit Urteil abgeschlossenen Verfahren (219) im ersten Halbjahr 2018 (erstes Halbjahr 2017: 193) sowie die rasche Abwicklung (auch innerhalb weniger Monate nach ihrer Eintragung ins Berufsregister) der Verfahren laut Art. 132-bis StPO beweisen, insbesondere jener betreffend häusliche Gewalt und schwächere Personen im Allgemeinen, was auch im Beschluss des

Obersten Rats für das Gerichtswesen vom 9. Mai 2018 (*Resolution über die Richtlinien in Sachen Organisation und bewährte Verfahrensweisen bei der Behandlung von Verfahren betreffend Verbrechen geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt*) vorgesehen ist. Selbstverständlich ist die Tatsache, dass auch die meisten anderen Verfahren innerhalb eines Jahres nach ihrer Eintragung beim Oberlandesgericht abgeschlossen wurden, ein ebenso lobenswertes Ergebnis. Es bleibt zu hoffen, dass diese zügige Bearbeitungszeit auch 2019 weiterhin bestehen bleibt, obgleich im ersten Halbjahr 2018 ein merklicher Anstieg der Eintragungen im Vergleich zum ersten Halbjahr 2017 zu verzeichnen war und trotz des Um-

stands, dass das mit Gesetz Nr. 103/2017 eingeführte Rechtsinstitut des Ausgleichs in der Berufung seit seiner Anwendung im ersten Jahr nach seinem Inkrafttreten bisher noch zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt hat.

Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das Oberlandesgericht mit Beschluss vom 21. September 2018 die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Art. 2 Abs. 1 Buchst. c) und des Art. 7 Abs. 1 Buchst b) und o) des GvD Nr. 21/2018 wegen Widerspruch zu Art. 25 und Art. 26 der Verfassung aufgeworfen hat, und zwar für den Teil, in dem sie die Strafbestimmung bezüglich der Verletzung der Unterhaltspflicht seitens des nicht verheirateten Elternteils aufheben und demzufolge die Nichterfüllung wirtschaftlicher Verpflichtungen in einer De-facto-Familie im Gegensatz zu einer auf Ehe gegründeten Familie nicht mehr strafbar machen.

In Bezug auf die verbreitete Sorge über die operativen Auswirkungen des Art. 603 Abs. 3-*bis* StPO und insbesondere über die Verzögerung der Dauer der Berufungsverfahren wegen der Wiederholung der Beweisaufnahme ist zu bemerken, dass das Oberlandesgericht mit Beschluss vom 20. Dezember 2017 die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Bestimmung in Bezug auf das verkürzte Verfahren wegen Widerspruch zu Art. 111 und Art. 117 der Verfassung aufgeworfen hat, da es die Auslegung des Kassationsgerichtshofs für lebendes Recht betrachtet, gemäß der auch beim verkürzten Verfahren der Berufungsrichter die Beweisaufnahme wiederholen muss, wenn der Staatsanwalt oder die Zivilpartei Berufung gegen ein erstinstanzliches Urteil auf Freispruch einlegt, falls es um eine unterschiedliche Beurteilung der Aussagen geht, und zwar auch in Anbetracht der mit GvD Nr. 212/2015 übernommenen europäischen Richtlinie Nr. 2012/29/EU in Sachen Opferschutz, laut der „sich die Anzahl der Vernehmungen der Opfer auf ein Mindestmaß beschränken“ muss.

Im Mai 2018 hat die Strafsektion die Bestimmungen des Rundschreibens des Obersten Gerichtsrats in Bezug auf den sogenannten „filtro in appello“ (Unzulässigkeit von Berufungen, bei denen keine „berechtigte Wahrscheinlichkeit“ ihrer Stattgabe besteht) umgesetzt und gemäß § 2 des Ratsbeschlusses vom 5.7.2017 *„Richtlinien in Sachen Vorüberprüfung der Anfechtungen und stilistische Modalitäten für die Abfassung der Maßnahmen“* ein spezifisches, aus allen Richtern und dem Sektionspräsidenten zusammengesetztes „Prüfungsamt“ errichtet, obschon die Überprüfung bereits im Organisationsprojekt dieser Sektion der letzten Jahre war.

Bereits am 20. Juni 2017 wurde beim Oberlandesgericht das Amt für den Prozess errichtet, dessen Notwendigkeit und Aufwertung den Gegenstand zahlreicher Ratsbeschlüsse bildete. Dieses neue Amt hat bereits erste Ergebnisse erzielt, und zwar werden – wie vorgesehen – die vom Kassationsgerichtshof erlassenen Annullierungsurteile mit oder ohne Verweisung betreffend die Strafurteile des Oberlandesgerichts ständig überwacht. Dies ist auch für die Planung von Schulungen nützlich, die auf eine einheitlichere Rechtssprechung im Gerichtssprengel unter Berücksichtigung der in den Gesetzmäßigkeitsurteilen enthaltenen konsolidierten oder sich konsolidierenden Rechtsgrundsätze abzielen, was auch im Art. 9 des Dokuments zur allgemeinen Organisationsplanung für den Dreijahreszeitraum 2017-2019 vorgesehen ist.

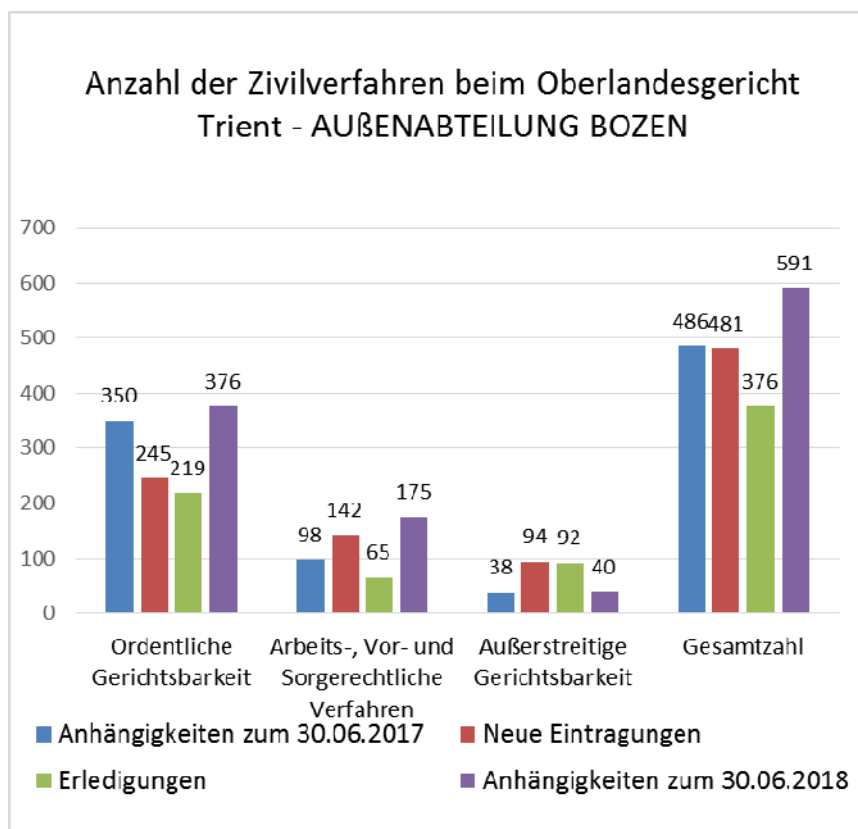
Die Strafsektion konnte dank der Arbeit des Amtes für den Prozess einen vollständigen Bericht über alle im Zeitraum Jänner-Oktober 2017 vom Kassationsgerichtshof erlassenen Annullierungsurteile und die darin enthaltenen entsprechenden Rechtsgrundsätze erstellen. Dadurch ergab sich nicht nur ein umfassendes Bild der Qualität der erlassenen Urteile, sondern es konnte auch eine Art „Handbuch“ für die Untersuchung und Beurteilung ähnlicher Fälle erstellt werden. Die zweite Veröffentlichung zu diesem Thema wurde in den ersten Tagen dieses Jahres freigegeben und ist das Ergebnis der Überwachung der Tätigkeit im Jahr 2018. Damit wurde eines der wichtigsten Ziele des Amtes für den Prozess umgesetzt, welches in seiner breit gefächerten Zusammensetzung und auch dank der wertvollen Mitarbeit der Praktikanten bezeugt, welchen Wert die Teamarbeit hat und wie unterschiedliche Berufsbilder harmonisch zusammenwirken können, um mühelos ein zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen.

2.3 Was die seit jeher für Zivil- und für Strafsachen zuständige, in zwei Sektionen gegliederte und jeweils von den zwei planmäßig vorgesehenen Sektionspräsidenten geführte Außenabteilung Bozen betrifft, ist in erster Linie darauf hinzuweisen, dass sich im Berichtszeitraum mehrere organisatorische Schwierigkeiten auf die Gesamtleistung der Außenabteilung niedergeschlagen haben. Im Oktober 2017 ist nämlich der Arbeitsrichter Dr. Lukas Bonell plötzlich verstorben. Die infolgedessen frei gewordene Stelle wurde leider nicht umgehend ausgeschrieben und das entsprechende Wettbewerbsverfahren wurde erst Ende 2018 abgeschlossen. Ferner sind die Sektionspräsidentin Dr.in Ulrike Segna am 30. April 2018 sowie der Präsident des Oberlandesgerichts Dr. Johann Pichler am vergangenen 1. Jänner in

den Ruhestand getreten, weshalb besondere organisatorische Maßnahmen sowie – nach einer spezifischen Befragung – die zeitweilige Zuteilung einer Personaleinheit des Landesgerichts Bozen erforderlich waren, was zwangsläufig auch auf die Herkunftsverwaltung Auswirkungen hatte.

Derzeit hat sich die Lage noch nicht vollständig beruhigt, angesichts der Tatsache, dass Dr.in Silvia Monaco der intermediäre Leitungsauftrag als Sektionspräsidentin erteilt, jedoch gleichzeitig ihre Richterstelle in der Außenabteilung frei wurde. Betrachtet man die Herkunft der am Wettbewerb teilnehmenden Bewerber, besteht zudem das Risiko, dass sich in Kürze eine ähnliche Situation wiederholen wird und damit ein vollständig besetzter Stellenplan in absehbarer Zeit verhindert wird.

Die Sektion konnte dennoch dank der Einsatzbereitschaft aller Dienst leistenden Richter das Arbeitspensum angemessen bewältigen und die gewöhnliche Verfahrensdauer nahezu beibehalten: im Strafbereich werden die Verhandlungstermine zeitlich naheliegend festgesetzt und die Verfahren durchschnittlich binnen zwölf Monaten nach deren Eintragung



abgeschlossen, wobei lediglich ein geringfügiger Anstieg der am Ende des Berichtszeitraums anhängigen Verfahren (von 180 auf 200) aufgrund von 188 neu eingetragenen und 168 abgeschlossenen Verfahren verzeichnet wird; allerdings zählen auch 32 Verweisungsverfahren des Kassationsgerichtshofs zu den Neueintragungen, von denen 28 Urteile des Oberlandesgerichts Trient betreffen,

und dies obwohl bei der Ausarbeitung der Aufteilungstabellen für den Dreijahreszeitraum 2017-2019 neue Vorkehrungen und interne Kriterien für eine durchdachte und automatische

Verteilung unter den beiden Gerichtsstellen – unter gebührender Berücksichtigung des Tenors der Kassationsurteile – vorgesehen wurde.

Vollstreckungsverfahren, ordentliche Auslieferungsverfahren, Europäische Haftbefehle sowie internationale Rechtshilfegesuche wurden in kürzester Zeit, in der Regel binnen zwei Monaten abgewickelt und abgeschlossen. Der Anteil an Verjährungen ist wie immer minimal, denn es gab lediglich fünf diesbezügliche Erklärungen; der Umstand laut dem neuen Art. 131-*bis* des Strafgesetzbuchs (besonders geringfügige Straftaten) wurde bei drei Verfahren anerkannt und in einem einzigen Fall wurde das Rechtsmittel der Betreuung auf Probe angewandt.

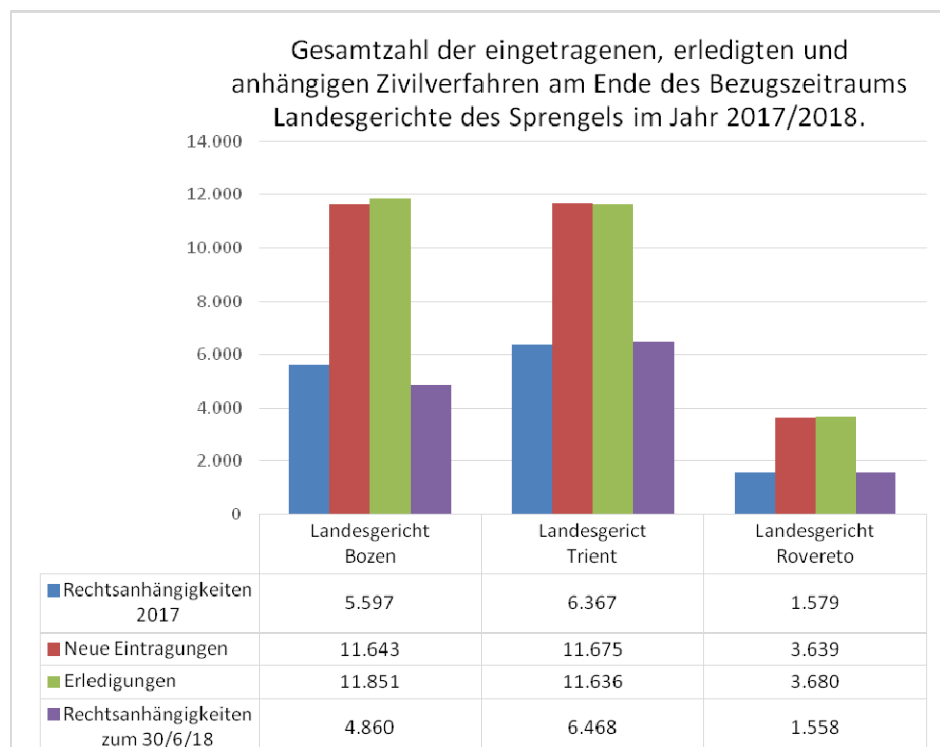
Als Folge des GvD vom 15. Februar 2016, Nr. 37 betreffend die Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2005/214/JI über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen wurde eine beachtliche Erhöhung des Arbeitspensums verzeichnet, denn die Anträge auf Anerkennung von nicht beglichenen Strafzetteln wegen Verletzungen der Straßenverkehrsordnung sind von 10 Anträgen im vorausgegangenen Berichtszeitraum auf 88 Anträge angestiegen, wobei hinzuzufügen ist, dass 81 davon im Zeitraum vom 1. Juli-30. September 2018 gestellt wurden. Dieser Umstand lässt auf einen starken Aufwärtstrend schließen, der das Gericht mit der Ernennung der Verteidiger und der Festsetzung der diesbezüglichen Verhandlungstermine immer mehr beschäftigen wird.

Was den Zivilbereich anbelangt, werden im Berichtszeitraum 245 neue Eintragungen und 376 zum 30. Juni 2018 anhängige Verfahren verzeichnet. Letztere sind im Vergleich zu den 350 zum 1. Juli 2017 anhängigen Verfahren angestiegen, wobei zusätzlich anzumerken ist, dass diese Zahl nicht die Verfahren in Sachen Arbeit und Vorsorge einschließt (nämlich 175 Verfahren zum Ende des Berichtszeitraums, d. h. bedeutend mehr als die 98 zum 1. Juli 2017 anhängigen Verfahren). Diese Zahlen bestätigen die zum Teil schwierige Lage der Sektion, welche zweifelsohne auf die zuvor erwähnten unbesetzten Planstellen zurückzuführen ist, sodass oft auf die Mitglieder des ersten Richterkollegium zurückgegriffen werden musste, um hauptsächlich im Strafbereich Fällen von Unvereinbarkeit entgegenzuwirken. Die verminderte Leistung beim Abschluss der Zivilstreitverfahren ist ferner wahrscheinlich auf die deutliche Zunahme der Verfahren in den Sachbereichen Gesellschaftsrecht, Bankwesen, Finanzvermittlung zurückzuführen, die stets eine gründliche Ermittlungsarbeit erfordern.

Die dargelegten Begebenheiten behinderten jedoch nicht die Qualitätszertifizierung nach UNI EN ISO 90001:2015, die die Zivilkanzlei für den reibungslosen Ablauf der Dienstleistung nach einer spezifischen Überprüfung Ende 2017 erhalten hat.

2.4 Bezug nehmend auf eine erste allgemeine Überprüfung der Leistung der Gerichtssämer im Gerichtssprengel wird vorab auf die gleichbleibenden positiven statistischen Daten hingewiesen, die später detailliert dargelegt werden. Es sei eingangs darauf aufmerksam gemacht, dass sowohl das Landesgericht Trient als auch das Landesgericht Bozen einen Rückgang der neuen Eintragungen bei den Zivilstreitverfahren verzeichnet haben, und was das Landesgericht Trient betrifft: –38,7% bei den ordentlichen Erkenntnisverfahren, –23,2% bei den Leistungsbefehlen, –29% bei Verfahren in Sachen Arbeitsrecht und öffentlicher Dienst, –9,6% bei Leistungsbefehlen in Arbeitssachen, –10% bei Liegenschaftsvollstreckungsverfahren und –8% bei Vollstreckungsverfahren betreffend bewegliche Sachen, –10,6% bei einverständlichen Ehetrennungen gegenüber einer leichten Zunahme (+9,4) der einvernehmlichen Anträge auf Ehescheidung, der Konkursanträge (+1,6) und der vor- und fürsorgerechtlichen Verfahren (+19,7%).

Zusammenfassend zeichnen die Daten ein Bild mit 10.034 neue Eintragungen im Zivilbereich im Berichtszeitraum im Vergleich zu den 10.949 des Vorjahrs und mit 9.877 abgeschlossenen Verfahren im Vergleich zu 10.672 des Vorjahrs.



Wie bereits angemerkt, wurde auch am Landesgericht Bozen¹ ein Rückgang der neuen Eintragungen für ordentliche Verfahren (2.524 gegen 2.846 im Vorjahr) festgestellt; die einverständlichen Ehetrennungen sind von 391 auf 339 gesunken, während die gerichtlichen Ehetrennungen leicht zugenommen haben (von 192 auf 226); ein leichter Rückgang wird auch bei den einvernehmlichen Anträgen auf Ehescheidung (von 322 auf 316) sowie bei den streitigen Ehescheidungen (von 245 auf 227) verzeichnet; die Konkursverfahren sind hingegen von 156 auf 179 angestiegen. Ein leichter Rückgang wurde bei den neuen Eintragungen der arbeits- und vorsorgerechtlichen Verfahren (840 gegen 900 im Vorjahr) verzeichnet. Die Anträge auf fachkundliche Ermittlung zu Zwecken der Beweissicherung sind angestiegen, während die Mahnverfahren auch in diesem Gerichtssprengel zurückgegangen sind (von 2.379 auf 2.110), weshalb am Ende des Bezugszeitraums nur wenige anhängige Verfahren verzeichnet werden; keine anhängigen Verfahren gibt es bei den Agrarsachen, wobei nur eine einzige neue Eintragung verzeichnet wurde. Dank dem Rückgang der neuen Eintragungen und der Zunahme bei den abgeschlossenen Verfahren (2.842) konnte eine Rückstandsveränderung von -10,11% erzielt werden.

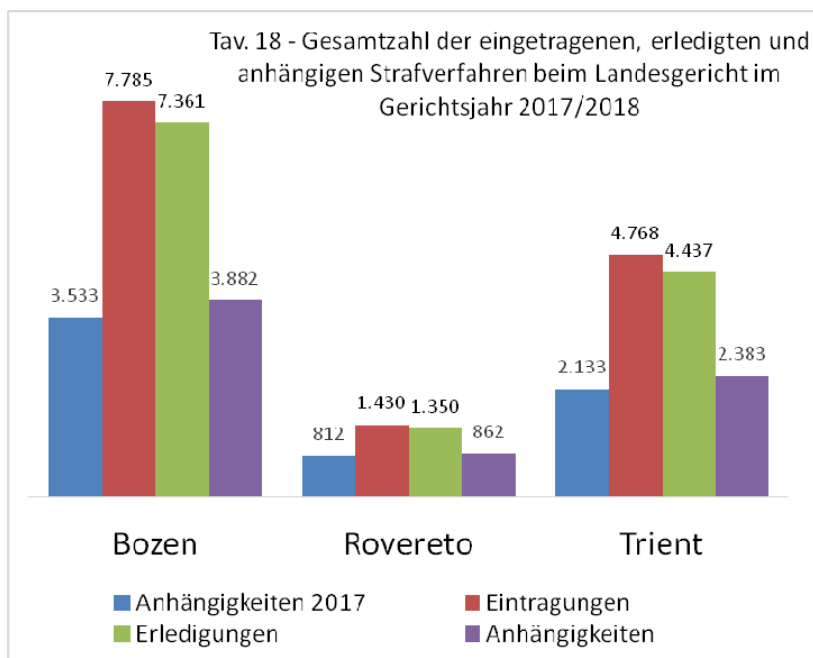
Insgesamt wurden am Landesgericht Bozen mit Ausnahme der Verfahren im Zuständigkeitsbereich des Vormundsgerichts, der fachkundlichen Ermittlung zu Zwecken der Beweissicherung bei vorsorgerechtlichen Verfahren sowie der Niederschriften eidesstattlicher Erklärungen 9.611 neue Eintragungen (10.326 im Vorjahr) verzeichnet und insgesamt 9.708 Verfahren (10.621 im Vorjahr) abgeschlossen.

Die Daten betreffend außerstreitige Verfahren sind ihrem Wesen nach transversal; insbesondere bei den Verfahren betreffend Sachwaltschaften wurde eine Zunahme bei den neuen Eintragungen (+223) und bei den anhängigen Verfahren (+388) verzeichnet. Ein Aspekt, der allgemein auf das gesamte Staatsgebiet zutrifft, weil er mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und dem entsprechenden Bedürfnis nach Schutzmaßnahmen für eine stetig wachsende Anzahl von Personen bzw. mit den Eigenschaften dieses Rechtsinstituts zusammenhängt, das meistens bis zum Ableben der betroffenen Personen fort dauert.

¹ Die angeführten dem SICID-Programm entstammenden Daten wurden vom Justizministerium übermittelt und mit den ebenso vom Justizministerium übermittelten Daten zum vorhergehenden Bezugszeitraum (1. Juli 2016-30. Juni 2017) verglichen.

Bezug nehmend auf das Landesgericht Rovereto werden im Zivilbereich im Wesentlichen bei den neuen Eintragungen² unveränderte Daten gemeldet, während bei den Verhandlungen im Strafbereich eine Zunahme verzeichnet wurde; hier gab es zwar weniger neue Eintragungen (6) bei Verfahren vor dem Richterrat, jedoch eine deutliche Zunahme der einzelrichterlichen Verfahren (von 481 auf 597, dies entspricht +24,1%) und gleichzeitig eine Zunahme der abgeschlossenen Verfahren (512 gegen 488 im Vorjahr) obwohl der gravierende Mangel an Verwaltungspersonal eine Verzögerung bei der Festsetzung der Verhandlungstermine für direkte Ladungen und insgesamt eine Rückstandsveränderung von +34,9% nach sich gezogen hat. Dieselben Schwierigkeiten kennzeichnen das Amt der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen. Trotz des Rückgangs der neuen Eintragungen (von 989 auf 816) und der verhältnismäßigen Verminderung der abgeschlossenen Verfahren (von 989 auf 824) ist man bei der Festlegung der Verhandlungstermine für Rekurse gegen Strafbefehle um zwölf Monate im Verzug, was wiederum auf den zuvor angeprangerten Mangel an Verwaltungspersonal zurückzuführen ist.

Beim Landesgericht Trient wurden im Strafbereich zufriedenstellende Ergebnisse erzielt. Im Berichtszeitraum wurden 1.194 neue Eintragungen für Hauptverhandlungen ver-



zeichnet und 1.116 Verfahren abgeschlossen. Zum 30.06.2018 waren 954 Verfahren anhängig, und dies trotz der unbesetzten zwei Richterstellen und des Mangels an Verwaltungspersonal, das erforderlich wäre, um an fünf Wochentagen Prozesse abzuwickeln. Das Amt der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen verzeichnet gute Ergebnisse. Es

² Die Statistiken für den Berichtszeitraum weisen 707 neue Eintragungen bei den Zivilstreitverfahren und 750 abgeschlossene Verfahren auf sowie 582 anhängige Verfahren am Ende des Berichtszeitraums gegenüber den 625 anhängigen Verfahren zu Beginn des Berichtszeitraums, was eine Rückstandsveränderung von -6,88% bedeutet. Bei arbeits- und vorsorgerechtlichen Verfahren wurden 259 neue Eintragungen und insgesamt 280 abgeschlossene Verfahren angeführt, weshalb zu Beginn des Berichtszeitraums 78 und am Ende 57 anhängige Verfahren und demnach eine Rückstandsveränderung von -26,92% verzeichnet wird.

wurden 119 Vorbeugungsmaßnahmen (davon 72 Verwahrungshaften) erlassen; ferner wurden vermehrt auch Alternativmaßnahmen zur Haftstrafe gewährt. In Zusammenhang mit Misshandlungen und Stalking wurden vermehrt Maßnahmen betreffend ein Kontakt- und Näherungsverbot zum Opfer sowie die Pflicht, die Familienwohnung zu verlassen, erlassen. Laut den Statistiken sind 3.556 neue Eintragungen und 3.312 abgeschlossene Verfahren zu verzeichnen, und dies obwohl ein Verfahren zulasten von des internationalen Terrorismus angeklagten Personen besonders vereinnahmend war. Die Daten decken sich mit jenen des vorherigen Berichtszeitraums: 3.514 neue Eintragungen und 3.089 abgeschlossene Verfahren (am Ende des Bezugszeitraums waren 1.415 anhängig, d. h. +13,1%).

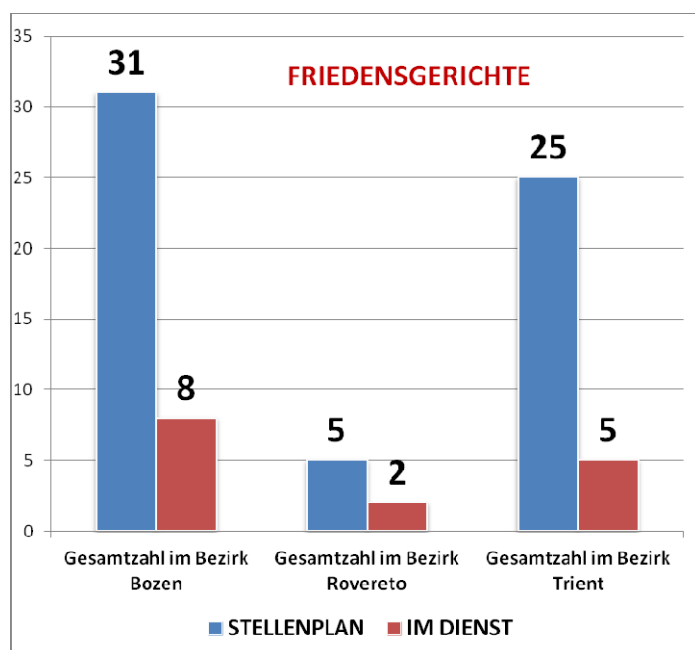
Das Landesgericht Bozen meldet, dass im Bezugszeitraum 1.495 Strafurteile ausgesprochen wurden, davon waren 1.454 einzelrichterliche Urteile, 11 Berufungen gegen Urteile des Friedensgerichts und ein Verfahren vor dem Schwurgericht. Allerdings konnte diese Produktivität nicht eine Zunahme der anhängigen Verfahren abwenden, die von 1.409 zu Beginn des Berichtszeitraums auf 1.628 zum 30.06.2018 angestiegen sind; die Tatsache, dass es 1.991 neue Eintragungen gab und 1.702 Verfahren abgeschlossen wurden, bestätigt den Aufwärtstrend bei den Neuzugängen im Vergleich zum Vorjahr (1.650 neue Eintragungen).

Ausgesprochen positiv war die Leistung des Amts der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen, denn von den 5.794 neuen Eintragungen wurden 5.659 Verfahren abgeschlossen, damit wird ein Erneuerungskoeffizient erzielt, der die beachtliche Leistung der Richter und des Verwaltungspersonals untermauert.

Ermutigende Zahlen kommen auch von den im Gerichtssprengel verzeichneten Verjährungen; die diesbezüglichen Erklärungen betrugen insgesamt 0,6% bei Hauptverhandlungen und 2% beim Amt der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen (und zwar 0,1% in Bozen, 1,8% in Rovereto und 5,2% in Trient).

2.5 Bezüglich der Friedensgerichte ist daran zu erinnern, dass der Region Trentino-Südtirol mit GvD vom 16. März 1992, Nr. 267 die diesbezügliche Zuständigkeit zuerkannt wurde sowie dass mit Ermächtigungsgesetz vom 28. April 2016, Nr. 57 und insbesondere den nachfolgenden Bestimmungen laut GvD vom 31. Mai 2016, Nr. 92 und hauptsächlich laut GvD vom 13. Juli 2017, Nr. 116 die Reform der ehrenamtlichen Richterschaft in Kraft getreten ist.

Der Stellenplan umfasst 61 Einheiten, tatsächlich stehen jedoch nur 15 Richter im Dienst, davon sind 7 auf die neun Ämter der Provinz Trient und 8 auf die sieben Ämter der



Provinz Bozen verteilt. Da die Stellen an einigen Friedensgerichten ständig unbesetzt sind, musste mehrmals auf die Maßnahme der zeitweiligen Zuteilung zurückgegriffen werden, der die Dienst leistenden Friedensrichter mit großer Opferbereitschaft zugestimmt haben. Ein Engagement, das nur zum Teil durch die neu eingeführte Entschädigung dieses mit Beschluss des Präsidenten des zuständigen Landesgerichts erteilten Zusatzauftrags vergütet wird.

Eine schwierige Lage, die sich auch in absehbarer Zeit nicht entspannen wird. Im Dezember 2017 wurde zwar ein Wettbewerbsverfahren (Wettbewerbsausschreibung vom 15. Dezember 2017, veröffentlicht im Gesetzblatt vom 13.02.2018, Nr. 13) für 7 Stellen (4 für Trient und 3 für Bozen) eines ehrenamtlichen Friedensrichters für den gesamten Gerichtssprengel eingeleitet. Vor Kurzem hat der Gerichtshof die erforderliche Rangordnung erstellt, jedoch laut Reform (Art. 9 des GvD Nr. 116/2017) müssen die Betroffenen zwei Jahre dem Amt für den Prozess zugeteilt werden, bevor sie sich dem Gerichtsdienst bei den Friedensgerichten widmen können.

Trotz dieses gravierenden Personalmangels haben die Friedensgerichte im Berichtszeitraum die unter ihre Zuständigkeit fallenden Zivil-, Straf- und Verwaltungsverfahren zufriedenstellend bewältigt. Was letzteren Bereich betrifft leisten die Friedensgerichte einen besonders wertvollen Beitrag durch die Beeidigungen und die Entgegennahme von Notorietätsakten: im Bezugszeitraum wurden nämlich 10.521 Gutachten und Übersetzungen beeidigt und 76 Notorietätsakte verfasst.

Auch bei den Friedensgerichten wird eine Verminderung der neuen Eintragungen ordentlicher Zivilverfahren verzeichnet, die von 3.205 (davon 2.412 ordentliche Erkenntnisverfahren) auf 2.839 (davon 1.998 ordentliche Erkenntnisverfahren) gesunken sind, ebenso die neuen Eintragungen von Sonderverfahren (von 5.845 auf 5.321). Einen wenn auch be-

scheidenen Rückgang gab es auch bei den Strafverfahren im Hinblick auf eine Hauptverhandlung (von 1101 auf 972 neue Eintragungen).

Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Autonome Sektion des Gerichtsrats sich eingehend mit dem Thema Friedensgerichte beschäftigt hat, nämlich infolge des Inkrafttretens des zuvor erwähnten GvD vom 13. Juli 2017, Nr. 116, das die Organisation dieser Gerichte überarbeitet und neue Zuständigkeiten für die Präsidenten der Landesgerichte festlegt, wobei diesen eine Gesamtkoordinierung zuerkannt wurde, mit dem Ziel auch durch regelmäßige Plenarversammlungen die Einheitlichkeit bei der Führung der Geschäfte und der Rechtsprechung zu verbessern. Es handelt sich um ein Anliegen im Interesse der gesamten Bevölkerung. Es muss darauf hingearbeitet werden, dass die ehrenamtliche Richterschaft nicht als minderwertig oder zweitrangig gilt, weshalb ihr dieselben Garantien der ordentlichen beruflichen Richterschaft zustehen, unter Berücksichtigung ferner der bereits erfolgten und noch bevorstehenden Erweiterung ihrer Zuständigkeiten.

Allerdings hat die besagte Reform einige beachtliche Unterschiede zwischen den Friedensgerichten des Trentino einerseits und jenen in der Provinz Bozen andererseits an den Tag gebracht, sodass aufgrund der Regionalbestimmungen mehrere Bestimmungen allgemeinen Charakters, die derzeit auf gesamtstaatlicher Ebene gelten, wahrscheinlich in den Friedensgerichten der Provinz Bozen nicht zur Anwendung kommen können.

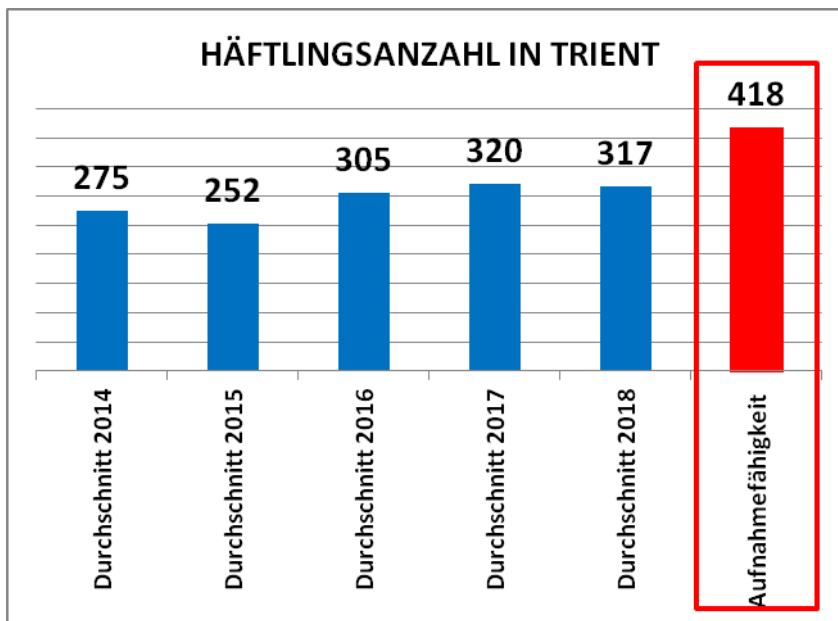
Letzthin ist auch der Oberste Rat für das Gerichtswesen in seiner Antwort auf einige vom Gerichtsrat ihm unterbreiteten Fragestellungen nach Überprüfung der Vorschriften und der Vereinbarkeit der regionalen und staatlichen Bestimmungen zu dem Schluss gekommen, dass einige dieser neuen Bestimmungen (z. B. der Art. 8 der Reform betreffend die Koordinierung und Organisation des Friedensgerichts) in den Friedensgerichten des Gerichtssprengels der Provinz Bozen nicht angewandt werden können. Aus diesem Grund drängt sich die Frage auf, ob diese Situation nicht durch eine Durchführungsbestimmung zum Sonderstatut überwunden werden könnte, um die beiden Systeme zu harmonisieren, die guten Ansätze der Reform zu nutzen und gleichzeitig die Bestimmungen des Sonderstatuts zu wahren, nämlich jene etablierte Besonderheit zu schützen, die Anlass zu deren Erlass waren.

In diese Richtung geht meine Hoffnung, ausgehend von der grundlegenden Überlegung, dass die Besonderheiten gebührend zu schützen und zu wahren sind, jedoch gleichzeitig die Harmonisierung und der Einklang einen gleichermaßen schätzenswerten – und mei-

ner Ansicht nach auch unverzichtbaren – Aspekt darstellen, wenn es um das Thema der Gerichtsbarkeit geht, deren höchste Anerkennung in der Verfassung verankert ist.

2.6 Nun möchte ich noch kurz auf die Situation der Gefängnisse eingehen.

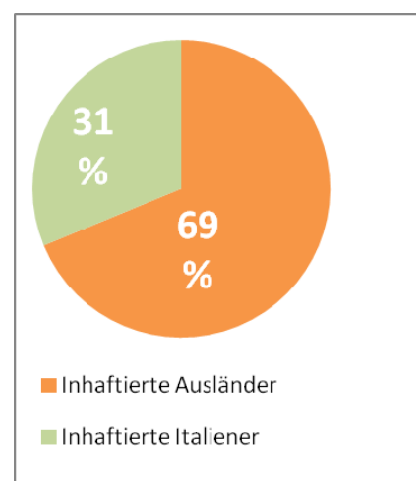
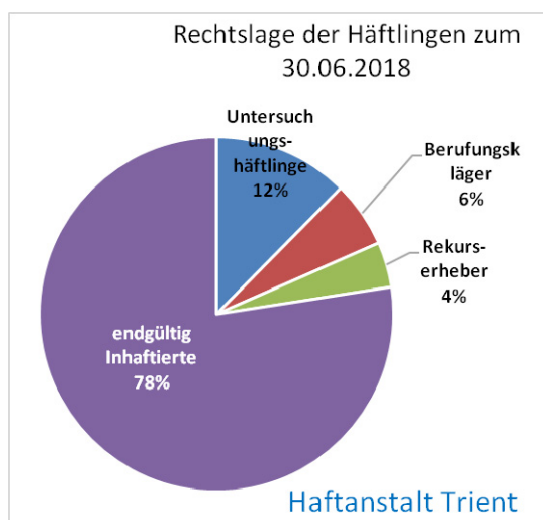
Die Haftanstalt Trient weist eine ordnungsgemäße Aufnahmefähigkeit von 418 Plät-



zen und eine als vertretbar betrachtete von 439 Plätzen auf. Im Bezugszeitraum wurde eine durchschnittliche Anzahl von 320 Häftlingen verzeichnet; zum 30.06.2017 waren 328 Personen und zum 30.06.2018 315 Personen inhaftiert; die Höchstanzahl der Inhaftierten betrug 338 Personen und die Min-

destanzahl 297 Personen, woraus zu schließen ist, dass die vorgeschriebene Höchstgrenze formell eingehalten wurde. Die seinerzeit bei der Übergabe der Haftanstalt zwischen Autonomer Provinz Trient und Gerichtsverwaltung – Abteilung für Gefängnisverwaltung (DAP) vereinbarte Obergrenze der tatsächlichen Aufnahmefähigkeit von 240 inhaftierten Personen wurde demnach überschritten.

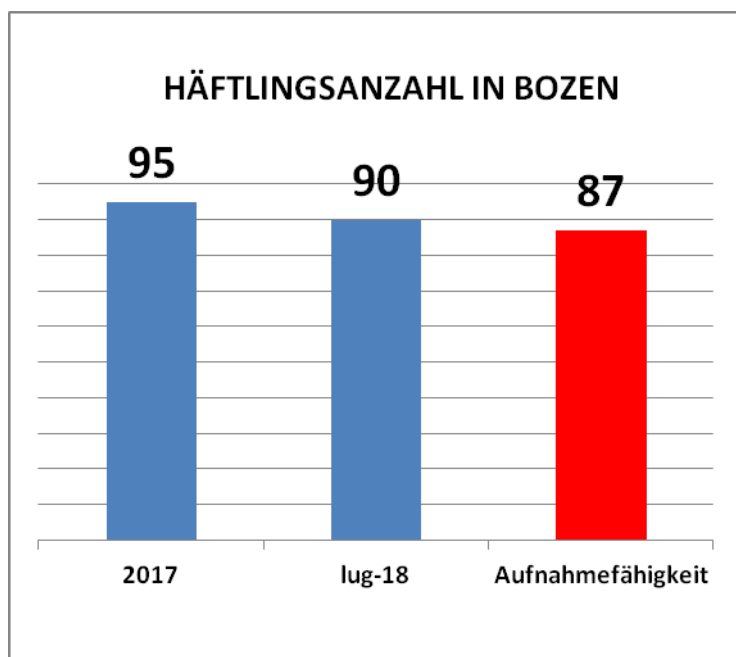
In Bezug auf die rechtliche Situation der zum 30.6.2018 inhaftierten 315 Personen wird darauf hingewiesen, dass es sich um 39 Untersuchungshäftlinge, 19 Berufungskläger,



13 Rekursgeber (insgesamt stellten die Angeklagten in Untersuchungshaft 22,5% aller Inhaftierten) und 244 endgültig Inhaftierte (das sind 77,4% aller Inhaftierten) handelt. Die Anzahl inhaftierter Ausländer beträgt 218 (davon 206 Männer und 12 Frauen), d. h. 69% aller Inhaftierten.

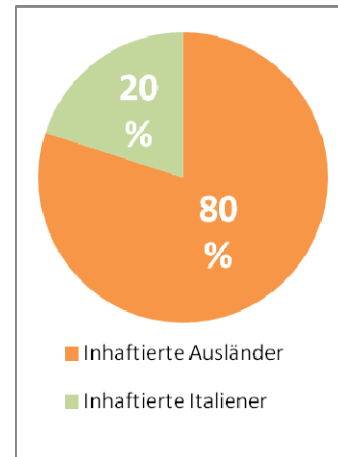
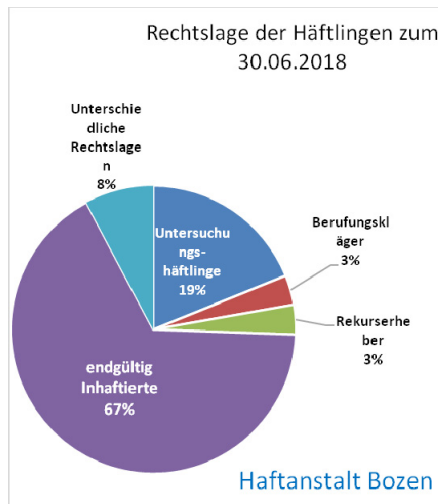
Die Anzahl der Häftlinge ist im Vergleich zum unmittelbar davorliegenden Berichtszeitraum (01.07.2016-30.6.2016) insgesamt zurückgegangen (-6,43%); demgegenüber gab es früher ein ständiger Aufwärtstrend bei der Anzahl der inhaftierten Personen.

Im Berichtszeitraum hat sich am 17.09.2017 ein einziger Suizidfall ereignet. Allerdings müssen in diesem Bericht auch zwei weitere Fälle gemeldet werden, die sich leider gegen Ende 2018 ereignet haben, weshalb es unerlässlich ist, die Gründe dafür zu beleuchten und eventuell mit einem kritischen und programmatischen Ansatz die tatsächliche Angemessenheit der Aufsichtsdienste zu überdenken, welche bekanntlich aufgrund des Personalmangels bei der Gefängnispolizei bestehen.



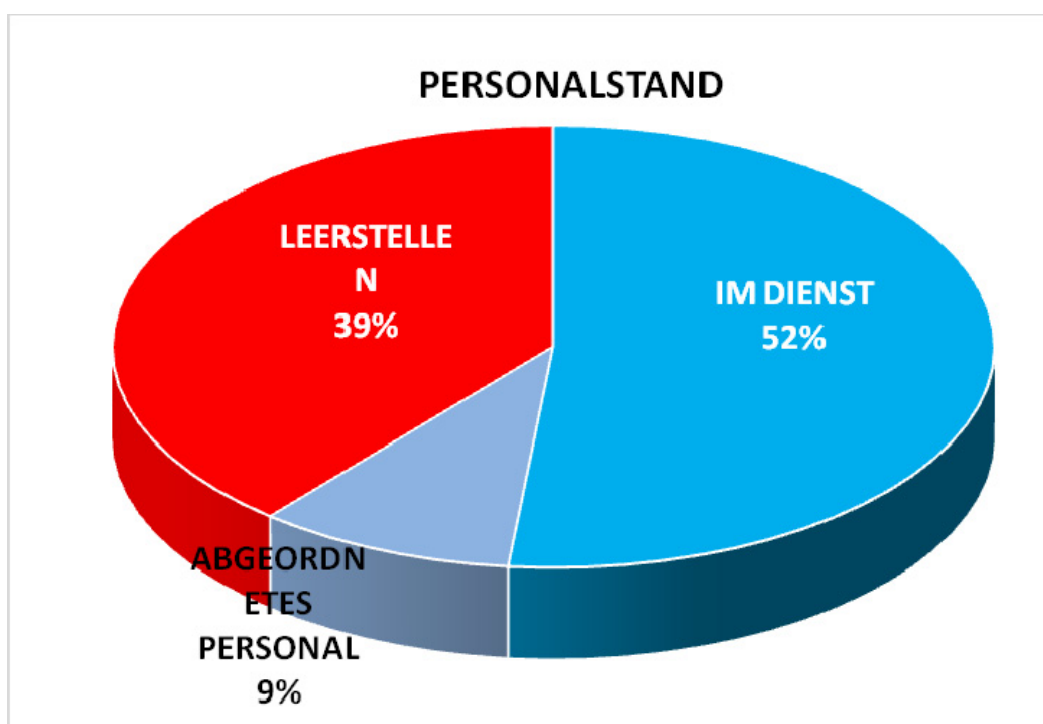
Die Haftanstalt Bozen (mit einer Aufnahmefähigkeit von 87 Häftlingen, davon 11 im offenen Strafvollzug, bzw. mit 105 als vertretbar betrachteten Plätzen) ist weiterhin im Wesentlichen überbelegt. Zum 27.07.2018 waren 90 Personen inhaftiert, davon 17 Untersuchungshäftlinge, 3 Berufungskläger, 3 Rekursgeber und 60 endgültig Inhaftierte (davon 7 in einer gemischten rechtlichen Situation). Von den 90 Inhaftierten haben lediglich 18 die italienische Staatsbürgerschaft, während 80% Ausländer sind, zum Großteil aus Nordafrika.

Unverändert bleibt die bereits in den vergangenen Jahren wiederholt gemeldete Bau­fälligkeit des Gebäudes, obwohl zwischen dem Justizministerium und der Provinz Bozen schon früher ein Abkommen zum Bau eines neuen Gefängnisses abgeschlossen wurde. Dieses hätte bereits 2016 übergeben werden sollen, ist jedoch noch immer in weiter Ferne.



2.7 Nun gehe ich das Thema des Verwaltungspersonals an, das wohl das „heißeste“ Thema der Justizverwaltung in unserem Sprengel ist und von uns allen mit großem Interesse und leider auch mit Besorgnis verfolgt wird. Ein Motor – das System – läuft wir geschmiert, wenn Sie mir diese Redewendung erlauben, aber wie wir alle wissen und vielleicht auch erlebt haben, läuft ein Motor ohne Öl – das Verwaltungspersonal– nicht lang und blockiert schließlich.

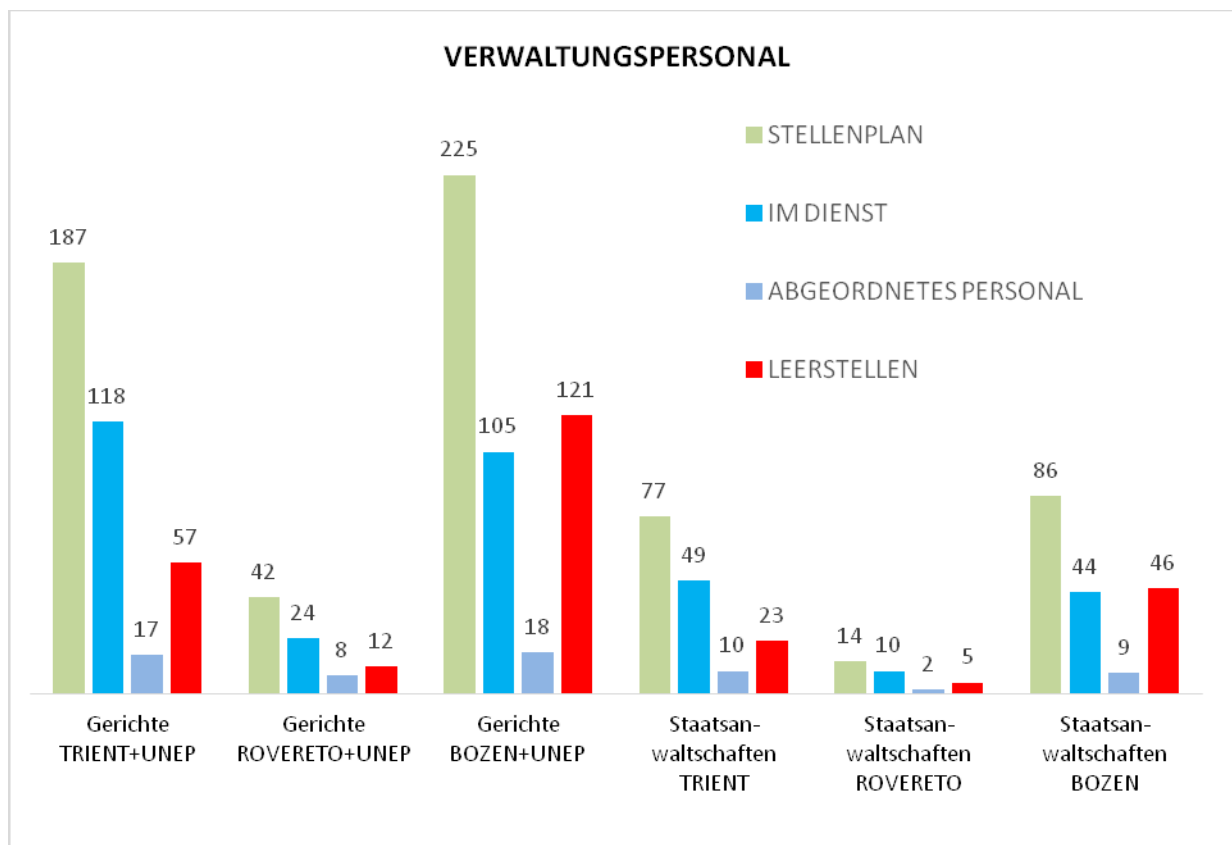
Im Berichtsjahr bestanden weiterhin verschiedene Probleme in Zusammenhang mit den rechtlichen Neuerungen laut dem am 8. März 2017 in Kraft getretenen GvD vom 7.2.2017, Nr. 16 (*Durchführungsbestimmungen zum Sonderstatut der Region Trentino-Südtirol für die Delegation von Befugnissen betreffend die Verwaltungs- und Organisati-*



onsttigkeit zur Unterstützung der Gerichte), mit dem nachstehende Befugnisse vom Justizministerium auf die Regionalverwaltung mit Wirkung vom 1. Jänner 2017 übertragen wurden: a) Verwaltungsorganisation sowie dienst- und besoldungsrechtliche Verwaltung des Verwaltungspersonals; b) Bereitstellung, Instandhaltung und Verwaltung der innerhalb des Sprengels als Sitz von Gerichten bestimmten Liegenschaften; c) Bereitstellung der für die Tätigkeit der Gerichte erforderlichen Gerätschaften, Einrichtungsgegenstände und Dienste für die Liegenschaftsverwaltung (Art. 1 des genannten GvD).

Im Bericht zur Eröffnung des Gerichtsjahres 2018 wurde vorsichtshalber erklärt, es wäre noch nicht möglich, „eine Bewertung der neuesten Gesetzesmaßnahmen in Bezug auf die Effizienz des Justizdienstes im Sprengel vorzunehmen“, weil die noch ausständigen Ministerialbeschlsse über die zahlreichen an die jeweiligen Generaldirektionen vorgebrachten Fragen sowie über die Genehmigung des Tätigkeitsprotokolls laut Art. 1 Abs. 5 des genannten GvD und der Bestimmungen zur Errichtung der Disziplinarkommission abgewartet werden mussten. Nun befinden wir uns in der vielleicht unangenehmen Lage, eine erste Bilanz ziehen zu müssen.

Die Regionalverwaltung hatte durchaus nicht geringfügige Schwierigkeiten zu bewältigen, weil sie sich auf keine ähnliche Erfahrung stützen konnte und selbstverständlich



mit der Tätigkeit der Gerichtsämter bisher überhaupt nicht vertraut war. Für die Durchführung der ersten dringlichen Maßnahmen stand ihr nur eine knapp bemessene und nicht spezialisierte Organisation zur Verfügung, die sehr wahrscheinlich immer noch nicht ausreichend aufgestockt wurde, um die übertragenen Befugnisse wirksam wahrzunehmen.

Trotz aller objektiv lobenswerten Anstrengungen kam es zu erheblichen Verzögerungen sowohl bei der Durchführung der ordentlichen Instandhaltungsarbeiten an den Gebäuden als auch bei der Einstellung neuer Mitarbeiter. Diese wurden ausnahmslos mit befristetem Arbeitsverhältnis (bis zum 31.12.2018, manchmal verlängert) eingestellt und wiesen im Allgemeinen keine spezifische Grundausbildung auf, was die ordnungsgemäße Tätigkeit der Kanzleien und der Sekretariate stark beeinträchtigt hat, weil die früheren Ministerialbediensteten mit großem Zeit- und Energieaufwand – nicht immer bzw. nicht ganz bereitwillig – für die Arbeitseinweisung sorgen mussten.

Die Einstufung in den Stellenplan der Region fand am 1. Jänner 2018 nach einem intensiven und nicht immer konfliktfreien Austausch sowohl mit den wichtigsten Gewerkschaften als auch mit dem Justizministerium statt. Nichtsdestoweniger wurde die Umsetzung der vereinbarten Einstufung von den Gewerkschaften und von etlichen Bediensteten mehrmals beanstandet, da sie ihren Erwartungen nicht entsprach und vor allem im Falle bestimmter Berufsbilder bereits erlangte Rechte angeblich verletzte. Dies führte zu mehreren Aufsichtsbeschwerden im Selbstschutzweg und gerichtlichen Rekursen, für die hoffentlich bald eine Lösung gefunden werden kann, damit sich die Lage endlich stabilisiert.

Die Gerichtsleiter haben mit der Regionalverwaltung ständige Kontakte im Sinne einer engen und loyalen Zusammenarbeit, jedoch konnten die gewünschten Ergebnisse leider nicht immer erzielt werden, zum Teil auch weil das Justizministerium nach den Parlamentswahlen seine Tätigkeit praktisch unterbrechen und umstrukturieren musste. Insbesondere wurde noch kein endgültiges Einvernehmen über den Inhalt des oben erwähnten Tätigkeitsprotokolls erreicht, das die Grundlage für die Festlegung der Umsetzungsmodalitäten der Delegierung darstellt. Ebenso wurden die Struktur und die Arbeitsweise der gemischten Disziplinarkommission noch nicht festgelegt. Aus diesem Grund konnten für die im Berichtsjahr festgestellten Vergehen keine Verfahren eingeleitet, sondern lediglich mündliche Tadel verhängt werden, nämlich die einzigen Disziplinarmaßnahmen, die anscheinend und vermutlich noch in die Zuständigkeit des (oft mit dem Leiter des Gerichtsamtes übereinstimmenden) Verwaltungsleiters fallen.

Das Oberlandesgericht und die Generalstaatsanwaltschaft haben alles Mögliche unternommen, um die Regionalverwaltung in der Anfangsphase zu unterstützen. So stellten sie das neu errichtete technische Sprengelsekretariat und die entsprechende Struktur bei der Staatsanwaltschaft als Anlaufstelle für sämtliche Anträge der Gerichtsämter betreffend Instandhaltungsarbeiten und Lieferungen zur Verfügung, die dank der direkten Kenntnis der tatsächlichen, von außen nicht immer leicht zu erkennenden Bedürfnisse der einzelnen Ämter auch deren Dringlichkeit oder Vorrangigkeit überprüfen.

Trotzdem waren die Bearbeitungszeiten objektiv nicht zufriedenstellend, wenn man bedenkt, dass allein das technische Sprengelsekretariat im Berichtsjahr 507 Anträge (darunter 369 mit Dringlichkeitscharakter) übermittelt hat und von diesen lediglich 247 erledigt wurden, wobei aufgrund der durchschnittlichen Wartezeiten fast immer mindestens eine weitere Aufforderung erforderlich war.

Im Jahr 2017 wurde der Präsident des Oberlandesgerichts vom Ministerium ermächtigt, die als Sitz der Gerichtsämter dienenden öffentlichen Liegenschaften den Autonomen Provinzen wie vereinbart abzutreten. Die diesbezüglichen Amtshandlungen wurden am 13.11.2017 für die Provinz Trient und am 7.12.2017 für die Provinz Bozen abgeschlossen. Nunmehr sind die meisten Gebäude (mit einiger Ausnahmen, in denen die Mietverträge von der Region übernommen wurden) im Eigentum der Provinzen, die demzufolge zur außerordentlichen Instandhaltung verpflichtet sind. Für die ordentliche Instandhaltung ist hingegen die Region aufgrund der diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen zuständig. Obwohl die Verlagerung der Befugnisse auf örtliche Ebene eine bessere Zusammenarbeit unter den beteiligten Körperschaften ermöglichen sollte, kam es nicht selten zu Verzögerungen und Schwierigkeiten bei der Durchführung der beantragten Maßnahmen, auch wenn diese dringlich waren, weil bei den Beteiligten Unsicherheit über die korrekte Einordnung der Ausgaben herrschte. Als Beispiel sei daran erinnert, dass dem am 23.03.2017 eingereichten dringlichen Antrag auf Installation einer Klimaanlage für den Verhandlungssaal des Oberlandesgerichts und den angrenzenden Sitzungsraum erst am 24.07.2018 Folge geleistet wurde, obwohl die damit verbundene Ausgabe eher bescheiden war. Dies führte dazu, dass für zwei Jahre die Abhaltung der Verhandlungen im Sommer beeinträchtigt wurde und die nicht öffentlichen Sitzungen des Richterrats in einem besser ausgestatteten Richterbüro stattfinden mussten.

Es handelt sich zweifelsohne um ein geringfügiges Beispiel, das jedoch die Schwierigkeiten der internen Organisation der Regionalverwaltung veranschaulicht, sogar objektiv begründeten und unbestreitbaren Bedürfnissen zu entsprechen.

Hinsichtlich des Mangels an Verwaltungspersonal – ein heikles Thema, auf das die Führungskräfte und alle Leiter der Gerichtsämter ständig und wiederholt aufmerksam gemacht haben – reicht es zu bemerken, dass zum 31. Dezember 2016 in den Gerichtsämtern des Sprengels 390 von 644 Planstellen besetzt waren. Dies war die konkrete Ausgangslage zum Zeitpunkt der Übernahme der Befugnisse seitens der Region. Nach Ablauf der Frist für die Ausübung des Optionsrechts zum Verbleib bei der Staatsverwaltung und infolge einiger Dienstaustritte wurden am 1. Jänner 2018 357 „neue Mitarbeiter“ in den Stellenplan der Region eingestuft (205 in Trient/Rovereto, 152 in Bozen). In der Zwischenzeit wurden die ersten zwei Gesetzesmaßnahmen erlassen, mit denen die in Umsetzung der mehrmals verlängerten Programmvereinbarung bereits erfolgte Zurverfügungstellung von 25 Regionalbediensteten bestätigt bzw. die Aufnahme von 50 neuen Bediensteten mit befristetem Arbeitsverhältnis oder in der Stellung einer Abordnung vorgesehen wurde. Am 8. August 2018 wurde mit einer dritten Gesetzesmaßnahme die Aufnahme der oben genannten 50 Bediensteten bis zum 31.12.2019 verlängert, die bereits erfolgte Zurverfügungstellung von 25 Regionalbediensteten bis zum selben Datum bestätigt und die Einstellung von weiteren 20 Bediensteten zur Deckung der anstehenden Pensionierungen vorgesehen.

Laut Angabe der Regionalverwaltung waren zum 14.11.2018 in den Gerichtsämtern insgesamt 402 Stellen (328 frühere Ministerialbediensteten und 74 Regionalbediensteten) besetzt, wobei aufgrund der bereits erlassenen Gesetzesmaßnahmen weitere 21 Bedienstete hinzukommen sollten.

Allerdings waren im Berichtsjahr beim Oberlandesgericht Trient 12% der Stellen in den Zentralämtern und 63% der Stellen im Amt für Zustellungen, Vollstreckungen und Proteste unbesetzt; in Bozen waren bei der Außenabteilung 48% und beim UNEP 61% der Stellen unbesetzt. Beim Landesgericht Trient waren nur 57 von 80 Planstellen besetzt, beim Landesgericht Bozen (ebenfalls zum 30.06.2018) 69 von 125 Planstellen; beim Landesgericht Rovereto ist der Prozentanteil der unbesetzten Stellen erst vor kurzem von 39,39% auf 28% ca. gesunken; beim Jugendgericht Trient (14 Bedienstete) war im Berichtsjahr 1/3 der Planstellen unbesetzt, wobei sich die Lage vor kurzem infolge einer Pensionierung und einer Versetzung verschlechtert hat; beim Jugendgericht Bozen sind von den 14 Planstellen

nur 5 besetzt, wobei zwei Bedienstete in Teilzeit arbeiten und einer sich in Wartestand wegen Wahlmandat befindet. Bei den Staatsanwaltschaften ist ebenso ein fortwährender schwerwiegender Mangel an Verwaltungspersonal zu verzeichnen, dessen Prozentwert zwischen 33% (Staatsanwaltschaft Trient) und 56,25% (Staatsanwaltschaft Bozen) liegt.

In diesem Zusammenhang ist an die im Mai 2018 vom Justizministerium erteilten Anweisungen zu erinnern, laut denen (infolge der bereits verfügbaren Reduzierung um 12%) 567 Planstellen vorgesehen sind. Damals waren 214 Stellen unbesetzt, d. h. 37,71%, also weit über dem gesamtstaatlichen Durchschnittswert (20,78%), der dem Mindeststandard für die Gewährleistung eines angemessenen Dienstleistungsniveaus entspricht. Demzufolge wurde bei der dreijährigen Planung des Personalbedarfs als Ziel vorgegeben, den Prozentanteil der unbesetzten Stellen auf den gesamtstaatlichen Durchschnittswert (von 37,71% auf 20,78%) oder tiefer zu senken, was mindestens 446 besetzten Stellen entspricht.

Angesichts der fortwährend starken Unterbesetzung der Planstellen müssen wir außerordentliche Anstrengungen unternehmen, um die Lage in unserem Sprengel dem gesamtstaatlichen Durchschnitt anzugleichen, wobei nicht zu vergessen ist, dass durch die Delegation der Befugnisse auf örtliche Ebene eigentlich eine Steigerung der Effizienz verfolgt wurde. In den letzten zwei Jahren war von einer kühnen Herausforderung die Rede, nun stellt sich die Frage, wie diese Herausforderung gemeistert werden kann.

2.8 Abgesehen von den Zahlen, die jedoch die Situation veranschaulichen, halte ich es für notwendig, in diesem Bericht – der ja nicht nur rückblickend, sondern auch zukunftsorientiert sein soll – zwei weitere Aspekte anzugehen, die sich im Laufe des vergangenen Jahres von großer Bedeutung erwiesen haben: die Ausbildung des neu eingestellten Personals und die Notwendigkeit, die Integration zwischen den früheren Ministerialbediensteten und den hinzugekommenen Regionalbediensteten entschlossen zu fördern.

Der erste Aspekt sorgte von Anfang an und immer wieder für Besorgnis in den Gerichtsämtern: Es hat sich bisher gezeigt, dass die Regionalverwaltung für neue Personaleinstellungen lediglich auf bereits bestehende Rangordnungen der örtlichen Körperschaften oder auf Anfragen an andere in der Region tätigen Verwaltungen zurückgreifen konnte, ohne jegliche Möglichkeit, den Gerichtsämtern Personal mit einer minimalen Erfahrung und Ausbildung in Bezug auf die spezifischen Aufgaben der Assistenten, der Kanzleibeamten und der höheren Beamten für Rechtspflege zur Verfügung zu stellen. Die neuen Einstellun-

gen wurden also zwar begrüßt, jedoch entsprachen sie oft nicht den Erwartungen. Die früheren Ministerialbediensteten mussten zusätzlich zu ihren normalen und ohnehin aufwendigen Aufgaben auch für die Arbeitseinweisung der neuen Kollegen sorgen, da ein einfaches Anfangsgespräch mit den Führungskräften oder den Leitern der Gerichtsämter und die Überprüfung der vorhandenen Berufserfahrung kaum dazu ausreichen, die konkret zuzuweisenden Aufgaben zu bestimmen. Manchmal wurden sogar negative Stellungnahmen zum Ausgang der Probezeit abgegeben, wenn die Arbeitsleistung als unangemessen beurteilt oder die fehlende Eignung zu den Aufgaben festgestellt wurde. Nicht selten haben aber auch die Bediensteten selbst aus verschiedenen Gründen – darunter auch wegen gescheiteter Integration in das neue Arbeitsumfeld – auf die Stelle verzichtet.

Dieses Problem ist nicht leicht zu lösen, auch weil man nicht mehr auf die Unterstützung seitens des Justizministeriums für die Veranstaltung von Vorbereitungslehrgängen rechnen kann. Es bedarf meines Erachtens entschlossener Anstrengungen, um durch eine effektive Synergie zwischen der Richterschaft samt deren örtlichen Strukturen (insbesondere der Bezirkssektion der Nationalen Richtervereinigung und der dezentralen Weiterbildungseinrichtung der „Scuola Superiore della Magistratura“, den früheren Ministerialbediensteten mit spezifischer Berufserfahrung und, möglicherweise, der Universität ein Grundausbildungsangebot zu planen. Bei allen Schwierigkeiten wäre es schon ein bedeutender Fortschritt, wenn die neuen Mitarbeiter der Justizverwaltung (insbesondere, wenn sie mit potenziell unbefristetem Arbeitsverhältnis eingestellt wurden) eine Erstausbildung, die mindestens zehn Seminare innerhalb von zwei oder drei Wochen umfasst, besuchen könnten, in der ihnen Grundkenntnisse über die Abwicklung des Zivil- und Strafprozesses, die damit zusammenhängenden Verwaltungsaufgaben sowie über die ihnen anvertrauten Funktionen vermittelt werden.

Selbstverständlich könnte man einwenden, es sei nur ein kleiner Schritt, der jedoch immerhin eine Verbesserung im Vergleich zur bisherigen Situation darstellt, zumal es sich gezeigt hat, dass der unvorbereitete Dienstantritt eine mögliche Stressquelle sowohl für die neu Eingestellten als auch für diejenigen darstellt, die sie – manchmal mit wenig Überzeugung und Bereitschaft, wenn nicht sogar mit offener Skepsis – betreuen müssen.

Es ist übrigens allgemein anerkannt, dass Ausbildung eine unverzichtbare Voraussetzung für den Einstieg in jeden Beruf darstellt. So ist z. B. für die neu ernannten Richter des ordentlichen Gerichts, obwohl sie bereits einen sehr selektiven Wettbewerb bestanden ha-

ben, ein Praktikum vorgeschrieben, und laut dem jüngsten Gesetz zur Reform der ehrenamtlichen Richterschaft müssen die ehrenamtlichen Friedensrichter zunächst zwei Jahre lang Dienst beim Amt für den Prozess leisten.

Professionalität setzt eine angemessene Ausbildung voraus, weshalb ohne Weiteres eine obligatorische Erstausbildung vorgesehen werden sollte. Dadurch sollten die betreffenden Bediensteten – wenn auch in einem begrenzten Zeitrahmen – mit den wichtigsten Aspekten des neuen Arbeitsumfelds vertraut werden, um einerseits von den Führungskräften in Hinblick auf ihre Kenntnisse und ihre Eignung beurteilt zu werden und andererseits die unerlässlichen Grundkenntnisse für die Übernahme komplexer und äußerst heikler Aufgaben zu erwerben.

Während dieser Ausbildung, die im Arbeitsvertrag einzubinden wäre, könnten die Bediensteten ihre Fähigkeiten sowie ihre Eignung für den Einstieg in eine von ausgeprägten Besonderheiten gekennzeichnete Struktur auf die Probe stellen, um spätere Misserfolge und Verzicht, unnötigen Aufwand für alle Beteiligten und weitere Organisationsschwierigkeiten in den Ämtern zu vermeiden.

Aufgrund der erfolgten Befugnisübertragung kann nur die Region für die Verwirklichung eines solchen Projekts sorgen. Man sollte auch versuchen, die in den letzten zwei Jahren aus dem Dienst ausgeschiedenen Beamten und Assistenten einzubeziehen, damit ihre wertvollen Kenntnisse und Erfahrungen nicht verloren gehen.

Das zweite Thema hat weniger mit Organisation zu tun, sondern vielmehr mit menschlichen Aspekten, und zwar mit dem unterschiedlichen, jedoch gleichermaßen zu respektierenden Empfinden der von der sogenannten „Regionalisierung“ betroffenen Personen.

Der Übergang des Verwaltungspersonals der Justiz vom Staat zur Region war mindestens für einen Teil des Stammpersonals – wenn auch nicht immer ganz bewusst – mit dem Gefühl verbunden, von der Staatsverwaltung, und insbesondere von den Gerichtsbarkeitsorganen, getrennt worden zu sein und somit einen besonderen, ja fast elitären Status verloren zu haben. Dies ist übrigens nicht verwunderlich, da sich nach langjähriger Ausübung einer qualifizierten Tätigkeit, die das Bestehen eines Wettbewerbs voraussetzt, und nach einer mühevollen, langsamen Laufbahn ein tiefes Zugehörigkeitsgefühl entwickelt und demzufolge diese Trennung eine Umwälzung im beruflichen und persönlichen Leben darstellen kann.

Im Rahmen einiger von der Regionalverwaltung veranstalteten Treffen mit den Bediensteten der Gerichtsämter sowie zahlreicher informellen Gespräche mit den einzelnen Mitarbeitern war zu spüren, dass ein Teil der früheren Ministerialbediensteten den neuen Kollegen gegenüber eher zurückhaltend oder fast misstrauisch war. Gerade deswegen habe ich den Begriff „Integration“ gewählt, der normalerweise in ganz anderen Zusammenhängen verwendet wird. Ich bin immer mehr davon überzeugt, dass effektive Maßnahmen getroffen werden müssen, um einen echten Zusammenhalt des Personals zu fördern, der eine unverzichtbare Grundlage für die neu angebahnte Entwicklung der Justizverwaltung in diesem Sprengel darstellt.

Um an die obige Metapher vom Verwaltungspersonal als Öl im Motor des Justizdienstes anzuknüpfen: Selbst das beste Motoröl ist nichts wert, wenn es mit Wasser gemischt wird. Nur bei einem richtigen Mischungsverhältnis mit Benzin ergibt es einen wertvollen Treibstoff. In unserem Fall kann dies nur dann gelingen, wenn wir uns alle um die Integration der verschiedenen Komponenten bemühen, damit auf dieser Basis ein erfolgreicher Generationswechsel des – nunmehr ausschließlich aus Regionalbediensteten bestehenden – Personals stattfinden kann.

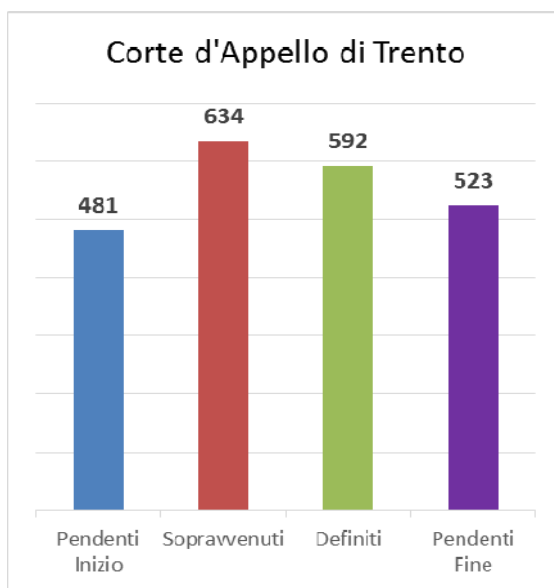
Es müssen wie bereits gesagt spezifische und sorgfältig ausgearbeitete Wettbewerbsverfahren für die Personaleinstellung durchgeführt werden. In der Zwischenzeit sollten wir uns jedoch mit Entschlossenheit für die Programmierung eines angemessenen Bildungsangebots einsetzen und alle möglichen Strategien in Betracht ziehen, um gemeinsam eine effektive Integration zu fördern. Dabei handelt es sich um einen innovativen Ansatz in unserem Bereich, der den konkreten Beitrag aller Betroffenen im Geiste der loyalen Zusammenarbeit und des Verantwortungsbewusstseins eines jeden erfordert.

3. Die Rechtspflege in unserem Sprengel³

3.1 Zivilgerichtsbarkeit

Das *Oberlandesgericht* in Trient besteht bekanntlich aus zwei Zivilsektionen und einer Strafsektion. Im gesamten Berichtszeitraum 1. Juli 2017-30. Juni 2018 hatte jede Sektion ihren eigenen Präsidenten und der Wechsel bei den wie zuvor erwähnt in Rente gegangenen Richtern fand reibungslos und ohne Unterbrechung der Arbeitsorganisation statt. Allerdings wird der vom Oberlandesgericht Venedig kommende und bereits ernannte neue Präsident des Zivilbereichs nicht vor Mai dieses Jahres den Dienst aufnehmen. Weiters ist zu erwähnen, dass der Wettbewerb für die zweite frei gewordene Stelle eines intermediären Leitungsauftrags gerade eben erst ausgeschrieben wurde.

Einige relevante Aspekte wurden bereits in den Ausführungen allgemeinen Charakters angesprochen und werden daher an dieser Stelle lediglich ergänzt.



Aus den Daten des Justizministeriums für den Berichtszeitraum gehen insgesamt 634 neue Eintragungen in Zivilsachen und 592 abgeschlossene Verfahren, während der anfängliche Rückstand von 485 Verfahren am Ende des Berichtszeitraums auf 523 (+38) angestiegen ist. Ein Vergleich mit dem Zeitraum 2016-2017 zeigt, dass hier 638 neue Eintragungen und 604 abgeschlossene Verfahren zu verzeichnen waren, mit einer Zunahme der Rückstände um 5% (die jedoch lediglich 19 Verfahren entspricht).

Die höhere Anzahl an anhängigen Verfahren zum 30. Juni 2018 lässt sich aufgrund des erwähnten beachtlichen Anstiegs der Eintragungen in Arbeitssachen von 93 auf 152 erklären (+122%), die laut Aufteilungstabellen unter die Zuständigkeit der ersten Sektion fallen, welche wegen des Richterwechsels sowie der Auswirkungen mehrerer Beurlaubungen die größten Schwierigkeiten bei der Bewältigung des Arbeitspensums aufwies. Für die Zukunft gibt es jedoch keinen Anlass zur Sorge, weil zum einen hoffentlich der Stellenplan

³ Sofern nicht anders angeführt, stammen die wiedergegebenen Zahlen von den Berichten der Gerichtsleiter.

vollständig besetzt sein wird und zum anderen an den erstinstanzlichen Gerichten ein Rückgang der Eintragungen – zumindest was die ordentlichen Verfahren anbelangt – verzeichnet wurde.

Die unter die Zuständigkeit der ersten Sektion fallenden Streitfälle in Sachen Familienrecht betreffen hauptsächlich Ehescheidungen und Ehetrennungen (ordentliche Erkenntnisverfahren und Sonderverfahren) sowie Änderungen der entsprechenden Nebenbedingungen (nichtöffentliche Verfahren), Beschwerden gegen die vorläufigen Verfügungen des Präsidenten (laut Art. 708 Abs. 4 der Zivilprozessordnung) und gegen Dekrete zur Regelung der Anvertraung und des Unterhalts minderjähriger Kinder nicht verheirateter Paare (laut Art. 739 der ZPO). Der positive Trend einer zügigen Abwicklung dieser Anfechtungen hält weiterhin an. Meistens erfolgt diese binnen weniger Monate nach Hinterlegung der Berufungen bzw. der Beschwerden und wird sogar vorgezogen, wenn dringliche oder auf eine besonders kompromittierte Situation hindeutende Anträge vorliegen. Die Sektion nutzt die Dienste zweier Hilfsrichter sowie des Präsidenten des Oberlandesgerichts, der den Vorsitz bei der ersten monatlichen Verhandlung führt. Er ist direkt für die Verfahren zuständig und verfasst die Begründung der entsprechenden Urteile.

Angesichts der großen Bedeutung und Problematik der in Frage kommenden Rechte, der steigenden Komplexität in den persönlichen und familiären Beziehungen, der schwierigen Umsetzung der Urteile, insbesondere jener, die sich auf den konkreten Schutz der im elterlichen Streit involvierten Minderjährigen auswirken, beabsichtigt die Sektion, Arbeitsgruppen mit den verschiedenen Berufsgruppen sowie den Sozial- und Gesundheitsdiensten für die Ausarbeitung und eventuelle Umsetzung von Protokollen oder Leitlinien einzurichten, um die Vorgehensweise zu verbessern und schwierige Situationen sofort zu erkennen sowie die zweckdienlichen Unterstützungsmaßnahmen zügig zu erlassen.

Was die Jugendrechtspflege anbelangt, wird in Bezug auf das Arbeitspensum der zuständigen Sondersektion weder bei den Zivilverfahren noch bei den Strafverfahren eine nennenswerte Veränderung im Vergleich zum vorhergehenden Berichtszeitraum gemeldet und die Verfahren werden weiterhin umgehend abgewickelt.

Die Anzahl der seit mehr als zwei Jahren eingetragenen Berufungen (die aufgrund des Gesetzes Nr. 89/2001 relevant sind) ist zwar bescheiden; die Prognose ist dennoch nicht rosig, denn die neuen Eintragungen bei dieser Sektion sind von 208 auf 304 angestiegen.

Was die zweite Sektion anbelangt, die hauptsächlich für die ordentlichen Erkenntnisverfahren zuständig ist, wurden auch bereits einige wichtige Daten vorweggenommen. Es bleibt noch hinzuzufügen, dass die Anzahl der neuen Eintragungen nur zum Teil denjenigen der Vorjahre entspricht, und zwar aufgrund des deutlichen Rückgangs der Widerspruchsverfahren in Sachen Enteignungen, von denen es lediglich 3 gab. Bei den ordentlichen Verfahren wird ein leichter Rückgang (von 268 auf 247 Eintragungen⁴) gemeldet, der bei den außerstreitigen Verfahren (von 74 auf 18) und bei den Rekursen im Sinne des sog. Pinto-Gesetzes (von 16 auf 9) ausgeprägter ist.

Die aktuellen Statistiken bezeugen übrigens, dass sowohl bei den ordentlichen Zivilstreitverfahren, bei den außerstreitigen Verfahren als auch bei den Wiedergutmachungsverfahren aufgrund des „Pinto-Gesetzes“ mehr Verfahren abgeschlossen als neu eingetragen wurden (ordentliche Streitverfahren: 247 neu eingetragen, 288 abgeschlossen; außerstreitige Verfahren: 18 neu eingetragen, 23 abgeschlossen; Wiedergutmachungsverfahren: 9 neu eingetragen, 12 abgeschlossen).

Angesichts der kurzen Dauer der ordentlichen Verfahren wird der sogenannte „Filter“ (Art. 54 GD Nr. 83/2012) sehr selten angewandt. Es sind keine Fälle einer sog. „erzwungenen Mediation“ oder „außergerichtlichen Lösung“, d. h. der Verlegung des Verfahrens vor ein Schiedsgericht, zu verzeichnen.

Nicht nennenswert sind die Zahlen der Sondersektion des Unternehmensgerichts: 3 neue Eintragungen (im Vorjahr waren es 5) und 7 abgeschlossene Verfahren.

Zum 30. Juni 2018 war lediglich ein seit mehr als zwei Jahren eingetragenes Verfahren anhängig (A.R. Nr. 120/16), für das allerdings in diesem Jahr die Schlussanträge erwartet werden. Die Sektion hat demnach das ihr zugewiesene Arbeitspensum in einem völlig angemessenen Zeitrahmen bewältigt, weshalb nach der vollständigen Besetzung des Stellenplans auch die Zukunftsaussichten durchaus positiv ausfallen.

Bei der Außenabteilung Bozen – über deren organisatorische Schwierigkeiten wegen Personalmangels bereits berichtet wurde – wurden im Berichtszeitraum insgesamt 581 neue Eintragungen verzeichnet⁵ und 376 Verfahren abgeschlossen. Die Anzahl der anhängigen Verfahren ist von 486 auf 591 (+105) angestiegen und kann – sofern alle Stellen im ersten

⁴ Bereits im Berichtszeitraum 1. Juli 2016 – 30. Juni 2017 wurde ein Rückgang der neuen Eintragungen von 277 auf 268 und im Zweijahreszeitraum ein Gesamtrückgang von 277 auf 247 festgestellt.

⁵ Die Daten entstammen den Statistiken des Justizministeriums betreffend die zwei Berichtsjahre, die als Vergleichsparameter herangezogen wurden.

Halbjahr 2019 besetzt werden – wahrscheinlich abgearbeitet werden. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, dass es 245 neue Eintragungen für Zivilstreitverfahren gab; im vorhergehenden Berichtszeitraum waren es 260. Dieser Rückgang wirkt umso bescheidener, wenn man bedenkt, dass zum 30. Juni 2018 die neuen Verfahren in Arbeitssachen von 89 auf 142 Eintragungen angestiegen sind. Diese nennenswerte Zunahme deckt sich auch mit den am Oberlandesgericht Trient festgestellten Daten.

Das *Landesgericht Trient*, das in zwei verschiedenen Gebäuden in Largo Pigarelli bzw. in Via Jacopo Aconcio untergebracht ist und unter dieser in absehbarer Zeit nicht behebbaren Situation leidet, weist einen Stellenplan mit 21 Richtern (davon haben 18 im Berichtszeitraum Dienst geleistet) und 11 Dienst leistenden ehrenamtliche Friedensrichter auf.

Die durchschnittliche Dauer der Verfahren liegt bei ungefähr zwei Jahren, demnach wird die als angemessene Dauer eines erstinstanzlichen Verfahrens vorgesehene dreijährige Grenze durchaus eingehalten. Allerdings bestehen einige Negativspitzen mit über drei Jahren anhängigen Verfahren, nämlich 236 bei den ordentlichen Verfahren, 290 bei den Konkursverfahren und 482 bei den Liegenschaftsvollstreckungsverfahren, wobei zu nehmen ist, dass vor allem bei den ordentlichen Verfahren Strategien zum Abbau der Rückstände notwendig sind, denn eine lange Verfahrensdauer steht bei Konkurs- und Vollstreckungsverfahren im Zusammenhang mit dem Erfolg der Veräußerungen sowie mit der diesbezüglichen Marktlage, auf welche das Gericht keinerlei Einfluss hat.

Es wurden bereits der Rückgang bei den neuen Eintragungen insbesondere im Zivilbereich bei den ordentlichen Erkenntnisverfahren hervorgehoben und die Prozentsätze bezüglich der verschiedenen Verfahrensarten angeführt; die bereits 2010 eingeführte Mediation in Zivilsachen zeitigt weiterhin keine nennenswerten Ergebnisse in Bezug auf das Gesamtarbeitspensum des Gerichts; sie kam bei knapp 5% der eingetragenen Verfahren zur Anwendung.

Zusammenfassend meldet das Landesgericht Trient im Berichtszeitraum 10.034 neue Eintragungen und 9.877 abgeschlossene Verfahren, davon 1.397 mit einem Urteil und 8.480 durch sonstige Modalitäten; die Rückstandsveränderung beträgt im Vergleich zum Vorjahr +3,51% (aufgrund des Anstiegs der anhängigen Verfahren von 4.468 zu Beginn des Berichtszeitraums auf 4.625 am Ende desselben).

Die Situation am *Landesgericht Bozen* wurde ebenfalls bereits ausführlich im allgemeinen Teil dieses Berichts anhand der jüngst zur Verfügung gestellten Statistiken des Justizministeriums beleuchtet.

Ein Aspekt sei hier noch hinzugefügt, nämlich dass die summarischen Sonderverfahren beachtlich und stetig zunehmen: im Vorjahr waren es 3.071 und im Berichtszeitraum 2.800, wobei präzisiert wird, dass in beiden Zeiträumen sehr viele auch abgeschlossen wurden (3.042 im ersteren, 2.613 im zweiten). Nichtsdestotrotz beträgt die Rückstandsveränderung +275% (68 anhängige Verfahren zu Beginn des Berichtszeitraums und 255 am Ende desselben).

Dieses Gericht hat richtigerweise auf die Auswirkungen der Gesetzesneuerungen aufmerksam gemacht, die im Bereich der Vollstreckungsverfahren hinsichtlich beweglicher und unbeweglicher Sachen sowie der Konkurse eingeführt wurden: Seit 20. Februar 2018 gilt die Veröffentlichungspflicht für die Veräußerung von unbeweglichen und beweglichen Gütern im „Portale delle Vendite Pubbliche“ sowie seit 10. April 2018 die Pflicht zur telematischen Veräußerung der Güter bei Liegenschaftsvollstreckungen und Konkursen gemäß Art. 490 Abs. 1 der Zivilprozessordnung und Art. 107 Abs. 1 der Konkursordnung, und zwar unabhängig vom Zeitpunkt, an dem die Ermächtigung oder die Vollmacht zur Veräußerung erteilt wurde, auch im Fall von nachträglichen Veräußerungsversuchen sowie der Teilung. Diesbezüglich hat das Landesgericht in Anlehnung an die Richtlinien des Obersten Rats für das Gerichtswesen für die „gemischte synchrone telematische Veräußerung“ optiert, die gleichzeitig auch die analoge Teilnahme an den Versteigerungen ermöglicht. Somit können allen Interessierten teilnehmen und der Übergang zum innovativen System erfolgt schrittweise und positiv.

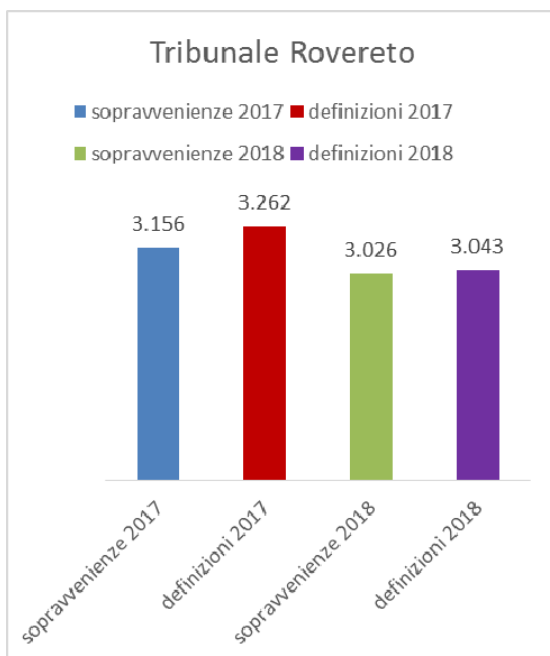
Nach Inkrafttreten (am 1.04.2017) des Gesetzes vom 8. März 2017, Nr. 24 *Bestimmungen auf dem Sachgebiet der Therapie- und Patientensicherheit sowie der Berufshaftpflicht für Gesundheitsberufe ausübende Personen* wurde eine beachtliche Zunahme der Anträge auf fachkundliche Ermittlungen zum Zweck der Beweissicherung verzeichnet; besagte Ermittlungen mussten in mehreren Fällen Fachberatern außerhalb des Gerichtssprengels des mit dem Verfahren befassten Gerichts anvertraut werden, weil auch bekannte im ärztlichen und gesundheitlichen Sektor tätige Personen involviert waren.

In Zusammenhang mit den Schutzmaßnahmen für unbegleitete ausländische Minderjährige wird darauf verwiesen, dass mit GvD vom 22. Dezember 2017, Nr. 220 (veröffent-

licht im Gesetzblatt vom 16. Jänner 2018, Nr. 12) der Art. 19 Abs. 5 des GvD Nr. 142/2015 ersetzt und die diesbezügliche Zuständigkeit vom ordentlichen Gericht auf das Jugendgericht übertragen wurde, weshalb die Verfahren selbstverständlich abgenommen haben und nur mehr einige wenige Verfahren anhängig sind (53), die zuvor eröffnet worden waren und noch nicht abgeschlossen sind.

Die vom Richter angeordnete Mediation (*ex officio*) laut dem neuen Art. 5 des GvD Nr. 28/2010 – geändert durch Gesetz vom 9.8.2013, Nr. 98 (Umwandlung des GD vom 21.6.2013, Nr. 69) – hatte auch in diesem Gerichtssprengel nicht den erwarteten Erfolg und wirkte sich demnach nicht auf das Arbeitspensum der Richter aus, zumal in den wenigen Fällen, in denen dieses Rechtsmittel angewandt wurde, das Ergebnis meistens negativ ausfiel. Ebenso waren die Auswirkungen der Verhandlung mit Rechtsbeistand gemäß Gesetz Nr. 162/2014 weiterhin bescheiden. Demgegenüber brachten die gemäß Art. 185 ZPO vom Richter durchgeführten Schlichtungsversuche eine Entlastung mit sich.

Das *Landesgericht Rovereto* meldet im Zivilbereich keine relevanten Schwierigkeiten bezüglich Organisation bzw. Leistung. Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 3.026



neue Eintragungen und 3.043 abgeschlossene Verfahren, ohne größere Unterschiede zum Vorjahr (mit 3.156 neuen Eintragungen und 3.262 abgeschlossenen Verfahren), gemeldet, sodass eine Rückstandsveränderung von $-1,66\%$ erzielt wurde.

Im Einzelnen wurden in Arbeitssachen 259 neue Verfahren (242 im Vorjahr) eingetragen und 280 abgeschlossen und somit eine Rückstandsveränderung von $-26,92\%$ erzielt. Auch dieses Landesgericht hat – wie alle anderen erstinstanzlichen Gerichte – einen Rückgang bei den

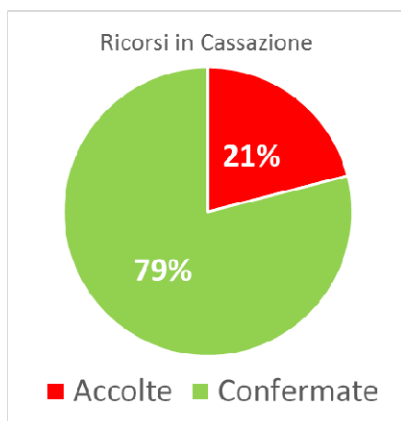
Zivilstreitverfahren verzeichnet, die von 810 im Zeitraum 2016-2017 auf 707 in dem hier berücksichtigten zurückgegangen sind, was zweifelsohne zur Verminderung der Rückstände um $-6,88\%$ beigetragen hat.

3.2 Strafgerichtsbarkeit⁶

Auf die Tätigkeit der einzigen beim Zentralsitz des Oberlandesgerichts eingerichteten *Strafsektion* wurde bereits eingegangen, so werden hier nur die bedeutendsten ministeriellen Statistiken erwähnt, laut denen im Berichtszeitraum 459 Eintragungen und 431 Verfahrensabschlüsse zu verzeichnen sind, während im Vorjahr 389 ordentliche Berufungen eingetragen und 384 abgeschlossen wurden. Daraus ergibt sich eine Zunahme um +18,0% bei den Eintragungen und +12,2% bei den Verfahrensabschlüssen, wobei die Rückstandsveränderung zum Ende des Berichtszeitraums +6,4% beträgt (von 437 auf 465).

Es sind keine neuen Verfahren in der Zuständigkeit des Schwurgerichts zu verzeichnen. Von 9 Berufungen betreffend minderjährige Angeklagte wurden 4 abgeschlossen.

Hinsichtlich der Qualität der durchgeführten Arbeit zeigen die von der Sektion gemeinsam mit dem Amt für den Prozess gesammelten Daten einen positiven *Trend*, da die



Zahl der vom Kassationsgerichtshof annullierten Urteile im Vergleich zu 2017 gesunken ist: im Jahr 2018 wurden ca. 21% der Rekurse (betreffend 9% der ausgesprochenen Urteile) angenommen und 79% der angefochtenen Urteile bestätigt, auch in Fällen von großer rechtlicher und sozialer Relevanz (siehe z. B. die Verurteilung im sog. Melinda-Prozess wegen fahrlässiger Tötung unter Verletzung der Bestimmungen über die Unfallverhütung; die Verurteilung

der gesetzlichen Vertreter mehrerer Vereine ohne Gewinnzweck, die Beiträge seitens der Autonomen Provinz Trient für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der internationalen Entwicklungskooperation erhalten hatten, die in Wirklichkeit nie realisiert wurden; die Verurteilung eines Arztes wegen sexueller Gewalt an zahlreiche Patientinnen).

Zu den geplanten Initiativen zählt Umsetzung – im Einverständnis mit den Anwälten – die des CSM-CNF-Protokolls vom 18.7.2018 (*Vorabprüfung der Anfechtungen, Organisation der Arbeit, Klarheit und Bündigkeit bei der Abfassung von Akten und Verfügungen in den Berufungsverfahren*), dessen Kenntnis im Sinne des Art. 3 gefördert werden muss, um im Hinblick auf eine gemeinsame Kultur der Rechtspflege unter Richtern und Anwälten

⁶ Hier werden keine Angaben zu den Staatsanwaltschaften im Sprengel angeführt, weil sie im Bericht des Generalstaatsanwalts enthalten sind.

zwecks einer besseren und effizienteren Verwaltung der Justiz einvernehmliche Vereinbarungen abzuschließen.

Bei der *Außenabteilung Bozen* wurden 168 Verfahren abgeschlossen und 188 eingetragen (gegenüber 195 Eintragungen im Vorjahr sind die eingegangenen Verfahren um 3,6% gesunken); im Zuständigkeitsbereich des Schwurgerichts wurden 2 neue Verfahren eingetragen, 2 wurden abgeschlossen, 1 war am Ende des Berichtszeitraums anhängig, wie im Vorjahr. Die Jugendstraftprozesse haben hingegen im Vergleich zum Vorjahr zugenommen (von 3 auf 10 Eintragungen) und es wurden 10 Verfahren abgeschlossen (4 im Vorjahr).

Insgesamt verzeichnet das Oberlandesgericht im Strafbereich 668 Eintragungen und 615 Verfahrensabschlüsse. Am Ende des Berichtszeitraums waren 677 Verfahren anhängig (624 im Vorjahr), d. h. ein Anstieg von 8,5%, der vor allem den Zentralsitz betrifft.

Beim *Landesgericht Trient*⁷ waren 1.212 Neueintragungen betreffend Hauptverhandlungen und 1.125 Verfahrensabschlüsse zu verzeichnen: Die Eintragungen betrafen vorwiegend einzelrichterliche Verfahren (1.162; vor dem Richterrat waren es nur 31). Ferner gab es 18 Berufungen gegen Urteile der Friedensgerichte und ist ein einziges in die Zuständigkeit des Schwurgerichts fallendes Verfahren eingegangen (das übrigens im Berichtszeitraum abgeschlossen wurde). Im Vergleich zum Vorjahr haben die Neueintragungen betreffend Hauptverhandlungen vor dem Einzelrichter leicht zugenommen (von 1.054 auf 1.162). Auch bei den abgeschlossenen Verfahren ist eine Zunahme zu verzeichnen (von 967 auf 1.085), sodass der Rückstand am Ende des Berichtszeitraums kaum angestiegen ist (+8,8%, von 838 auf 912).

Bei den Vorerhebungen/Vorverhandlungen ist die Anzahl der Neueintragungen im Wesentlichen unverändert geblieben; es wird eine Zunahme der Verfahrensabschlüsse (+7,2%), aber auch der eingehenden Verfahren verzeichnet, sodass der Rückstand am Ende des Berichtszeitraums von 1.251 auf 1.415 angestiegen ist (+13,1%).

Angesichts des Verhältnisses zwischen Neueintragungen und Verfahrensabschlüssen ist der Rückstand ziemlich gering, was die Effizienz des Amtes trotz dessen erheblichen Un-

⁷ Auch in diesem Fall entstammen die Gesamtzahlen den Statistiken des Justizministeriums, die den Vergleich mit den entsprechenden Daten des Vorjahres (1. Juli 2016-30. Juni 2017) ermöglichten. Die Detailangaben, auch zur Art der Verbrechen, wurden hingegen dem Bericht des Leiters des Gerichtsamts entnommen.

terbesetzung (es fehlen 2 Richter und mindestens 3 Verwaltungsmitarbeiter) beweist. Im Berichtszeitraum wurden die schnelleren Abwicklungsmethoden – wie die Betreuung auf Probe sowie die Anwendung der Art. 131 *bis* SGB und Art. 162 *ter* SGB – implementiert.

Es wurden weder Fragen der Verfassungsmäßigkeit aufgeworfen noch Vorabentscheidungsverfahren vor dem Gerichtshof der Europäischen Union eingeleitet; hinsichtlich der Art der Verbrechen, über die das Gericht zu befinden hatte, ist ein Rückgang der Verbrechen gegen die öffentliche Verwaltung (einschließlich der Bausünden) zu verzeichnen, die im Vergleich zum Vorjahr von 88 auf 38 gesunken sind.

Bezeichnend ist auch die Zahl der strafbaren Handlungen laut Art. 353 StGB (*Störung der freien Durchführung von Versteigerungen*); diesbezüglich wurden 3 Verfahren abgeschlossen. Die Zahl der Urteile wegen fahrlässiger schwerer Körperverletzungen mit dem erschwerenden Umstand der Verletzung der Bestimmungen über die Unfallverhütung ist gesunken (von 352 auf 93). Gesunken ist auch die Zahl der Hauptverhandlungen wegen Verbrechen gegen die sexuelle Freiheit (von 27 auf 6) sowie wegen *Stalking* (Art. 612 *bis* StGB): 18 im Vergleich zu 81 im vorhergehenden Berichtszeitraum.

Die Zahl der Verfahren wegen Misshandlungen in der Familie (Art. 572 StGB) ist mit 16 Eintragungen im Vergleich zu 57 im Vorjahr gesunken. Einen starken Rückgang gab es bei den Verfahren wegen Verletzung der Fürsorgepflichten gegenüber der Familie (von 183 auf 50). In diesem Zusammenhang ist unter dem Gesichtspunkt der Beweisaufnahme und der Notwendigkeit des Schutzes der Privatsphäre der Opfer zu unterstreichen, dass immer öfter auf geschützte Anhörungen in der eigens dafür vorgesehenen Struktur zurückgegriffen wird.

Es gab keine abgeschlossenen Verfahren wegen Kinderpornografie, die unter die Zuständigkeit des Sprengels fallen. Die Zahl der abgeschlossenen Verfahren wegen Drogendelikte ist von 20 auf 1 (wegen Verbrechen laut Art. 73 des DPR Nr. 309/1990) geschrumpft. Ebenso gesunken ist die Zahl der abgeschlossenen Verfahren wegen Computerbetrug (Art. 640 *ter* StGB) und allgemein wegen Computerkriminalität (8 im Vergleich zu 40 im Vorjahr).

Was die Verbrechen gegen das Vermögen angeht, ist im Vergleich zum Vorjahr eine beachtliche Zunahme der abgeschlossenen Verfahren wegen Diebstahl (von 773 auf 1.116), bei einem gleichzeitigen Rückgang der Verfahren wegen Raubüberfall (von 76 auf 19), Erpressung (von 18 auf 5) und Betrug (von 165 auf 62) zu verzeichnen.

Was die strafbaren Handlungen in Sachen Schutz der Umwelt und des Territoriums betrifft, zeigt der statistische Vergleich einen bedeutenden Rückgang der abgeschlossenen Verfahren, die zum Großteil nicht besonders schwerwiegende Bauvergehen betreffen. Die Anzahl der Konkursdelikte steht im Verhältnis zur Größe und zur unternehmerischen Qualität des Gebietes, mit einem Rückgang der abgeschlossenen Verfahren wegen Bankrott (von 30 auf 18) sowie wegen Steuerdelikte laut Art. 8 des GvD Nr. 74/2000 (von 5 auf 1).

Einen Rückgang gab es bei den abgeschlossenen Verfahren wegen Trunkenheit oder Drogenkonsum am Steuer (von 304 auf 89) sowie bei den die Verfahren wegen Waffenbesitz (von 150 auf 42).

Das Überprüfungsgericht verzeichnet hingegen im Berichtszeitraum eine erhebliche Zunahme der Rekurse: hinsichtlich vermögensbezogener Vorbeugungsmaßnahmen wurden 94 Rekurse eingetragen und 90 abgeschlossen (gegen 22 eingetragene und abgeschlossene Rekurse im Vorjahr), hinsichtlich personenbezogener Vorbeugungsmaßnahmen wurden 185 Rekurse eingetragen und 198 abgeschlossen, sodass der Rückstand am Ende des Berichtszeitraums von 21 auf 8 zurückgegangen ist.

Im Berichtszeitraum ist ein einziges in die Zuständigkeit des Schwurgerichts fallendes Verfahren wegen krimineller Vereinigung und Beihilfe zur illegalen Einwanderung eingegangen, das innerhalb von drei Monaten abgeschlossen wurde.

Der Prozentanteil der Verjährungen liegt bei den Hauptverhandlungen bei 0,3% und bei den Vorerhebungen bei 5,2%.

Beim *Landesgericht Bozen* wurden wie gesagt 1.991 Hauptverhandlungsverfahren (darunter 1.939 vor dem Einzelrichter) eingetragen und 1.702 abgeschlossen, mit einem Rückstand von 1.688 Verfahren am Ende des Berichtszeitraums (1.409 im Vorjahr, bei 1.650 eingetragenen und 1.637 abgeschlossenen Verfahren).

In Bezug auf die beim Schwurgericht eröffneten, im Berichtszeitraum anhängigen Verfahren ist zu melden, dass ein Prozess zu Lasten einer Angeklagten wegen mehrfach erschwerter vorsätzlicher Tötung mit einem am 15. September 2018 erlassenen Urteil auf lebenslange Freiheitsstrafe abgeschlossen wurde. Im zweiten Halbjahr 2017 und im ersten Halbjahr 2018 wurde ein Verfahren gegen eine vermeintliche islamistische Terrorzelle weitergeführt, in dem eine komplexe Phase abgeschlossen wurde, in der zwei Rechtshilfeersuche an das Vereinigte Königreich ergangen sind, da einer der Angeklagten nach der Eröff-

nung der Hauptverhandlung in Bozen wegen ähnlicher, in England verübter Straftaten dort verhaftet und endgültig verurteilt wurde und demzufolge an der Teilnahme am Prozess rechtmäßig verhindert ist. Dieser Prozess wird von den Staatsanwälten der Antimafia-Bezirksdirektion Trient verfolgt.

Ferner wurden zwei wichtige Prozesse eingeleitet, die Straftaten betreffen, die von vermeintlichen Mitgliedern anarchistischer Gruppen in Brenner begangen wurden. In einem Prozess sind 60 Personen angeklagt. Im zweiten Prozess geht es zwar um die gleichen Straftaten, da die Angeklagten aber deutscher Muttersprache sind, konnten keine gemeinsamen Verhandlungen abgehalten werden. Zwecks Abhaltung dieser beiden besonderen Verfahren vor dem Einzelrichter sowie des Verfahrens wegen vermeintlich internationaler Terrorakten vor dem Schwurgericht musste der Staatsanwalt beim Landesgericht Bozen im Einvernehmen mit dem Gerichtspräsidenten außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen im Justizpalast Bozen ergreifen.

Bei den über drei Jahre anhängigen Verfahren wurde ein positives Ergebnis erzielt, da im Vergleich zur letzten Erhebung im Dezember 2017 die beiden 2012 eingetragenen Verfahren abgeschlossen wurden und deshalb keine älteren Verfahren anhängig sind. Ebenso positiv ist auch das Ergebnis bei den 2013 eingetragenen Verfahren, die am 1.1.2017 länger als drei Jahre anhängig waren. Sie konnten auf nur 3 Verfahren reduziert werden, deren Verhandlungen in Kürze stattfinden werden. Von den anfänglichen 28 Verfahren aus dem Jahr 2014, die am 1.1.2018 länger als drei Jahre anhängig waren, konnten bis zum 30.6.2018 57% abgeschlossen werden, weshalb derzeit nur noch 12 Verfahren anhängig sind.

Es ist auf den weiterhin positiven Verlauf bei der Anwendung des Rechtsinstituts der Betreuung auf Probe hinzuweisen: Im Berichtszeitraum wurden 53 Urteile auf Erlöschen der Straftat aufgrund des positiven Ausgangs der Betreuung auf Probe erlassen. Ebenso zufriedenstellende Auswirkungen hat der neue Grund für die Strafausschließung wegen besonders geringfügiger Straftaten (Art. 131 *bis* StGB) nach sich gezogen: Im Berichtszeitraum wurden nämlich 59 auf Freispruch lautende Urteile erlassen.

Was hingegen die Art der behandelten Strafverfahren anbelangt, haben die Verfahren betreffend Art. 570 SGB zugenommen, die mit familiären Konflikten zusammenhängen, bei denen die Fürsorgepflichten nicht ordnungsgemäß erfüllt wurden.

Die Anzahl der Verfahren in Zusammenhang mit strafbaren Handlungen gegen sog. „schwache Kategorien“, insbesondere wegen Misshandlungen in der Familie, ist gleich geblieben. Dieses gleichbleibende Ergebnis ist der wirksamen Filterfunktion des Amtes der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen zu verdanken. Außerdem liegen für jene Verfahren, die zur Hauptverhandlung gelangen, die Ergebnisse des Beweissicherungsverfahrens vor, das insbesondere für die oben genannten Verbrechen regelmäßig angefordert und durchgeführt wird.

Beim Amt der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen ist im Vergleich zum Zeitraum 2016-2017 ein leichter Rückgang der Eintragungen (von 6.019 auf 5.794; -3,7%) und der Verfahrensabschlüsse (von 5.964 auf 5.659; -5,1%) zu verzeichnen, wobei der Endrückstand hingegen leicht zugenommen hat (von 2.124 auf 2.194; +3,3%).

Was die Art der Verbrechen anbelangt, zeigen die Statistiken für den Berichtszeitraum einen Rückgang der Verfahren wegen Verbrechen gegen das Vermögen, der bei Raubüberfällen (74 Eintragungen im Vergleich zu 91 im Vorjahr; -18%) und Diebstählen (364 gegen 434 im Vorjahr; -16%) erheblicher ist als bei den Fällen von Diebstahl unter Eindringen in eine Wohnung (78 gegen 84 im Vorjahr; ca. -7%).

Die Verfahren betreffend Drogenhandel sind in Gegenteil merklich angestiegen (302 Eintragungen gegenüber 262 im Vorjahr; +15%), wobei sich der besorgniserregende Anstieg des Heroinkonsums weiterhin bestätigt hat.

Bei den Verfahren betreffend die sog. schwachen Kategorien sind die Werte bei den Sexualverbrechen gleich geblieben (89 im Berichtsjahr eingetragene Verfahren, genau die gleiche Anzahl wie im Vorjahr), hingegen bei den Verfahren wegen Misshandlungen (223 neue Eintragungen gegenüber 246 im Vorjahr; -9%) sowie bei den Verfahren wegen *Stalking* (115 neue Eintragungen im Vergleich zu 123 im Vorjahr; -6%) geringfügig zurückgegangen.

Trotz der Verschärfung des Strafmaßes bei einem Unfall ist die Anzahl der Verfahren wegen Trunkenheit am Steuer erheblich angestiegen (561 Eintragungen gegenüber 423 im Vorjahr; ca. + 33%).

Im gesamten Strafbereich ist die Verjährungsrate äußerst gering (1% bei den Hauptverhandlungen und 0,1% bei den Vorerhebungen/Vorverhandlungen)⁸.

Beim *Landesgericht Rovereto*, von dem bereits die Rede war, wurden im Berichtszeitraum insgesamt 1.430 Strafverfahren eingetragen und 1.350 abgeschlossen, sodass am Ende noch 862 Verfahren anhängig waren. Im Detail wurden 614 Hauptverhandlungsverfahren und 816 Verfahren betreffend Vorerhebungen/Vorverhandlungen eingetragen. Im Vorjahr wurden insgesamt 1.496 Verfahren eingetragen und 1.501 abgeschlossen, wobei die Anzahl der Hauptverhandlungsverfahren niedriger (507) und die Anzahl der Verfahren betreffend Vorerhebungen/Vorverhandlungen höher (989) als im Berichtsjahr waren. Die Rückstandsänderung beträgt in den zwei Berichtszeiträumen durchschnittlich +6,2%.

3.3 Jugendgerichtsbarkeit

Beim *Jugendgericht Trient*, dessen Stellenplan drei Berufsrichter einschließlich des Präsidenten vorsieht, die alle unterschiedliche Funktionen ausüben, war im Berichtszeitraum eine Stelle kontinuierlich unbesetzt und ist es derzeit immer noch. An dieser misslichen Lage wird sich auch bis Frühjahr 2019 nichts ändern. Die beiden übrigen planmäßigen Richter haben es dennoch geschafft, diese Abwesenheit auch ohne andauernde Zuteilungen anderer Richter zu bewältigen. Diese waren nur sporadisch erforderlich, z. B. bei Fällen der Unvereinbarkeit oder bei Abwesenheiten wegen Urlaub.

Die Beziehungen zu den Mitarbeitern der öffentlichen Dienststellen, die auf institutioneller Ebene zur Erstellung und Umsetzung der Beschlüsse des Jugendgerichts beitragen, waren wie immer positiv und basieren auf einer konsolidierten Zusammenarbeit im Rahmen der jeweils unterschiedlichen Aufgaben.

In Bezug auf den Strafbereich ist es dem Jugendgericht gelungen, die Verfahrensflüsse mit einem Rückblick bis auf das Jahr 2015 zu erheben, indem auf Initiative des Präsidenten das System zur vergleichenden Erhebung im Rahmen des (hier seit 2015 operativen) SIGMA-Systems implementiert wurde, welches zuvor keine solche Analyse ermöglichte.

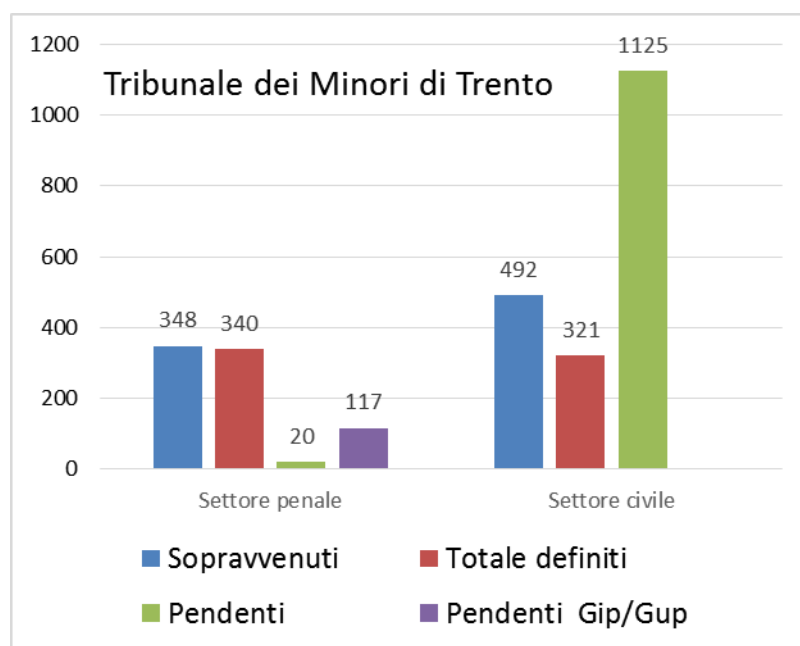
⁸ Laut Angaben des Justizministeriums für den Berichtszeitraum. Laut dem Landesgericht Bozen ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen 7.500 abgeschlossenen Verfahren und 26 Verjährungen (1,06% bei den Hauptverhandlungen und 0,13% bei den Vorerhebungen/Vorverhandlungen) ein Wert von 0,3%. Demzufolge stimmen die Daten im Wesentlichen miteinander überein.

Aus den Statistiken des Justizministeriums für den *Strafbereich* gehen im Berichtszeitraum 348 Eintragungen (fast unverändert im Vergleich zu 350 im Vorjahr) und 340 Verfahrensabschlüsse hervor, mit einem Endrückstand von 20 Verfahren bei den Hauptverhandlungen und 117 bei den Vorerhebungen/Vorverhandlungen.

Durch eine wirksame organisatorische Flexibilität konnten im Strafbereich ein Stillstand oder Verzögerungen infolge der im Berichtszeitraum bestehenden Unterbesetzung der Richterstellen vermieden werden. Die Verfahrensverzögerung konnte merklich reduziert werden, insbesondere jene zwischen Anklageerhebung und Vorverhandlung, die kaum mehr als 2 Monate beträgt. Es sind keine Fälle von Verjährung eingetreten und es liegen auch keine über drei Jahre bzw. über zwei Jahre anhängigen Verfahren vor.

Was das Überwachungsgericht und den Strafvollzug angeht, sind die Art und die geringe Anzahl der erlassenen Maßnahmen im Wesentlichen unverändert geblieben; dasselbe gilt für die Vorbeugungsmaßnahmen.

In Bezug auf den Zivilbereich ist auf die weit verbreitete Verwendung der elektronischen Post – in der Regel der zertifizierten elektronischen Post – sowohl in den Beziehungen



zu den verschiedenen territorialen Dienststellen und den anderen öffentlichen Ämtern als auch für die Mitteilungen an die Rechtsanwälte hinzuweisen. Bei den Parteien, die sich in den gesetzlich zugelassenen Fällen nicht durch die Vertretung eines Rechtsanwalts in ein Verfahren einlassen wollen, bleibt leider weiterhin die Pflicht bestehen, die Mitteilungen oder Zustellungen

ordnungsgemäß über den Gerichtsvollzieher oder per Post zu übermitteln. Allerdings wird in vielen dieser Fällen nicht selten auch auf alternative Mitteilungs- und Zustellungswege gemäß Art. 151 StPO zurückgegriffen (wenn möglich, auch per Telefon seitens der Kanzlei, die dann die Daten in einem Zustellungsbericht festhält, oder über die Sozialdiens-

te oder die Stadtpolizei), wenn besondere Umstände oder das Erfordernis einer schnelleren Zustellung, des Schutzes der Privatsphäre oder der Würde der Person vorliegen.

Laut den Statistiken verzeichnet der *Zivilbereich* im Berichtszeitraum 492 Eintragungen, 321 Verfahrensabschlüsse und zum 30.06.2018 einen Rückstand von 1.125 Verfahren.

Im Detail ist zu sagen, dass in Bezug auf die Verfahren gemäß Art. 31 des Einheits-textes der Bestimmungen über die Regelung der Einwanderung und die Rechtsstellung der Ausländer (GvD Nr. 286/1998) am Anfang des Berichtszeitraums 22 Verfahren anhängig waren, 31 neu eingetragen (die in der Gesamtzahl der Neueintragungen beim Amt für freiwillige Gerichtsbarkeit (277) enthalten sind) und 20 abgeschlossen wurden, sodass am Ende noch 33 Verfahren anhängig waren. Bei den Verfahren betreffend das elterliche Sorgerecht und die Freigabe zur Adoption wurden 277 Verfahren neu eingetragen, 26 Verfahren waren länger als drei Jahre anhängig, 30 Verfahren im dritten Anhängigkeitsjahr befanden sich in der Abschlussphase und 93 Verfahren im zweiten Anhängigkeitsjahr befanden sich in fortgeschrittener Bearbeitung. Im Vorjahr waren 9 über drei Jahre anhängige Verfahren, 24 bald abgeschlossene Verfahren im dritten Anhängigkeitsjahr und 52 Verfahren in fortgeschrittener Bearbeitung im zweiten Anhängigkeitsjahr verzeichnet worden, weshalb ein leichter Anstieg des Rückstands zur Kenntnis zu nehmen ist.

Alle übrigen Verfahren wurden ungefähr innerhalb eines Jahres nach ihrer Eintragung abgeschlossen.

Bei den Verfahren betreffend die Freigabe zur Adoption sowie bei den Verfahren betreffend internationale Adoptionen hat sich das Gericht – trotz deren Komplexität und des fehlenden Richters – für den zügigen Abschluss der den Neueintragungen entsprechenden Anzahl von Verfahren eingesetzt.

Die dem Jugendgericht unterbreiteten Situationen sind meist sehr kompliziert und bestätigen die immer problematischer werdenden familiären Beziehungen im weiteren Sinne sowie das individuelle Unbehagen der einzelnen Mitglieder von Familien, in denen sich häufig mehrere Minderjährige – auch Kleinkinder – befinden.

Die Angelegenheiten, über die das Jugendgericht zu entscheiden hat, müssen in der Regel dringend gelöst werden, denn sie werden der Gerichtsbehörde in vielen Fällen zu einem Zeitpunkt unterbreitet, zu dem die Situation bereits sehr kritisch geworden ist, weil andere Unterstützungsmaßnahmen im familiären oder behördlichen Bereich zu keinem positiven Ergebnis geführt haben. Das Hauptziel ist selbstverständlich, die Einheit der Familie zu

bewahren, außer es geht darum, vorrangig das Wohl der minderjährigen Kinder zu schützen. Im Sinne des Art. 8 der EMRK wird der Grundsatz, so wenig wie möglich in das Familienleben einzugreifen, streng eingehalten.

Bei den Fällen von Gewalt in der Familie hat das Jugendgericht stets die Koordinierung der verschiedenen, für die jeweiligen Fragen zuständigen Gerichtsbehörden angestrebt, um zu vermeiden, dass das betroffene Kind wiederholten Feststellungsverfahren ausgesetzt wird. Diesbezüglich erfolgte ein ständiger Austausch und eine konstante Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht.

Um auf die wichtigsten im Berichtszeitraum behandelten Rechtsfragen einzugehen, ist für den Zivilbereich zu sagen, dass nach Einführung des Rechts auf emotionale Kontinuität für Pflegekinder, welches die Adoption der Pflegekinder durch die Pflegeeltern möglich gemacht hat, die Frage der Pflegekinder-Pflegeeltern-Zusammenführung immer strenger anzugehen ist. Da sich das Gesetz über dieses Thema ausschweigt, läuft derzeit zwecks Koordinierung ein reger Austausch zwischen dem Jugendgericht und den für die Anvertraung von Pflegekindern und Adoptionen zuständigen Dienststellen, um Paare zu finden, die eventuell für beide Möglichkeiten ihre Bereitschaft zeigen. Im Strafbereich ging es hingegen um die Frage, wie groß der Unterschied zwischen Einsichts- und Willensfähigkeit im Allgemeinen und dieser Fähigkeit in Bezug auf die Sphäre der Sexualdelikte ist, sowie um die Frage der Ursachen, die auf das Bestehen der Zurechnungsfähigkeit (altersgerechte Reife, eventuelle Geistesstörung) einwirken und im Fall einer vermutlichen Gemeingefährlichkeit des Täters bei der Wahl der Sicherungsmaßnahmen relevant sind.

Im Berichtszeitraum wurde das GvD vom 22.12.2017, Nr. 220 in Umsetzung des am 6. Mai 2017 in Kraft getretenen Gesetzes vom 7.4.2017, Nr. 47 „*Bestimmungen in Sachen Schutzmaßnahmen für unbegleitete ausländische Minderjährige*“ (sog. Zampa-Gesetz) erlassen, mit dem die Befugnis in Sachen Vormundschaft betreffend unbegleitete ausländische Minderjährige vom Vormundschaftsgericht auf das Jugendgericht übertragen wurde. Da in diesem Gesetz keine diesbezüglichen Bestimmungen enthalten sind, hat das Jugendgericht Trient im Einvernehmen mit dem Justizministerium beschlossen, den Art. 47 der Durchführungsbestimmungen zum Zivilgesetzbuch anzuwenden und beim Jugendgericht ein spezifisches Register für Vormundschaftssachen einzurichten, in das alle Vormundschaften einzutragen sind, wie es auch im Art. 19 Abs. 5 des GvD Nr. 142/2015 für das Vormundschaftsgericht vorgesehen war. In Erwartung der auf gesamtstaatlicher Ebene

standardisierten, im SIGMA-System implementierten Software wurde dieses Register bereits im Jänner 2018 in einem vom Jugendgericht selbständig erstellten digitalen Format in Betrieb genommen. Hinzu kommt, dass beim Jugendgericht nach Unterzeichnung eines diesbezüglichen einvernehmlichen Protokolls mit der Jugendanwaltschaft der Autonomen Provinz Trient das Verzeichnis der ehrenamtlichen Vormunde bereits eingerichtet wurde.

Seit dem genannten Übergang der Zuständigkeit sind 15 Rekurse wegen Eröffnung einer Vormundschaft über unbegleitete ausländische Minderjährige eingegangen, die in kurzer Zeit abgeschlossen wurden. Derzeit ist die Anzahl der ausgewählten ehrenamtlichen Vormunde, die im offiziellen Verzeichnis eingetragen sind, ausreichend, auch weil jede Vormundschaft bei Erreichen der in der Regel bald eintretenden Volljährigkeit des Mündels endet.

Im Strafbereich waren die Auswirkungen des erst am 3. August 2017 in Kraft getretenen Gesetzes vom 23.6.2017, Nr. 13 „*Änderungen zum Strafgesetzbuch, zur Strafprozessordnung und zum Strafvollzugsgesetz*“ (sog. Orlando-Reform) kaum nennenswert. Abgesehen von den Auswirkungen der Strafverschärfungen für einige Verbrechen auf den Jugendstrafprozess hat das Jugendgericht gemeldet, die Ausnahme vom Verbot des Vergleichs zwischen den neuen, in den Art. 625 *bis* StGB eingefügten erschwerenden Umständen in Bezug auf den mildernden Umstand der Minderjährigkeit zur Kenntnis genommen zu haben. Die Möglichkeit, die Wahl des Domizils beim Amtsverteidiger abzulehnen, wurde sehr häufig vom betreffenden Verteidiger ausgeübt, und die in diesen Fällen vorgesehene Modalität für die Zustellung an den Angeklagten hat selbstverständlich die Arbeit der Strafkanzlei um Einiges erschwert.

Die Vereinfachung, die nun durch die Heilung der relativen Nichtigkeit infolge des in der Vorverhandlung eingereichten Antrags auf abgekürztes Verfahren (sowie die anderen Auswirkungen auf die Nichtverwendbarkeit und auf die gebietsmäßige Zuständigkeit) entsteht, wirkt sich positiv auf den Prozess aus. Das Gericht ist sich noch nicht über die Frage im Klaren, ob diese Auswirkung auch in den Fällen erzielt wird, in denen der Antrag auf abgekürztes Verfahren außerhalb der Verhandlung eingereicht wird, wie im Fall laut Art. 458 StPO.

In einigen auf Antrag verfolgbaren Fällen war hingegen der neue Grund für das Erlöschen der Straftat wegen Wiedergutmachung laut dem neuen Art. 162 *ter* StGB sehr wirksam.

In Zusammenhang mit dem GvD vom 10.4.2014, Nr. 36, das in (teilweiser) Umsetzung der im bereits erwähnten Gesetz Nr. 103/2017 vorgesehenen Übertragung erlassen wurde, ist zu sagen, dass sich die Änderung einiger Voraussetzungen für die Einleitung eines Verfahrens (auf Strafantrag oder von Amts wegen) nur auf einige wenige anhängige Verfahren wegen Bedrohung ausgewirkt hat und in einigen Fällen zum Verfahrensstillstand geführt hat, weil der Staatsanwalt die Übergangsbestimmung angewandt hat, welche die Befragung des Opfers vorsieht und regelt, um ihm eine Bedenkzeit für die Einreichung des Strafantrags einzuräumen, sofern sie zuvor nicht vorgesehen war.

Das Gericht hat im Berichtszeitraum drei Vereinbarungen (mit der Universität Trient und der Universität Mailand) betreffend die Durchführung von Ausbildungspraktika für Jurastudenten sowie eine Vereinbarung mit einer Oberschule in Trient unterzeichnet.

Zwei Praktikanten wurden gemäß Art. 73 des GD Nr. 69/2013 mit seinem späteren Umwandlungsgesetz erfolgreich eingesetzt und haben sich als eine wertvolle Ressource bei der Unterstützung der Richter erwiesen, die wegen der seit langem unbesetzten Planstelle wirklich Hilfe benötigten.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Abwechslung von Schule und Arbeit waren vier Schülerinnen aus Oberschulen für Humanwissenschaften einige Wochen lang als Praktikantinnen beim Jugendgericht tätig.

Im Berichtszeitraum sind keine Änderungen im Stellenplan der ehrenamtlichen Richter (12 Einheiten) eingetreten. Diesen Richtern, deren Anwesenheit in allen straf- und zivilrechtlichen Richterkollegien vorgeschrieben ist, werden im Auftrag des für die Akte zuständigen Richterkollegiums oder Einzelrichters entsprechend den Richtlinien des Obersten Rats für das Gerichtswesen auch Untersuchungsaufgaben im zivilrechtlichen Bereich übertragen. Unter diesen ihnen übertragenen Aufgaben erweist sich die Anhörung der vom Verfahren betroffenen Minderjährigen als besonders hilfreich.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Jugendgericht und dem EMAMEF (der Körperschaft des Landes, die für Pflegekinder und deren Pflegefamilien zuständig ist) sowie der Koordinierungsstelle des Landes für (nationale und internationale) Adoptionen war eng und intensiv.

Trotz der wegen des spärlichen Verwaltungspersonals bestehenden Schwierigkeiten konnte auch den mit Dringlichkeit eingereichten Anträgen die notwendige Priorität eingeräumt werden. Die seinerzeit beim Präsidium eingerichtete Beamtengruppe, die ohne Rück-

sicht auf die Dienste, denen die einzelnen Mitglieder normalerweise zugeteilt sind, dahingehend geschult wurde, in dringenden Fällen in jedem Sachbereich – sei es Strafrecht, Zivilrecht oder Adoptionsverfahren – bei jeder Notwendigkeit zu jeder Zeit und in jedem Fall (Abwesenheit der jeweiligen Amtsinhaber wegen Urlaub, besonders im Sommer, wegen Krankheit oder wegen Anwendung des Gesetzes Nr. 104/1992 usw.) auf passende Weise und innerhalb einer angemessenen Frist reagieren zu können, hat sich als erfolgreich erwiesen.

Die *Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Trient* hat gemeldet, dass im Berichtszeitraum 282 Strafverfahren gegen bekannte Täter eingetragen und 312 davon abgeschlossen wurden. In 3 Fällen wurde eine Verlängerung der Frist für die Vorerhebungen, in 3 Fällen die Untersuchungshaft, in 5 Fällen die Unterbringung in einer Gemeinschaft, in 2 Fällen eine Haftbestätigung, in 3 Fällen ein Beweissicherungsverfahren und in 5 Fällen eine sofortige Verurteilung beantragt. Ferner wurden 9 Telefonüberwachungen beantragt und zugelassen.

Im Zivilbereich wurden 420 Verfahren eingetragen und 446 abgeschlossen, mit einem Rückstand von 394 Verfahren am Ende des Berichtszeitraums.

Das Jugendgericht hat keine besonderen Probleme weder in Bezug auf das Personal noch auf das Entstehen von Rückständen gemeldet, was den bewährten guten Betrieb dieses Dienstes bestätigt. In Bezug auf das EDV-gestützte Strafverfahren wird laut Angabe des Jugendgerichts das System für die elektronische Übermittlung der strafrechtlichen Zustellungen nun vollständig angewandt.

In Bezug auf das *Jugendgericht Bozen* ist zu sagen, dass sich die Gesetzesnovellen betreffend die Aufnahme unbegleiteter ausländischer Minderjähriger im Berichtszeitraum stark auf die Arbeit des Präsidenten und des ganzen Gerichts ausgewirkt haben.

Im Art. 11 des Gesetzes vom 7. April 2017, Nr. 47 ist nämlich die innerhalb 90 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes zu erfüllende Pflicht vorgesehen, ein Verzeichnis der ehrenamtlichen Vormunde einzurichten, die im Hinblick auf die Betreuung unbegleiteter ausländischer Minderjähriger spezifisch geschult wurden. Obwohl die Zuständigkeit für die Ernennung der Vormunde für unbegleitete ausländische Minderjähriger weiterhin dem Vormundschaftsgericht obliegt, wurden die Einrichtung und Führung des Verzeichnisses

der ehrenamtlichen Vormunde an den Präsidenten des Jugendgerichts übertragen. Der Präsident hat durch ein spezifisches, mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft der Provinz Bozen am 27.7.2017 abgeschlossenes Einvernehmensprotokoll die Richtlinien für die Bestimmung und Schulung der ehrenamtlichen Vormunde festgelegt und mit dem Regierungskommissariat die Kontrollen betreffend das Nichtvorhandensein von für Minderjährige schädlichen Verhaltensweisen vereinbart. Innerhalb der im Gesetz Nr. 47/2007 vorgesehenen Frist (August 2017) wurden die ersten ehrenamtlichen Vormunde in das Verzeichnis eingetragen.

Das Jugendgericht hat der Kanzlei des Vormundschaftsgerichts sowie den einzelnen Vormundschaftsrichtern, die auf das Verzeichnis zurückgegriffen haben, die Eintragungsanweisungen mitgeteilt. In spezifischen Sitzungen wurden die Modalitäten der Zusammenarbeit vereinbart, einschließlich der Auflage, eventuelle unangebrachte Verhaltensweisen der Vormunde zu melden.

Mit dem GvD Nr. 220/2017 wurde demnach der Verdoppelung der Zuständigkeit entgegengewirkt, die einerseits dem Jugendgericht zukam, welches für die Kontrolle über die Eintragung und die Tätigkeit der Vormunde sowie für die Ratifizierung der Aufnahme Maßnahmen betreffend die Minderjährigen laut Art. 19 des GvD Nr. 142/2015 zuständig war, und andererseits dem Vormundschaftsgericht, welches die entsprechenden Vormunde zu ernennen hatte. Ab 3. März 2018 ist also nun das Jugendgericht auch für die Ernennung der ehrenamtlichen Vormunde und somit für alle Aspekte der Rechtsprechung für die Aufnahme von Minderjährigen zuständig.

Die Wahrnehmung dieser neuen Zuständigkeit hat sich als nicht so leicht erwiesen, da es keine präzisen Gesetzesbestimmungen gibt und die Vormundschaftsmaßnahmen nicht in das SIGMA-System eingetragen werden konnten. Auch waren die Zusammenhänge mit den Verfahren zur Ratifizierung der Aufnahmemaßnahmen nicht klar. Erst nach zahlreichen Aufforderungen haben das Justizministerium und die Generaldirektion für automatisierte Informationssysteme DGSIA eine spezifische, den Vormundschaftssachen gewidmete Sektion in das SIGMA-Register eingeführt, in der nicht nur die Maßnahmen betreffend die Ernennung der ehrenamtlichen Vormunde, sondern alle Maßnahmen in Zusammenhang mit den unbegleiteten ausländischen Minderjährigen eingetragen werden können. Die konkrete Führung dieser neuen Sektion im SIGMA-System wurde mit zwei Dienstanweisungen des Prä-

sidenten geregelt, um die Eintragungen so einfach wie möglich zu halten und das Verwaltungspersonal nicht noch stärker zu belasten.

Es wurden über dreißig ehrenamtliche Vormunde eingetragen. Da die Anzahl der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen in den letzten Monaten stark zurückgegangen ist, wurden die Vormunde der Reihe ihrer Eintragung nach ernannt, sodass jeder von ihnen mindestens einen Minderjährigen betreuen kann. Wenn der nächste Flüchtlingsstrom eintrifft, wird die Zuordnung zwischen Minderjährigen und Vormunden nach qualitativen Kriterien erfolgen, wie z. B. die Entfernung zwischen dem Wohnort/Arbeitsplatz des Vormunds und dem Aufnahmezentrum, die Sprachkenntnisse in Bezug auf den englisch- oder französischsprachigen Herkunftsort des Betreuten sowie spezifische Eignungen.

Auch wenn sie noch nicht per Gesetz, sondern nur durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, des Verfassungsgerichtshofs und des Kassationsgerichtshofs eingeführt wurde, hat die neue Regelung betreffend die Ausfindigmachung und Einberufung der Mutter, die bei der Geburt erklärt hatte, im Sinne des Art. 28 Abs. 7 des Gesetzes Nr. 184/1983 anonym bleiben zu wollen, die Ausarbeitung eines Tätigkeitsprotokolls erfordert, das zusammen mit der Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht am 14.7.2017 unterzeichnet wurde.

Bekanntlich ist der Jugendstraßprozess mehr auf die Resozialisierung als auf die Bestrafung des Angeklagten ausgerichtet, weshalb die Einweisung eines Minderjährigen in eine Jugendstrafanstalt die *Ultima Ratio* darstellt. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass sich die nächstgelegene Jugendstrafanstalt in Treviso befindet. Die Erfahrungen der dort in Untersuchungshaft eingewiesenen Jugendlichen bezeugen, dass diese Jugendstrafanstalt angemessen strukturiert ist, um den Bedürfnissen der jungen Häftlinge bzw. der in Untersuchungshaft eingewiesenen Jugendlichen gerecht zu werden, dass sie eine individuell abgestimmte Behandlung gewährleistet und die Jugendlichen dort sowohl pädagogisch als auch psychologisch betreut werden und – wenn dies noch möglich ist - ihren Schulabschluss nachholen können.

Im Berichtszeitraum gab es 4 Fälle von Anhaltung auf frischer Tat; gegen 3 Minderjährige wurde Untersuchungshaft verhängt und 4 wurden im Sinne des Art. 22 DPR Nr. 448/1988 in einer Gemeinschaft untergebracht. Gegen einen der vier in einer Gemeinschaft untergebrachten Minderjährigen wurde im Sinne des Art. 22 Abs 4 des DPR Nr. 448/1988

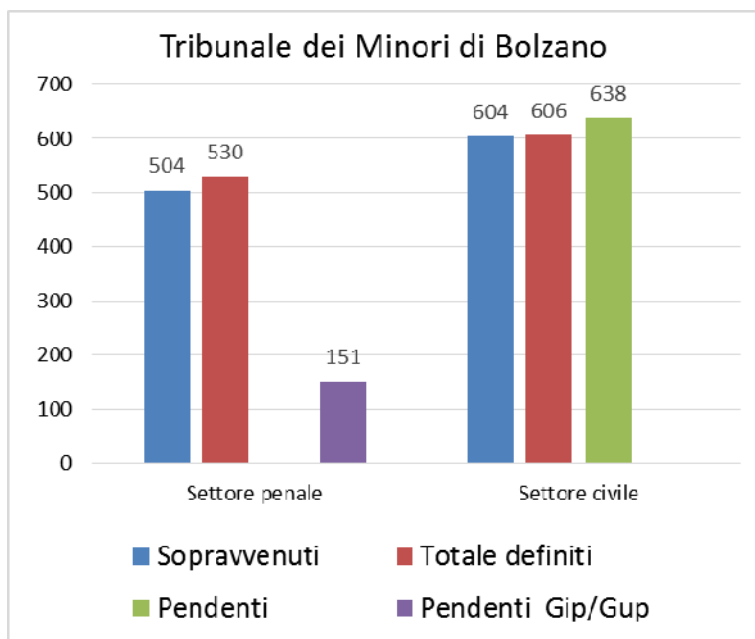
die erschwerende Maßnahme einer einmonatigen Gefängnishaft verhängt und einem Minderjährigen wurden die Vorschriften im Sinne des Art. 20 des DPR Nr. 448/1988 auferlegt.

Was die haftersetzenden Maßnahmen anbelangt, sind 14 Fälle von Freiheit unter Überwachung, 4 Betreuungen auf Probe, 4 Fälle von Haushaft und 2 Fälle von Strafvollzug in einer Jugendstrafanstalt zu melden.

Das im Rahmen der Vorverhandlung angestrebte Resozialisierungsziel wird hauptsächlich durch Projekte der Betreuung auf Probe im Sinne des Art. 28 des DPR Nr. 448/1988 erreicht, die sich im Berichtszeitraum auf 108 beliefen. Dieser letzte Wert ist beachtlich, denn er bezeugt im Vergleich zum Vorjahr (68 Fälle) einen bemerkenswerten Anstieg trotz der prekären Lage des ministeriellen Sozialdienstes in Bozen, dessen gesamte Tätigkeit einzig und allein von Personal durchgeführt wird, das im Rahmen von zwischen dem Ministerium und den privaten Sozialeinrichtungen vereinbarten Projekten dem Jugendsozialdienst (USSM) zugewiesen wurde.

Die Direktorin des Jugendsozialdienstes Trient, welche die vorübergehende Amtsführung des Jugendsozialdienstes Bozen übernommen hat, hat sich verausgabt, um alle möglichen Lösungen zu finden und die Ausarbeitung der Projekte sowie die Betreuung der Jugendlichen gewährleisten zu können. Die zahlreichen Treffen und Kontakte der Direktorin mit dem Präsidenten des Jugendgerichts führten zu einer noch stärkeren Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten und den privaten (obschon vorwiegend durch öffentliche Beiträge finanzierten) Sozialeinrichtungen. Als besonders erfolgreich hat sich die Synergie mit den Straßensozialarbeitern erwiesen (den sogenannten *Streetworkern* der Stiftung „Forum Prävention“, des Vereins „La Strada - Der Weg“ und des Vereins „Volontarius“), denen es gelingt, Minderjährige, die bereits alle Bildungswege aufgegeben haben und im Allgemeinen zu sozialen Randgruppen gehören, aufzufangen und sie pädagogisch und emotionell zu betreuen, was den Kern der Betreuung auf Probe und der haftersetzenden Maßnahmen (Betreuung an den Sozialdienst, Freiheit unter Überwachung und manchmal auch Haushaft mit weitgehenden Ermächtigungen zur Teilnahme an Bildungs-, Berufs- und Sportbetätigungen) ausmacht.

Die Aussetzung der Tätigkeit des Erstaufnahmezentrums in Trient, die 2016 wegen des geringen Zulaufs mit dem Zentrum für Jugendgerichtsbarkeit in Venedig vereinbart wurde, führte zu keinen Problemen. Bei den erwähnten 4 Anhaltungen gab es keine besonderen Schwierigkeiten.



Im Vorjahr waren bereits alle möglichen Organisationsmethoden angewandt worden, um den Zulauf seitens der Anwälte sowie der Gesundheits- und Sozialdienste beim Sekretariat des Zivilbereichs und bei der Strafkanzlei durch einen intensiven Einsatz der telematischen Mittel einzudämmen, sodass sich die Lage nun stabilisiert hat und keine weiteren Maßnahmen erfordert.

Trotz des schwerwiegenden Mangels an Verwaltungspersonal und der unangemessenen informationstechnischen Unterstützung konnte die Arbeit beim Jugendgericht ordnungsgemäß bewältigt werden. Der Bewältigungskoeffizient ist im Wesentlichen gleich 1, d. h. im Durchschnitt wird – unter Berücksichtigung der statistischen Varianz – die gleiche Anzahl an Verfahren sowohl im Zivil- als auch im Strafbereich abgeschlossen wie die Anzahl der im gleichen Zeitraum eingetragenen Verfahren. Es sind keine über drei Jahre anhängigen Verfahren vorhanden.

Dies wird durch die Statistiken des Justizministeriums für den Berichtszeitraum bestätigt, laut denen im *Zivilbereich* 604 Verfahren eingetragen und 606 abgeschlossen wurden, mit einem Endrückstand von 638 Verfahren.

Für den *Strafbereich* sind im Berichtszeitraum 504 Eintragungen (gegenüber 716 im Vorjahr) und 530 Verfahrensabschlüsse zu verzeichnen, wobei keine Verfahren bei den Hauptverhandlungen und nur 151 beim Amt der Richter für die Vorerhebungen/Vorverhandlungen anhängig sind.

Die oben erwähnten Werte bestätigen die Tatsache, dass die auch in den vergangenen Jahren vom Jugendgericht und der zuständigen Staatsanwaltschaft geleistete intensive Arbeit dazu beigetragen hat, die Jugendkriminalität merklich zu reduzieren. Hingegen konnte sie im Hinblick auf den Anstieg der Konflikte im familiären Bereich sowie der Fälle von seelischer Verwahrlosung Minderjähriger nicht viel bewirken, weshalb im Zivilbereich die Anzahl der Verfahren spürbar angestiegen ist.

Bei den von Minderjährigen verübten Verbrechen ist ein starker Rückgang bei nachstehenden Tatbeständen festzustellen: Diebstahl (von 128 auf 74), Erpressung (von 19 auf 6) und Körperverletzung (von 55 auf 27).

Weniger stark war der Rückgang bei den Drogendelikten (von 28 auf 21) und bei den Fällen von Widerstand gegen eine Amtsperson (von 19 auf 15). Nur bei den Raubüberfällen lässt sich eine gegenläufige Tendenz (ein Anstieg von 18 auf 22) verzeichnen. Dabei handelt es sich meist um kleine Diebstähle in Geschäften oder unter Gleichaltrigen, die in räuberische Diebstähle ausarten, weil der Täter auf der Flucht andere Menschen anrempelt.

Der allgemeine Rückgang der Straftaten ist auch auf die vollständige Zerschlagung der bis Ende 2016 in Bozen aktiven sog. Baby-Gang zurückzuführen und wurde durch das bedachte Bemessen der Vorbeugungsmaßnahmen sowie der im Einvernehmen mit der Staatsanwaltschaft und dem Landesgericht festgesetzten zivilrechtlichen Schritte der Jugendgerichtsbarkeit begünstigt. Gegenüber den zahlreichen Gangmitgliedern im Alter unter 14 Jahren wurden spezifische zivilrechtliche Schritte – einschließlich der Unterbringung in sozialpädagogischen Gemeinschaften – unternommen, um dem bedenklichen Gefühl der Straffreiheit zuvorzukommen.

Entscheidend für die Zerschlagung der Gang waren die verbreitete und wirksame Straßensozialarbeit (hauptsächlich der in Bozen und Meran aktiven Streetworker) sowie intensivere Kontrollen der Ordnungskräfte in puncto Jugendkriminalität.

Im eigentlichen Kernanliegen des Jugendgerichts, nämlich den Verfahren betreffend die elterliche Gewalt, wird eine Zunahme von 274 auf 300 verzeichnet; diese ist auf eine immer stärkere Zerrüttung der Familie, die den Minderjährigen keinen klaren erzieherischen Bezugspunkt mehr bieten kann, sowie auf innerfamiliäre Konflikte zurückzuführen, die zunächst vor dem ordentlichen Gericht beigelegt, später dann wieder aktuell werden und das Einschreiten des Jugendgerichts erfordern.

Das Jugendgericht widmet den Beziehungen zu den Sozial- und Gesundheitsdiensten für Minderjährige durch die Pflege täglicher Kontakte und durch Weiterbildungsinitiativen große Aufmerksamkeit. Auch der Kontakt zu den Schulen ist sehr rege. Der Präsident des Jugendgerichts fördert neue Formen der Unterstützung, wie beispielsweise die aufsuchende Familienarbeit, Sofortmaßnahmen für junge Mütter, Straßensozialarbeit, die Einrichtung eines niederschweligen Aufnahmezentrums für Jugendliche mit Auffälligkeiten oder Sucht-

problemen sowie die Errichtung einer Expertengruppe zur Bewertung der elterlichen Fähigkeiten.

Die Jugendgerichtsbarkeit ist derzeit noch nicht vom EDV-gestützten Verfahren betroffen: das mit MD vom 26.6.2015 genehmigte System der elektronischen Zustellungen (SNT) hat dennoch zur Entlastung der Strafkanzlei beigetragen. Im Zivilbereich hat sich die Praxis der Zustellungen über die zertifizierte elektronische Post etabliert.

Die *Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht Bozen* berichtet, dass sie infolge des am 3. März 2018 in Kraft getretenen GvD vom 22. Dezember 2017, Nr. 220 den Ordnungskräften eine Richtlinie erteilt hat, um diese aufzufordern, sämtliche Erstmeldungen betreffend unbegleitete ausländische Minderjährige direkt dem Staatsanwalt beim Jugendgericht zu übermitteln, damit dieser sofort beim Jugendgericht den Antrag auf Ratifizierung der Aufnahme Maßnahmen (Art. 19 GvD Nr. 142/2015) stellen kann. Sie hat im Berichtszeitraum 51 diesbezügliche Anträge gestellt und die Eröffnung von 5 Vormundschaftsverfahren beantragt.

Wie üblich wurden im Bereich der Jugendkriminalität im Berichtszeitraum nur in wenigen Fällen Vorbeugungsmaßnahmen verhängt: von 10 beantragten Vorbeugungsmaßnahmen wurden 8 verfügt. Es wurden 5 Festnahmen vorgenommen, davon wurden 4 bestätigt; in einem Fall wurde vom Staatsanwalt die sofortige Freilassung gemäß Art. 389 der StPO verfügt.

Insbesondere wurden nachstehende Maßnahmen angewandt: in 3 Fällen die Untersuchungshaft im Gefängnis, in 8 Fällen die Unterbringung in einer Gemeinschaft gemäß Art. 22 DPR Nr. 448/1988 und in einem Fall die Auflagen gemäß Art. 20 des besagten DPR.

Insgesamt wurden im Berichtszeitraum im Vollstreckungsregister 11 auf Verurteilung zur Haft lautende Urteile und 9 Urteile mit der Alternativstrafe der Freiheit unter Überwachung eingetragen. Der Staatsanwalt beim Jugendgericht weist darauf hin, dass dieses letztere Rechtsmittel insbesondere auf die Dauer nicht immer den vorgesehenen und beabsichtigten Resozialisierungszweck vollständig erfüllt: im Berichtszeitraum wurden in 4 Fällen die Auflagen mehrmals verletzt, sodass die Maßnahme widerrufen und die Haftstrafe bestätigt wurde.

Die Staatsanwaltschaft beim Jugendgericht meldete ferner, dass in 4 Fällen die Strafen im Gefängnis verbüßt wurden: Eine wurde zur Gänze in einer Jugendstrafanstalt ver-

büßt, eine wurde wegen Ausweisung des Verurteilten unterbrochen, und in zwei Fällen wurde die therapeutische Betreuung gewährt. In 4 Fällen wurde die Strafe durch Haushaft und in einem Fall durch die Betreuung auf Probe verbüßt. Im Berichtszeitraum wurden keine kurzen Haftstrafen in Haushaft gemäß Gesetz vom 26. November 2010, Nr. 199 i.d.g.F. verbüßt, weil diese Form im Fall von verurteilten Sinti und Roma nicht anwendbar ist und viele Verurteilten in jedem Fall die Gewährung von Alternativstrafen beantragen.

Im Zivilbereich wird ein Rückgang der Eintragungen (1.084) um -10% im Vergleich zum Vorjahr (1.202) verzeichnet, der hauptsächlich auf die Schwankungen der Migrationsströme zurückzuführen ist. Es wurden 190 Zivilverfahren betreffend unbegleitete ausländische Minderjährige eingetragen, im Vorjahr waren es 290, weshalb sich eine Verminderung um – 34,5% ergibt.

Demgegenüber war die Anzahl der Zivilverfahren betreffend im Sprengel ansässige Minderjährige gleichbleibend; besondere Aufmerksamkeit galt weiterhin der Nichterfüllung der Schulpflicht. Dank des Einvernehmensprotokolls von 2012 ist eine sofortige Feststellung und Meldung des Schulabbruchs seitens der dafür zuständigen Körperschaften möglich, nämlich durch Einrichtung bei der Staatsanwaltschaft einer spezifischen Datenbank, welche ein ständiges Monitoring der Lage im gesamten Landesgebiet ermöglicht. Im Schuljahr 2017/2018 wurden 166 Fälle von Nichterfüllung der Schulpflicht verzeichnet, davon 62 in der Stadt Bozen und 104 in der gesamten Provinz. Einige Fälle wurden dem Jugendgericht unterbreitet. Ein Teil dieser Verfahren wurde eingestellt, entweder weil der/die betreffende Minderjährige wieder die Schule besucht hat oder weil die Familie umgezogen ist; 31 Fälle sind derzeit noch anhängig.

3.4 Überwachungsgerichte

Das *Überwachungsgericht Trient* weist insbesondere darauf hin, dass die Verfahren betreffend die Anträge auf Umwandlung in Freiheit unter Überwachung mehrere rechtliche Fragen aufwerfen, und zwar in Bezug auf: a) die Zuständigkeit, über die vom Friedensgericht verhängten Geldstrafen zu entscheiden; b) die im Fall einer mit Strafbefehl verhängten Geldstrafe anwendbare Verjährungsfrist; c) die für das Einschalten des Überwachungsrichters zuständige Staatsanwaltschaft; d) das für die Durchführung der Ermittlungen betreffend die Auffindbarkeit des Verurteilten zuständige Amt.

In Sachen Verfahrenshilfe auf Staatskosten wurde die Frage deren Zulässigkeit bei Verfahren ohne Ermittlungsbedarf betreffend Anträge auf vorzeitige Haftentlassung aufgeworfen. Diesbezüglich herrschten verschiedene Auslegungen, die Überwachungsrichter betrachteten diese Verfahrenshilfe als nicht zulässig, während der Präsident des Überwachungsgerichts, der im Rahmen eines Widerspruchsverfahrens mit dieser Frage befasst wurde, sie aufgrund der jüngsten Rechtsprechung des Kassationsgerichtshofs als zulässig erachtete.

Im Berichtszeitraum wurden keine neuen Bestimmungen in Sachen Überwachung erlassen, mit Ausnahme der durch Art. 1 Abs. 77 und 78 des Gesetzes Nr. 103/2017 eingeführten Änderungen zu den Art. 45 *bis* und 146 *bis* der Durchführungsbestimmungen zur Strafprozessordnung betreffend die Teilnahme per Videokonferenz bestimmter Rechtssubjekte an der Verhandlung, die (gemäß Art. 1 Abs. 81 des Gesetzes Nr. 103/2017) erst im August 2018 in Kraft getreten sind. Derzeit werden die für Videokonferenzen erforderlichen Geräte installiert.

Die erwünschten Auswirkungen der in den vergangenen Jahren erlassenen Gesetzesmaßnahmen (insbesondere das Gesetz Nr. 10/2014 und das Gesetz Nr. 199/2010) zur Eindämmung der Überbesetzung der Gefängnisse sind inzwischen abgeklungen. Hinsichtlich des erstgenannten Gesetzes wird die vorgesehene höhere Strafmilderung betreffend Haftzeiten vor dem 23.12.2015 (Datum, an dem die Wirksamkeit des Gesetzes erlosch) nur noch sporadisch angewandt. Die Anzahl der Fälle, in denen das zweitgenannte, heute noch geltende Gesetz Anwendung findet, ist ebenfalls recht gering.

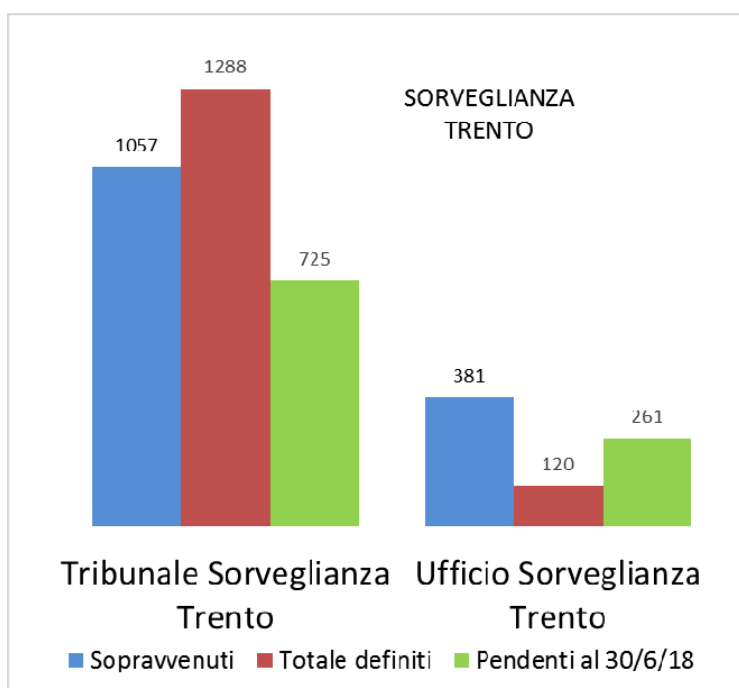
Das Überwachungsgericht weist darauf hin, dass im Berichtszeitraum der Art. 238 *bis* in den Einheitstext der Bestimmungen über die Gerichtskosten (DPR Nr. 115/2002) betreffend das Einleiten der Verfahren zur Umwandlung unbezahlter Geldstrafen eingefügt wurde. Diese Gesetzesänderung hat für die Überwachungsgerichte eine beträchtliche Zunahme der Verfahren und der damit verbundenen Tätigkeiten zur Feststellung der tatsächlichen Zahlungsunfähigkeit der Schuldner sowie der Auffindbarkeit der Personen nach sich gezogen.

Aufgrund dieser Bestimmung sowie der nachfolgenden Rundschreiben des Justizministeriums haben die Ämter für die Forderungseintreibungen der Landesgerichte den zuständigen Staatsanwaltschaften zahlreiche Anträge auf Umwandlung in Freiheit unter Überwachung übermittelt, was zwangsläufig die Übermittlung ebenso vieler diesbezüglicher

cher Anträge an das Überwachungsgericht zur Folge hatte. Die Eintragung und Behandlung dieser Verfahren beanspruchte das gesamte Personal und die Richter in außerordentlichem Maße und stellte folglich eine Belastung für die übrigen Verfahren in der Zuständigkeit des Überwachungsrichters dar. In vielen Fällen stand für die Geldstrafe bereits die Verjährungsfrist bevor, sodass die Behandlung und die Ermittlungen besondere Dringlichkeit hatten und mit einer unvermeidbaren Zunahme der anhängigen Verfahren zu rechnen war.

Was die Tätigkeit des Überwachungsgerichts anbelangt, waren am Anfang des Berichtszeitraums 956 anhängige Verfahren (betreffend 617 natürliche Personen) zu verzeichnen. Es wurden 1057 Verfahren (betreffend 731 natürliche Personen) eingetragen und 1288 (betreffend 908 natürliche Personen) abgeschlossen, mit einem Endrückstand von 725 Verfahren (betreffend 440 natürliche Personen).

Insbesondere ist ein leichter Rückgang der eingetragenen Verfahren (1057; -3,9%) betreffend 731 natürliche Personen (-4,56%) im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Davon bezogen sich 576 (54,49%) auf die *Gewährung haftersetzender Maßnahmen* betreffend 264 natürliche Personen, von denen 34,89% zum Zeitpunkt der Antragstellung in Haft und 65,11% bei Eröffnung des Verfahrens in Freiheit waren.



Was den Gegenstand der Verfahren anbelangt, waren am Anfang des Berichtszeitraums 620 anhängige Verfahren (betreffend 292 natürliche Personen) zur Gewährung einer Alternativmaßnahme zu verzeichnen. Es wurden 577 Verfahren (betreffend 264 natürliche Personen) eingetragen und 696 (betreffend 329 natürliche Personen) abgeschlossen; in 239 Fällen (72,64%) wurde dem Antrag stattgegeben und eine Alternativmaßnahme (wenn auch nicht immer die beantragte) gewährt.

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei der Gewährung von Alternativmaßnahmen also eine spürbare Zunahme (+10,56%) zu verzeichnen.

Zu Beginn des Berichtszeitraums waren 12 *Beschwerden/Widerspruchsverfahren* anhängig; es wurden 72 neue Verfahren eingetragen und 68 abgeschlossen; am Ende waren 16 Verfahren anhängig.

Zu Beginn des Berichtszeitraums waren 128 Verfahren betreffend die *Wiedereinsetzung in die früheren Rechte* anhängig; es wurden 125 neue Verfahren eingetragen und 166 abgeschlossen; am Ende waren 87 Verfahren anhängig. Zu Beginn des Berichtszeitraums waren 13 Verfahren betreffend den *Aufschub der Strafvollstreckung* anhängig; es wurden 14 neue Verfahren eingetragen und 20 abgeschlossen; am Ende waren 7 Verfahren anhängig.

Zu Beginn des Berichtszeitraums waren 106 Verfahren betreffend die *Verfahrenshilfe auf Staatskosten (Zulassung und Liquidierung des Entgelts an den Verteidiger)* anhängig; es wurden 137 neue Verfahren eingetragen und 180 abgeschlossen; am Ende waren 63 Verfahren anhängig.

In 27 Fällen (6,17% aller vollstreckten *Alternativmaßnahmen*) wurde die Maßnahme wegen negativen Verlaufs derselben widerrufen.

Angesichts der Tatsache, dass das Überwachungsgericht Trient im Berichtszeitraum 437 Verurteilte (+31,2% im Vergleich zum Vorjahr) im Zuge einer eventuell auch von anderen Überwachungsgerichten gewährten haftersetzenden Maßnahme betreute, ist dieser Wert zwar zahlenmäßig höher, jedoch prozentuell niedriger als im Vorjahr (22 widerrufene Maßnahmen, d. h. 6,6%). Allerdings liegt er geringfügig über dem gesamtstaatlichen Durchschnitt (5,29%) im Jahr 2017. (*Quelle: Abteilung Jugendgerichtsbarkeit und offener Strafvollzug – Generaldirektion Offener Strafvollzug – Beobachtungsstelle für die Alternativstrafmaßnahmen*).

Aufgrund dieser Daten zeichnet sich die Produktivität des Überwachungsgerichts durch eine Rückstandsveränderung von -24,16%, einen Bewältigungskoeffizienten von 128% und einen Erneuerungskoeffizienten von 121,85% aus.

Sämtliche Indikatoren bestätigen den beträchtlichen Rückgang der anhängigen Verfahren aufgrund der beachtlichen Zunahme der abgeschlossenen Verfahren. Insbesondere wurden die Rückstände aufgearbeitet, welche bei den unter die Zuständigkeit des Überwachungsgerichts fallenden und laut Organisationstabelle dem Präsidenten zugeteilten Verfahren dadurch entstanden waren, dass diese Stelle über 18 Monate lang nicht besetzt war.

Im Berichtszeitraum waren beim *Amt des Überwachungsrichters Trient* 651 Verfahren anhängig, 3.670 Verfahren wurden neu eingetragen (+11,58% im Vergleich zum Vorjahr) und 3.401 Verfahren abgeschlossen (+8,5% im Vergleich zum Vorjahr). Das Arbeitsaufkommen sowie die Verfahrensabschlüsse haben also spürbar zugenommen.

Insbesondere waren beim Amt des Überwachungsrichters Trient 437 (+ 31,2% im Vergleich zum Vorjahr) vom Überwachungsrichter und vom Amt für den offenen Strafvollzug verfolgte *Alternativstrafmaßnahmen* zu verzeichnen: davon betrafen 244 (+52,5%) die Betreuung auf Probe (55,8% der insgesamt gewährten Alternativmaßnahmen), 188 (+10,58%) die Haushaft (43% der insgesamt gewährten Alternativmaßnahmen) und 5 (+66,6%) den Vollzug mit Freigangsberechtigung (1,14% der insgesamt gewährten Alternativmaßnahmen).

Im Berichtszeitraum waren anfänglich 18 Verfahren betreffend die Gewährung von *Vollzugslockerung* (betreffend größtenteils *Freigang*, und nur sehr selten *Hafturlaub aus triftigen Gründen*) anhängig und 195 Verfahren wurden neu eingetragen. In 64 Fällen (30%) wurde dem Antrag stattgegeben. In Zusammenhang mit den Freigängen wurden keine Ausbrüche verzeichnet.

Die *Ausweisungsverfahren im Sinne des Art. 16 des GvD Nr. 286/1998* beliefen sich auf 103, davon waren 15 zu Beginn des Berichtszeitraums anhängig und 88 wurden neu eingetragen; in 31 Fällen (30,09%) wurde eine Ausweisung verfügt (+82,35% im Vergleich zum Vorjahr). Es waren zwei Verfahren betreffend die *Zulassung zur Arbeit außerhalb der Haftanstalt* zu Beginn des Berichtszeitraums anhängig und 19 diesbezügliche Verfahren wurden neu eingetragen. In 18 Fällen (90%) wurde dem Antrag stattgegeben. In Bezug auf die Anträge auf *vorzeitige Entlassung* waren zu Beginn des Berichtszeitraums 181 Verfahren anhängig (davon 176 betreffend die ordnungsgemäße vorzeitige Entlassung und 5 betreffend die vorzeitige Entlassung laut Gesetz Nr. 10/2014); 633 Verfahren wurden neu eingetragen (davon 621 betreffend die ordnungsgemäße vorzeitige Entlassung und 12 betreffend die vorzeitige Entlassung laut Gesetz Nr. 10/2014). In 346 Fällen (42,5%) wurde dem Antrag stattgegeben.

Hinsichtlich der Zulassung zum *Hausarrest im Strafvollzug laut Gesetz Nr. 199/2010* waren zu Beginn des Berichtszeitraums 19 Verfahren anhängig und 63 Verfahren wurden neu eingetragen. In 11 Fällen (17,4%) wurde dem Antrag stattgegeben.

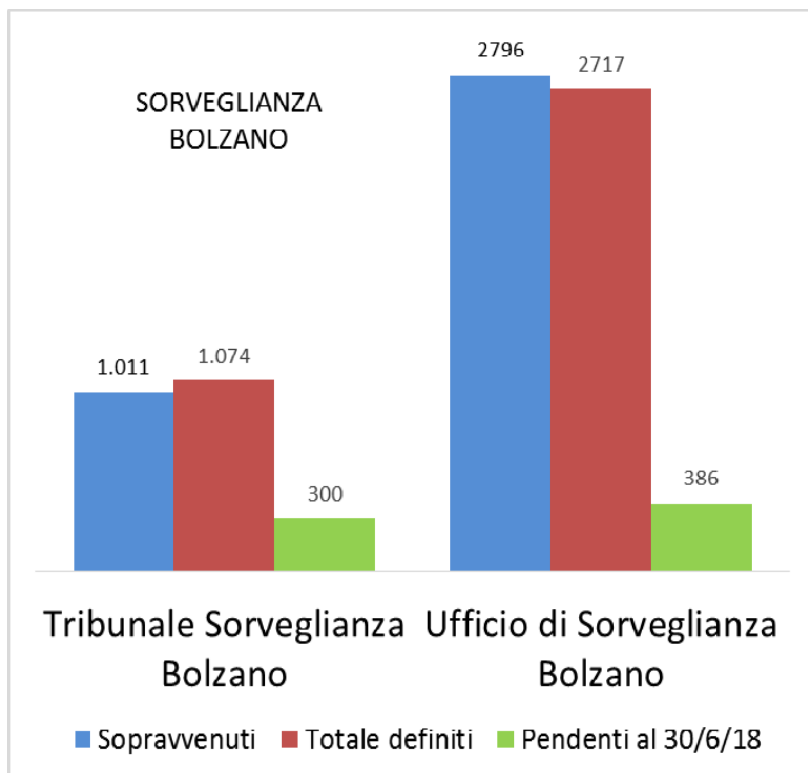
Was die Verfahren betreffend die *Vollstreckung von Sicherungsmaßnahmen* anbelangt, waren zu Beginn des Berichtszeitraums 32 Verfahren anhängig und 6 Verfahren wurden neu eingetragen. Im Berichtszeitraum waren ferner zu Beginn 12 Verfahren betreffend die *Überprüfung/erneute Überprüfung der Gemeingefährlichkeit* zwecks Anwendung einer Sicherungsmaßnahme anhängig und 19 Verfahren wurden neu eingetragen. Eine Sicherungsmaßnahme wurde in 9 Fällen angeordnet (am Ende des Berichtszeitraums waren noch 12 Verfahren anhängig).

Zu Beginn des Berichtszeitraums waren keine Verfahren zur *Umwandlung einer Geldstrafe in Freiheit unter Überwachung* anhängig, jedoch wurden 381 neu eingetragen. Am Ende waren noch 261 Verfahren anhängig. Im Vorjahr wurden 39 Umwandlungs-/Ratenzahlungsverfahren eingetragen; die Zunahme beträgt demnach 971,79%. Der Aufwärtstrend hält weiterhin an, denn seit Jahresbeginn wurden bis zum 30.09.2018 bereits 749 Verfahren eingetragen.

Aus diesen Daten lässt sich ablesen, dass die Verfahren betreffend die vorzeitige Entlassung laut dem nunmehr auslaufenden Gesetz Nr. 10/2014 sowie jene betreffend den Hausarrest im Strafvollzug zurückgehen, wobei jedoch die Verfahren zur Umwandlung der Geldstrafe deutlich zunehmen.

Zusammenfassend wurden beim Überwachungsgericht Trient laut den ministeriellen Angaben 1.057 neue Verfahren eingetragen, 1.288 Verfahren abgeschlossen und sind am Ende des Berichtszeitraums noch 725 Verfahren anhängig. Laut derselben Quelle wurden beim Amt des Überwachungsrichters 3.738 Verfahren neu eingetragen, 3.471 abgeschlossen und 921 sind am Ende des Berichtszeitraums anhängig.

Beim *Überwachungsgericht Bozen* wurde eine ausgeglichene Verteilung des Arbeitspensums unter den (lediglich) zwei im Dienst stehenden Richtern gewährleistet und die Anhäufung von Rückständen vermieden. Allerdings muss einmal mehr auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen werden, den Wettbewerb zur Besetzung der dritten Planstelle auszuschreiben, die seit geraumer Zeit unbesetzt ist, was bereits mehrmals auch vom Gerichtspräsidenten angemahnt wurde. Dies ist insbesondere unter Berücksichtigung der nachstehenden Aspekte erforderlich: 1. die Besonderheiten der Haftanstalt im Zuständigkeitsgebiet, deren Größe aufgrund des anstehenden Baus des neuen Gefängnisses beachtlich zunehmen wird; 2. die in Südtirol bestehende Notwendigkeit, Gerichtsverfahren auch in deut-



scher Sprache abzuwickeln; 3. die Tatsache, dass in der Vergangenheit, als alle Richterstellen beim Überwachungsgericht planmäßig besetzt waren, zufriedenstellende Ergebnisse erzielt wurden, die nun aber gefährdet sind; 4. die Notwendigkeit, angesichts der häufigen mit den Bestimmungen in Sachen Unvereinbarkeit zusammenhängenden Schwierigkeiten auf zeitweilige Zuteilungen aus andern Gerichten zurückzugrei-

fen, die mühsam sind und keine endgültige Lösung darstellen, wobei im Fall einer längeren Krankheit eines der beiden Richter das Überwachungsgericht nahezu handlungsunfähig würde.

Besondere Aufmerksamkeit erforderte im Berichtszeitraum die komplexe Frage der Umwandlung nicht eingehobener Geldstrafen, welche mit Urteil des Friedensrichters verhängt wurden. Die Anträge wurden im Sinne des Art. 238 *bis* des DPR Nr. 115/2002 gestellt; in der kürzlich eingeführten Bestimmung wird in Bezug auf das Gericht (Landesgericht oder Friedensgericht), das die Verurteilung erlassen hat, kein Unterschied gemacht bzw. keine genaue Angabe gemacht, weshalb unterschiedliche Auslegungen und eine entsprechend unterschiedliche Handhabung möglich sind.

Aus diesem Grund wurden im Berichtszeitraum mehrere Erklärungen der Nicht-Zuständigkeit erlassen, denen sich auch weitere Überwachungsgerichte angeschlossen haben, bis schließlich mit Urteil des Kassationsgerichtshofs vom 19. November 2018 die Frage der diesbezüglichen Zuständigkeit geklärt wurde, indem der gegenteilige Grundsatz bestätigt wurde. Als direkte Folge wird sich das Arbeitsaufkommen beim Überwachungsgericht und dessen Verwaltungsorganisation deutlich erhöhen.

In Bezug auf die Gewährung von haftersetzenden Maßnahmen war das Verhältnis zwischen den Anträgen und den entsprechenden Zulassungsmaßnahmen ausgeglichen. In

den meisten Fällen wurde auch eine Alternativstrafmaßnahme gewährt, die jedoch manchmal restriktiver als die beantragte ausfiel. Der häufigste Grund für die Ablehnung eines Antrags war die Tatsache, dass die verurteilte Person (besonders, wenn es sich um ausländische Personen handelte) über kein geeignetes Domizil verfügte oder die ihr obliegenden Schritte (Kontaktaufnahme mit dem Amt für den offenen Strafvollzug usw.) vollständig vernachlässigt hat. In Bezug auf die Vollstreckung der Alternativstrafmaßnahmen gab es keine besonderen Meldungen. Sie sind zum Großteil positiv verlaufen, wie auch aus der geringen Anzahl der diesbezüglichen Widerrufe hervorgeht.

Wie bereits in den vergangenen Jahren führte auch im Berichtszeitraum die den zur Betreuung auf Probe an den Sozialdienst überlassenen Personen auferlegte Verpflichtung, gemeinnützige Arbeiten zu verrichten, zu sehr positiven Ergebnissen.

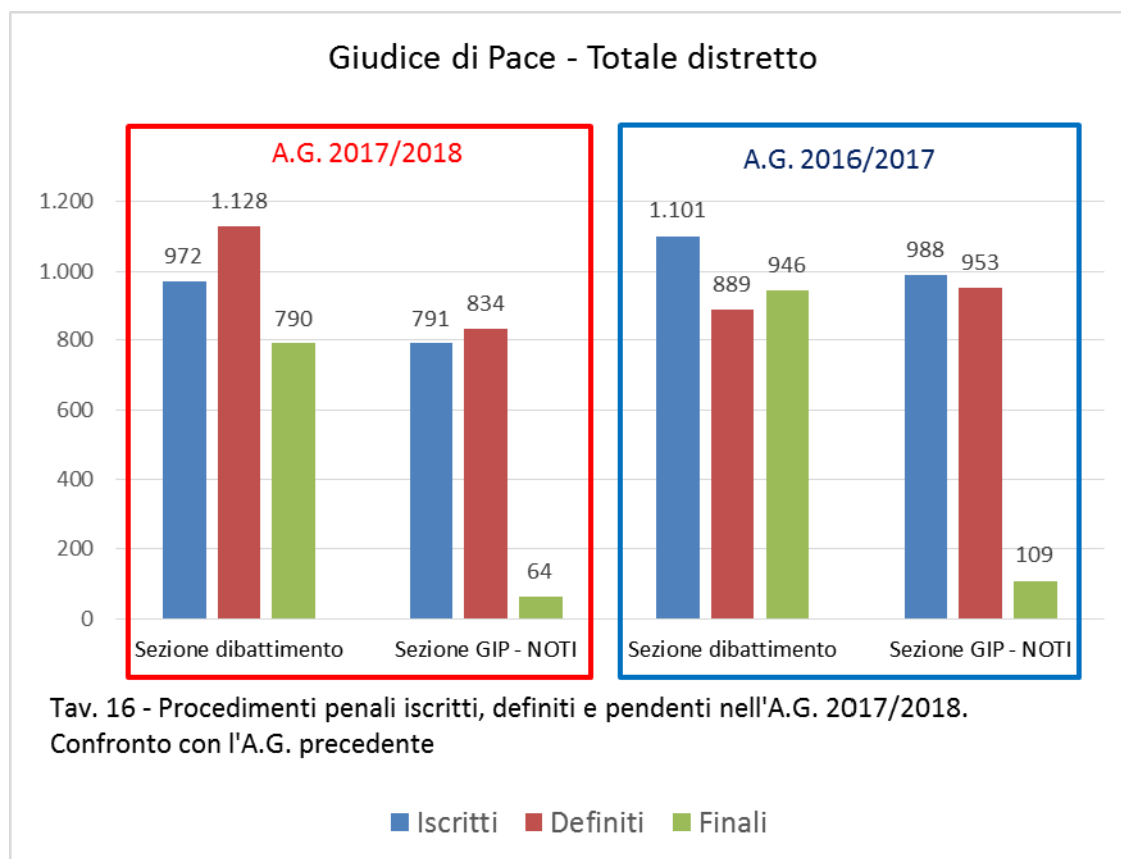
In Bezug auf die Freigänge sind keine schweren Probleme zu verzeichnen, da es bei den 95 gewährten Hafturlauben (von 127 beantragten) nur einen einzigen Ausbruch gab.

Die Situation der Überbelegung der Haftanstalt Bozen hat sich trotz der verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gefängnisse nicht mehr verbessert. Zum 27.07.2018 waren demnach noch 90 Personen inhaftiert. Von diesen 90 Personen sind 17 Untersuchungshäftlinge, 3 Berufungskläger, 3 Rekurserheber und 60 endgültig Inhaftierte. Die restlichen 7 Häftlinge befinden sich in unterschiedlichen Rechtslagen. Nur 18 Häftlinge sind italienische Staatsbürger, 72 (ca. 80%) sind Ausländer, zum größten Teil aus Nordafrika (14 Marokkaner und 21 Tunesier).

Die Beschwerden im Sinne des Art. 35 *ter* des Strafvollzugsgesetzes nahmen stetig zu. Die Anträge auf Schadenersatz im Falle entwürdigender Bedingungen betrafen jedoch zum Großteil Aufenthalte in anderen Haftanstalten, weshalb bei der Durchführung der diesbezüglichen Ermittlungen große Schwierigkeiten auftreten.

Laut den ministeriellen Statistiken wurden beim Überwachungsgericht Bozen 1.011 neue Eintragungen, 1.074 abgeschlossene Verfahren und 300 anhängige Verfahren am Ende des Berichtszeitraums, beim Amt des Überwachungsrichters hingegen 2.796 neue Eintragungen, 2.717 abgeschlossene Verfahren und 386 anhängige Verfahren verzeichnet.

3.5 Friedensgerichte



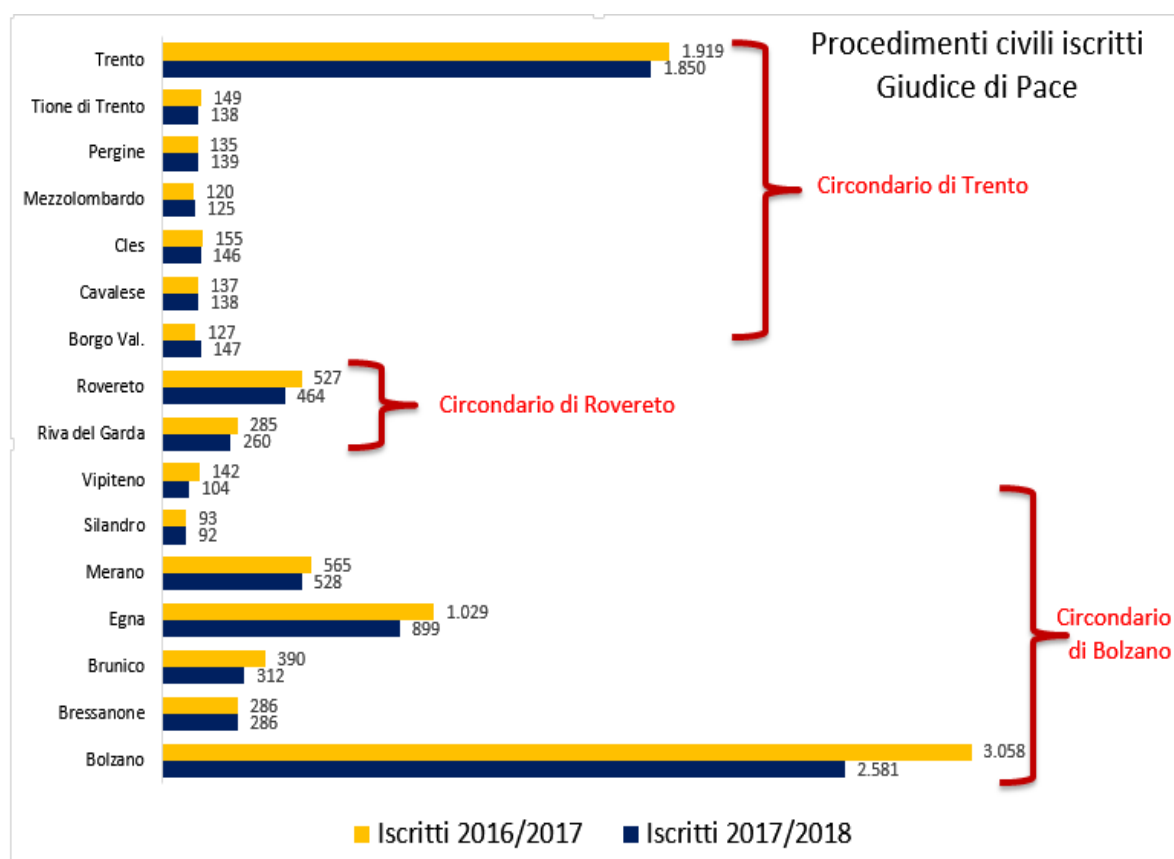
Wie oben vorweggenommen, musste angesichts der unzureichenden Zahl der bei den verschiedenen Friedensgerichten tatsächlich im Dienst stehenden Friedensrichter mehrmals auf die Maßnahme der zeitweiligen Zuteilung zurückgegriffen werden, um einen bürgernahen Justizdienst in abgelegenen Gebieten unserer Region zu gewährleisten.

Im *Zivilbereich* wurden im Berichtszeitraum insgesamt 2.839 ordentliche Verfahren eingetragen, davon 1.998 ordentliche Erkenntnisverfahren und 841 Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsstrafen, 5.321⁹ Sonderverfahren und 29 Anträge auf außergerichtliche Schlichtung. Zusammenfassend betraf die Tätigkeit der Friedensgerichte zu ca. 24,4%, ordentliche Verfahren, zu 10,3% Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsstrafen und zu ca. 65% Sonderverfahren.

Aus dem Vergleich zum Vorjahr geht ein Rückgang der neuen Eintragungen hervor, mit Ausnahme der Widerspruchsverfahren gegen Verwaltungsstrafen (die von 793 auf 841

⁹ Laut Angaben des Leiters der Abteilung III der Autonomen Region Trentino-Südtirol.

angestiegen sind). Genauso wie bei den Landesgerichten ist ferner ein erheblicher Rückgang der Eintragungen von ordentlichen Erkenntnisverfahren (von 2.412 auf 1.998) festzustellen.



Aus den beiliegenden Statistiken des Justizministeriums geht eine deutlich ungleiche Verteilung der Arbeit unter den einzelnen Friedensgerichten hervor: im Landesgerichtssprengel Bozen wurden beim Friedensgericht Bozen 2.581 neue Zivilverfahren eingetragen (und 2.932 abgeschlossen), beim Friedensgericht Bruneck 312 Verfahren eingetragen (und 305 abgeschlossen), beim Friedensgericht Neumarkt 899 Verfahren eingetragen (und 863 abgeschlossen); in Schlanders waren hingegen lediglich 92 neue Eintragungen zu verzeichnen, und in Sterzing 104.

Im Landesgerichtssprengel Trient sieht es ähnlich aus: beim Friedensgericht Trient wurden 1.850 neue Zivilverfahren eingetragen (und 1.689 abgeschlossen), bei allen anderen Friedensgerichten war die Zahl der Eintragungen recht bescheiden (kaum über 100), z. B. Mezzolombardo: 125, Cavalese: 138, Tione: 138. Angesichts dieser Daten könnte man neue Organisationsmodalitäten in Betracht ziehen, um die Human- und technischen Ressourcen sinnvoller einzusetzen.

Dieser Trend war übrigens nicht erst im Berichtszeitraum zu beobachten, denn auch im Vorjahr wurden beim Friedensgericht Schlanders nur 92 und beim Friedensgericht Ster-

zing 142 neue Verfahren eingetragen, während die kleineren Friedensgerichten im Landesgerichtssprengel Trient durchschnittlich ca. 130 neue Eintragungen zu verzeichnen hatten.

Im *Strafbereich* wurden 972 Verfahren eingetragen (1.101 im Vorjahr). Im Verwaltungsbereich ist wie bereits erwähnt eine optimale Leistung in Bezug auf die Beeidigungen zu verzeichnen. Ferner haben die Friedensgerichte 3.837 Erklärungen über die Zugehörigkeit bzw. die Angliederung zu einer der drei Sprachgruppen sowie 5 diesbezügliche Änderungsanträge und 616 Anträge auf Ausstellung einer Bescheinigung entgegengenommen.

Die Umstellung der Friedensgerichte auf EDV wurde fortgeführt. Insbesondere wurden im vorigen Jahr einige Funktionen der vom Justizministerium zur Verfügung gestellten Anwendungen implementiert. Angesichts der derzeitigen Gesetzesänderungen und der vorgesehenen Erweiterung der Zuständigkeiten ist diesem Aspekt besondere Aufmerksamkeit zu widmen, auch was die notwendige Schulung des damit betrauten Personals anbelangt.

Die im Jahr 2004 eingerichtete regionale Stelle für Wiedergutmachungsjustiz hat die Schlichtungstätigkeit der Friedensgerichte erfolgreich unterstützt. Unter anderem wurden auch spezifische Projekte im Schul- und Hochschulbereich in Zusammenarbeit mit den Fakultäten für Soziologie und Rechtswissenschaften der Universität Trient sowie im Rahmen der „Sozialmediation“ ausgearbeitet, um zu vermeiden, dass alltägliche Konflikte in Gewalt münden. Solche Initiativen werden sich zweifelsohne positiv auf die Zuständigkeitsbereiche der Friedensgerichte auswirken.

3.6 Umstellung der Gerichtsämter auf EDV

In sämtlichen Gerichtsämtern läuft seit Jahren – mit der Unterstützung der verschiedenen EDV-Referenten des Justizministeriums (MAGRIF und RID) – die Umstellung der Dienste auf EDV, die nun in den Staatsanwaltschaften zudem durch die Initiativen der Generalstaatsanwalt für die vollständige Entmaterialisierung der Akte auch im Verwaltungs- und Buchhaltungsbereich gefördert wird.

Trotzdem schreitet die Anwendung des EDV-gestützten Verfahrens bei den Staatsanwaltschaften nur langsam voran, weshalb die Erteilung von Sichtvermerken, die Abgabe von Schlussanträgen und die Einreichung von Rekursen immer noch auf Papier erfolgen. Ferner wurden in den von den Kanzleien für Zivilsachen und für außerstreitige Verfahren

der Landesgerichte benützten Ministerialprogrammen (SICID) immer noch nicht die Funktionen für den Zugang seitens der Staatsanwaltschaften aktiviert. Es wurde ein erhöhter Schulungsbedarf angesichts der häufigen Aktualisierungen und Implementierungen des Anwendungssystems SICIP sowie der bevorstehenden Einführung des TIAP festgestellt. Da jedoch der einzige EDV-Experte B3 des Sprengels in den Stellenplan der Region übergegangen ist und sich nunmehr mit der Umstellung auf EDV der Gerichtsämter in der Region die CISIA-Gruppen in Brescia befassen, ist im Gebiet des Sprengels mit erhöhten Organisationsschwierigkeiten zu rechnen, zumindest was die Zügigkeit und die „Personalisierung“ der Maßnahmen anbelangt.

Im Zivilbereich (erste und zweite Instanz) wird die „EDV-Konsole für Richter“ nunmehr regelmäßig verwendet, was für die Tätigkeit der Kanzleien unbestreitbar von Vorteil ist. Wie im übrigen Staatgebiet sind ab und zu noch einige Störungen zu bemerken, jedoch betrifft die größte Besorgnis die Schulung der neuen Verwaltungsbediensteten der Region. Viele frühere Ministerialbediensteten stehen nämlich aus Altersgründen kurz vor der Pensionierung und es bleibt nicht viel Zeit für eine effektive Weitergabe der von ihnen erworbenen Kenntnisse auch in Hinblick auf die Verwendung der Informationssysteme.

Übrigens hat auch die Regionalverwaltung hinsichtlich der Umstellung auf EDV der Friedensgerichte, für die sie aufgrund des GvD vom 16. März 1992, Nr. 267 direkt zuständig ist, die Notwendigkeit festgestellt, der Schulung des Verwaltungspersonals und der Richter sowie der ständigen Implementierung der vom Ministerium zur Verfügung gestellten Anwendungen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

3.7 Wichtigste Ausgaben

Abschließend seien, wenn auch nicht ausführlich und erschöpfend, die bedeutendsten Ausgabenposten betreffend die Verwaltung der Gerichtsdienste in unserer Region erwähnt.

Am 14. November 2018 übermittelte die Regionalverwaltung eine Übersicht der im Jahr 2017 getragenen Ausgaben für das Personal der Gerichtsämter, die für sämtliche Bediensteten – einschließlich der 25 bereits aufgrund der Programmvereinbarung zur Verfügung gestellten und bestätigten Regionalbediensteten – 15.359.290,18 Euro betrugen und im Jahr 2018 auf 18.246.000,00 Euro (einschließlich der einmaligen Zahlung in Höhe von 250.000,00 Euro) gestiegen sind.

Die weiteren (nicht detailliert angegebenen) Ausgabenposten in Zusammenhang mit der Delegierung betragen 4.081.863,45 Euro für 2017 und 3.908.821,10 Euro für 2018 (zum 5. Oktober 2018, einschließlich der bereits beschlossenen Zweckbindungen).

Neben diesen Kosten in Zusammenhang der Delegierung laut GvD vom 7. Februar 2017, Nr. 16 zu Lasten des Staates, d. h. des Justizministeriums, bestehen weiterhin die Gerichtskosten und Schulden betreffend die von unserem Oberlandesgericht im Sinne des Gesetzes Nr. 89/2001 erlassenen Verurteilungsdekrete.

Wie bereits erwähnt, wurden dafür im Jahr 2018 Zahlungen in Höhe von 2.949.054,15 Euro vorgenommen, weshalb die Restschulden 11.167.604,53 Euro betragen. Die im Zeitraum 1. Juli 2017–30. Juni 2018 vom Oberlandesgericht ausgezahlten Gerichtskosten belaufen sich auf insgesamt 4.298.637,72 Euro und haben im Vergleich zum Vorjahr (3.990.189,30 Euro) zugenommen.

Im Berichtszeitraum wurde den Verteidigern eine beträchtliche Summe ausgezahlt: 3.840.792,70 Euro, davon 3.071.262,21 Euro für die Gewährung der Verfahrenshilfe auf Kosten des Staates.

Letztgenannte Ausgabe hat im Vergleich zum Vorjahr (2.763.756,70 Euro) erheblich zugenommen und wird wahrscheinlich – wie bereits im vorhergehenden Bericht vermutet – im Jahr 2019 und in den nachfolgenden weiterhin zunehmen.

Schließlich zeigt sich auch eine starke Zunahme der Ausgaben für Abhörmaßnahmen (von 960.726,77 Euro im Zeitraum 1.07.2016–30.06.2017 auf 2.011.812,84 Euro im Berichtszeitraum), ein Hinweis dafür, dass dieses Instrument für Untersuchungen in Strafsachen immer wichtiger wird.

INAUGURAZIONE

ANNO

GIUDIZIARIO

2019

STATISTICHE

Fonte: Ministero della Giustizia – Dipartimento dell'organizzazione giudiziaria, del personale e dei servizi – Direzione Generale di Statistica e Analisi organizzativa

LEGENDA - PROCEDIMENTI CIVILI

<i>Tav. 1</i>	Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Distretto di Trento nell'A.G. 2017/2018
<i>Tav. 2</i>	Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Giudice di pace nell'A.G. 2017/2018. Principali materie.
<i>Tav. 3</i>	Tribunale per i minorenni di Trento e Bolzano: procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 4</i>	Movimento dei Procedimenti Civili in Corte d'Appello – Dettaglio per materia – Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 5</i>	Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari – Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 6</i>	Dettaglio oggetti esclusi dal Movimento dei Procedimenti – Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 7</i>	Movimento dei Procedimenti Civili in Corte d'Appello - Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 8</i>	Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunale ordinari – Dettaglio per materia – Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 9</i>	Dettaglio dei Procedimenti Civili per Equa Riparazione – Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 10</i>	Dettaglio dei Procedimenti Civili per Separazione e Divorzi – Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 11</i>	Pendenti finali per anno di iscrizione a ruolo al 30/06/2018 - Corte Appello e Sezione Distaccata in Bolzano
<i>Tav. 12</i>	Pendenti finali per anno di iscrizione a ruolo al 30/06/2018 - Tribunali
<i>Tav. 13</i>	Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Anno Giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 14</i>	Movimento dei procedimenti civili del registro SIECIC presso i Tribunali ordinari - Anno giudiziario 2017/2018
<i>Tav. 15</i>	Stratigrafia delle pendenze Settore Civile - Area SIECIC pendenti al 30/06/2018

Tav. 1 - Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Distretto di Trento nell'A.G. 2017/2018.

Corte d'Appello

Ufficio	Sopravvenuti	Totale definiti	Pendenti al 30/06/18
Corte d'Appello di Trento	634	592	523
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	481	376	591
Totale Corte di Appello	1.115	968	1.114

Tribunale dei Minorenni

Ufficio	Sopravvenuti	Totale definiti	Pendenti al 30/06/18
Tribunale dei minorenni di Trento	492	321	1.125
Tribunale dei Minorenni di Bolzano	604	606	638
Totale Tribunale dei Minorenni	1.096	927	1.763

Tribunale Ordinario *

Ufficio	Sopravvenuti	Totale definiti	Pendenti al 30/06/18
Tribunale di Bolzano	11.643	11.851	4.860
Tribunale di Rovereto	3.639	3.680	1.558
Tribunale di Trento	11.675	11.636	6.468
Totale Tribunale Ordinario	26.957	27.167	12.886

**** Sono esclusi i dati del Giudice tutelare e dei procedimenti di ATP***

Tav. 1 - Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Distretto di Trento nell'A.G. 2017/2018.

Giudice di Pace

Ufficio del Giudice di Pace	Sopravvenuti	Totale definiti	Pendenti al 30/06/18
Circondario di Bolzano			
Bolzano	2.581	2.932	820
Bressanone	286	247	160
Brunico	312	305	120
Egna	899	863	90
Merano	528	535	193
Silandro	92	72	72
Vipiteno	104	101	88
Totale Giudici di Pace Circondario Bolzano	4.802	5.055	1.543
Circondario di Rovereto			
Riva del Garda	260	273	51
Rovereto	464	485	93
Totale Giudici di Pace Circondario Rovereto	724	758	144
Circondario di Trento			
Borgo Valsugana	147	148	35
Cavalese	138	142	38
Cles	146	148	48
Mezzolombardo	125	128	39
Pergine Valsugana	139	139	15
Tione di Trento	138	150	61
Trento	1.850	1.689	637
Totale Giudici di Pace Circondario Trento	2.683	2.544	873
Totale Giudici di Pace Distretto di Trento	8.209	8.357	2.560

Totale Uffici del Distretto

	37.377	37.419	18.323
--	---------------	---------------	---------------

Tav. 2 - Procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo presso gli uffici del Giudice di pace nell'A.G. 2017/2018. Principali materie.

Circondario	Ufficio	Cognizione Ordinaria			Opposizioni alle sanzioni amministrative				Cause relative ai beni mobili				Risarcimento danni circolazione			
		Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali		Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali		Sopravvenuti	Definiti	Pendenti finali	
BOLZANO/BOZEN	BOLZANO/BOZEN	880	1.147	680	144	175	96		792	1054	512		56	46	100	
	BRESSANONE/BRIXEN	56	39	84	46	31	69		39	21	49		15	13	29	
	BRUNICO/BRUNECK	63	44	84	26	31	35		29	22	24		22	13	38	
	EGNA/NEUMARKT	53	47	31	45	37	27		33	33	8		8	10	12	
	MERANO/MERAN	143	183	116	40	31	51		110	161	59		27	12	43	
	SILANDRO/SCHLANDERS	36	18	60	6	7	6		23	13	34		12	4	21	
	VIPITENO/STERZING	18	25	39	34	23	49		12	14	18		4	8	14	
BOLZANO/BOZEN Totale		1.249	1.503	1.094	341	335	333		1.038	1.318	704		144	106	257	
ROVERETO	RIVA DEL GARDA	46	59	23	36	39	22		25	37	10		12	10	8	
	ROVERETO	95	104	55	51	64	25		61	74	29		9	8	8	
ROVERETO Totale		141	163	78	87	103	47		86	111	39		21	18	16	
TRENTO	BORGO VALSUGANA	31	33	18	25	22	16		23	24	7		4	3	6	
	CAVALESE	28	29	23	22	21	14		20	17	12		5	5	5	
	CLES	18	24	18	33	29	27		8	15	7		7	4	5	
	MEZZOLOMBARDO	30	30	24	14	23	9		20	24	11		7	1	12	
	PERGINE VALSUGANA	29	24	9	21	20	6		18	20	2		5	1	4	
	TIONE DI TRENTO	20	28	41	22	26	18		6	9	15		6	4	10	
	TRENTO	453	440	294	276	186	244		362	364	174		45	33	66	
TRENTO Totale		609	608	427	413	327	334		457	473	228		79	51	108	
Totale Distretto		1.999	2.274	1.599	841	765	714		1.581	1.902	971		244	175	381	

Tav. 3 - Tribunale per i minorenni di Trento procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo nell'A.G. 2017/2018.

Materia	A.G. 2017/2018		
	Iscritti	Definiti	Finali
Adozione nazionale	219	78	778
Adozione internazionale	38	21	40
Volontaria giurisdizione	235	222	307
<i>Totale</i>	<i>492</i>	<i>321</i>	<i>1.125</i>

Tav. 3 - Tribunale per i minorenni di Bolzano/Bozen: procedimenti civili iscritti, definiti e pendenti a fine periodo nell'A.G. 2017/2018.

Materia	A.G. 2017/2018		
	Iscritti	Definiti	Finali
Adozione nazionale	199	212	496
Adozione internazionale	24	19	11
Volontaria giurisdizione	381	375	131
<i>Totale</i>	<i>604</i>	<i>606</i>	<i>638</i>

Tav. 4 - Movimento dei Procedimenti Civili in Corte d'Appello - Anno Giudiziario 2017/2018

Denominazione Ufficio	Ruolo+	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine	Variaz % Pendenti rispetto periodo precedente
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	399	375	323	60	383	391	-2,01%
Corte d'Appello di Trento	AGRARIA	4	2	6	0	6	0	-100,00%
Corte d'Appello di Trento	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	44	152	90	8	98	98	122,73%
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	34	105	7	98	105	34	0,00%
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	349	245	144	74	218	376	7,74%
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AGRARIA	1	1	1	0	1	1	0,00%
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	98	142	63	2	65	175	78,57%
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	38	93	3	89	92	39	2,63%
TOTALE:	Somma:	967	1.115	637	331	968	1.114	15,20%

Tav. 5 - Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Anno Giudiziario 2017/2018

Nota: sono esclusi i dati del Giudice tutelare, dell'ATP in materia di previdenza e le verbalizzazioni di dichiarazione giurata

Denominazione Ufficio	Ruolo++	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine	Variaz % Pendenti rispetto periodo
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	3145	2.524	1.313	1.529	2.842	2.827	-10,11%
	AGRARIA	1	1	1	1	2	0	-100,00%
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	461	840	322	648	970	331	-28,20%
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	68	2.800	0	2.613	2.613	255	275,00%
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	361	3.446	4	3.277	3.281	526	45,71%
Totale		4036	9.611	1.640	8.068	9.708	3.939	-2,40%

Denominazione Ufficio	Ruolo++	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine	Variaz % Pendenti rispetto periodo precedente
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	625	707	327	423	750	582	-6,88%
	AGRARIA	1	1	0	2	2	0	-100,00%
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	78	259	72	208	280	57	-26,92%
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	62	657	1	647	648	71	14,52%
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	258	1.402	4	1.359	1.363	297	15,12%
Totale		1024	3.026	404	2.639	3.043	1.007	-1,66%

Tav. 5 - Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Anno Giudiziario 2017/2018									
Denominazione Ufficio	Ruolo++	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine	Variaz % Pendenti rispetto periodo precedente	
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	3415	2.841	1.111	1.588	2.699	3.557	4,16%	
	AGRARIA	5	7	6	4	10	2	-60,00%	
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	398	632	263	495	758	272	-31,66%	
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	243	1.730	4	1.711	1.715	258	6,17%	
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	407	4.824	13	4.682	4.695	536	31,70%	
	Totale	4468	10.034	1.397	8.480	9.877	4.625	3,51%	
TOTALE GENERALE		9528	22.671	3.441	19.187	22.628	9.571		

Tav. 6 - Dettaglio oggetti esclusi dal Movimento dei Procedimenti - Anno Giudiziario 2017/2018								
Denominazione Ufficio	Materie escluse dal movimento	Oggetto	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	Altri istituti e leggi speciali	Ricevimento e verbalizzazione di dichiarazione giurata	-8	74	0	65	65	1
	Giudice tutelare	Affido familiare consensuale (art. 4, L. n. 184/1983)	1	2	0	2	2	1
	Giudice tutelare	Altri istituti di competenza del giudice tutelare	0	16	0	15	15	1
	Giudice tutelare	Apertura amministrazione di sostegno (artt. 404 e segg., c.c.)	2804	571	0	232	232	3.143
	Giudice tutelare	Apertura della Curatela	115	0	0	13	13	102
	Giudice tutelare	Apertura della tutela (art. 343 c.c.)	1294	187	0	185	185	1.296
	Giudice tutelare	Apertura della Vigilanza sui Minori	1	38	0	38	38	1
	Giudice tutelare	Autorizzazione al rilascio di documento valido per l'espatrio (art. 3 lett. A-B	-1	77	0	66	66	10
	Giudice tutelare	Interruzione volontaria di gravidanza di minore (art. 12, L. n. 194/1978)	0	1	0	0	0	1
	Giudice tutelare	Nomina di curatore speciale (artt. 320, ult. comma e 321 cc, art. 45 DispAtt CC)	0	3	0	3	3	0
	Giudice tutelare	Rappresentanza ed atti di amministrazione straordinaria di beni di figli minori	11	325	0	295	295	41
	Giudice tutelare	Trattamento Sanitario Obbligatorio ed amministrazione provvisoria (L833/1978)	-4	138	0	134	134	0
	Procedimenti speciali	Accertamento Tecnico Preventivo ex art. 445 bis c.p.c.	1	0	0	1	1	0

Tav. 6 - Dettaglio oggetti esclusi dal Movimento dei Procedimenti - Anno Giudiziario 2017/2018								
Denominazione Ufficio	Materie escluse dal movimento	Oggetto	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	Altri istituti e leggi speciali	Ricevimento e verbalizzazione di dichiarazione giurata	2	24	0	24	24	2
	Giudice tutelare	Altri istituti di competenza del giudice tutelare	55	204	0	190	190	69
	Giudice tutelare	Apertura amministrazione di sostegno (artt. 404 e segg., c.c.)	988	293	0	174	174	1.107
	Giudice tutelare	Apertura della tutela (art. 343 c.c.)	111	32	0	43	43	100
	Giudice tutelare	Apertura della Vigilanza sui Minori	1	2	0	1	1	2
	Giudice tutelare	Autorizzazione al rilascio di documento valido per l'espatrio (art. 3 lett. A-B)	4	24	0	20	20	8
	Giudice tutelare	Nomina di curatore speciale (artt. 320, ult. comma e 321 cc, art. 45 DispAtt CC)	1	1	0	2	2	0
	Giudice tutelare	Rappresentanza ed atti di amministrazione straordinaria di beni di figli minori	2	7	0	8	8	1
	Giudice tutelare	Trattamento Sanitario Obbligatorio ed amministrazione provvisoria (1833/1978)	4	40	0	38	38	6
	Giudice tutelare	Vigilanza del giudice tutelare sull'osservanza delle condizioni potestà (337 cc)	5	0	0	0	0	5
	Procedimenti speciali	Accertamento Tecnico Preventivo ex art. 445 bis c.p.c.	2	1	0	3	3	0

Tav. 6 - Dettaglio oggetti esclusi dal Movimento dei Procedimenti - Anno Giudiziario 2017/2018								
Denominazione Ufficio	Materie escluse dal movimento	Oggetto	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	Altri istituti e leggi speciali	Ricevimento e verbalizzazione di dichiarazione giurata	17	0	0	0	0	17
	Giudice tutelare	Affido familiare consensuale (art. 4, L. n. 184/1983)	2	2	0	3	3	1
	Giudice tutelare	Altri istituti di competenza del giudice tutelare	1	6	0	4	4	3
	Giudice tutelare	Apertura amministrazione di sostegno (artt. 404 e segg., c.c.)	2072	440	0	177	177	2.335
	Giudice tutelare	Apertura della Curatela	79	0	0	0	0	79
	Giudice tutelare	Apertura della tutela (art. 343 c.c.)	785	97	0	147	147	735
	Giudice tutelare	Autorizzazione al rilascio di documento valido per l'espatrio (art. 3 lett. A-B)	13	36	0	35	35	14
	Giudice tutelare	Autorizzazioni del giudice tutelare ex artt. 372, 373 e 374 c.c.	0	2	0	1	1	1
	Giudice tutelare	Interruzione volontaria di gravidanza di minore (art. 12, L. n. 194/1978)	0	2	0	2	2	0
	Giudice tutelare	Nomina di curatore speciale (artt. 320, ult. comma e 321 cc, art. 45 DispAtt CC)	3	13	0	12	12	4
	Giudice tutelare	Rappresentanza ed atti di amministrazione straordinaria di beni di figli minori	41	293	0	301	301	33
	Giudice tutelare	Trattamento Sanitario Obbligatorio ed amministrazione provvisoria (L833/1978)	5	79	0	81	81	3
	Giudice tutelare	Vigilanza del giudice tutelare sull'osservanza delle condizioni potestà (337 cc)	0	2	0	1	1	1
Procedimenti speciali			1	7	0	4	4	4
TOTALE GENERALE			3.039	0	2.320	2.320	2.320	

Tav. 7 - Movimento dei Procedimenti Civili in Corte d'Appello - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2017/2018

Denominazione Ufficio	Ruolo+	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	6	8	7	0	7	7
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali di competenza di Cda primo grado	15	13	4	9	13	15
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	3	5	2	2	4	4
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	2	9	3	0	3	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	11	8	10	0	10	9
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	6	8	5	1	6	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	103	74	93	9	102	75
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	16	17	16	2	18	15
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	27	20	26	3	29	18
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	2	1	2	0	2	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	6	8	6	1	7	7
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	35	21	15	1	16	40
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	16	9	9	2	11	14
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	12	6	10	0	10	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	2	1	2	0	2	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003	3	1	3	0	3	1

Denominazione Ufficio	Ruolo+	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	2	15	10	1	11	6
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	21	25	15	16	31	15
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	6	12	10	0	10	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)	1	0	1	0	1	0
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Procedimenti cautelari ante causam (Sequestro)	1	0	0	1	1	0
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Procedimenti cautelari davanti alla Corte di Appello	1	7	0	7	7	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	0	1	0	1	1	0
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilit� extracontrattuale	42	52	43	2	45	49
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalit�	46	44	23	0	23	67
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	14	10	8	2	10	14
	AGRARIA	Agraria	4	2	6	0	6	0
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	9	16	16	0	16	9
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	12	38	21	4	25	25
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	0	5	2	0	2	3
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	9	21	16	0	16	14
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	3	10	11	1	12	1
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	9	54	17	3	20	43
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia, validit� o interpret.	1	4	4	0	4	1
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	1	4	3	0	3	2

Denominazione Ufficio	Ruolo+	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	8	22	2	24	26	4
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali di competenza CdA in primo grado	4	12	0	11	11	5
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	3	10	0	11	11	2
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Cause in materia minorile	3	16	2	10	12	7
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Fallimento e procedure concorsuali	2	2	0	3	3	1
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	13	41	3	37	40	14
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Giudice tutelare	1	2	0	2	2	1
		Totale	481	634	426	166	592	523

Denominazione Ufficio	Ruolo+	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	2	1	1	0	1	2
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali di competenza di CdA primo grado	16	8	5	11	16	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	19	7	7	8	15	11
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	11	3	4	2	6	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	3	5	2	2	4	4
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	5	7	3	1	4	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	100	54	45	10	55	99
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	12	19	6	4	10	21
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	26	24	9	8	17	33
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	5	1	2	0	2	4
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	13	8	5	1	6	15
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	29	17	7	7	14	32
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	8	11	5	2	7	12
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	13	3	6	2	8	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Tutela diritti)	1	1	0	0	0	2
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	1	3	0	1	1	3
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.lvo n. 5/2003	1	3	1	0	1	3
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	1	4	4	0	4	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	12	10	8	3	11	11

Denominazione Ufficio	Ruolo +	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	7	9	6	1	7	9
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)	1	0	0	0	0	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	0	1	0	1	1	0
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilit� extracontrattuale	52	39	18	5	23	68
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalit�	0	1	0	0	0	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	11	6	0	5	5	12
	AGRARIA	Agraria	1	1	1	0	1	1
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	3	1	1	1	2	2
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	23	11	17	0	17	17
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	2	0	2	0	2	0
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	55	119	30	1	31	143
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	3	3	3	0	3	3
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	8	8	8	0	8	8
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia, validit� o interpret.	2	0	0	0	0	2
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	2	0	2	0	2	0
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	3	6	0	6	6	3
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali di competenza CdA in primo grado	13	37	0	48	48	2
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	0	1	0	1	1	0
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Cause in materia minorile	0	7	1	3	4	3
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario post riforma d.lvo n. 5/2003 (Materie Soggette)	1	0	0	1	1	0

Denominazione Ufficio	Ruolo+	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Fallimento e procedure concorsuali	2	5	1	2	3	4
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	18	36	1	27	28	26
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Giudice tutelare	0	1	0	1	1	0
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	1	0	0	0	0	1
		Totale	486	481	211	165	376	591
Totale Generale			967	1.115	637	331	968	1.114

Tav. 8 - Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Dettaglio per materia - Anno Giudiziario 2017/2018

Nota: sono esclusi i dati del Giudice tutelare, dell'ATP in materia di previdenza e le verbalizzazioni di dichiarazione giurata

Denominazione Ufficio	Ruolo++	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	9	38	2	35	37	10
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	54	55	20	42	62	47
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	58	49	36	17	53	54
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	27	7	5	12	17	17
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Cause in materia minorile	12	9	6	1	7	14
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	116	16	26	48	74	58
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	757	387	205	294	499	645
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	144	78	38	62	100	122
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	246	114	55	93	148	212
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	5	2	1	1	2	5
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	82	64	49	16	65	81
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	155	84	42	42	84	155
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	54	21	20	5	25	50
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	94	71	26	37	63	102

Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Tutela diritti)	0	1	0	0	0	0	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	12	9	5	3	8	13	13
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003	30	16	4	9	13	33	33
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	62	21	7	28	35	48	48
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	431	1.138	582	555	1.137	432	432
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	93	79	44	53	97	75	75
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)	3	2	1	0	1	4	4
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilit� extracontrattuale	586	212	122	127	249	549	549
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalit�	40	11	6	35	41	10	10
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	75	40	11	14	25	90	90
	AGRARIA	Agraria	1	1	1	1	2	0	0
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	12	7	7	8	15	4	4
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	161	191	71	154	225	127	127
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	3	5	3	1	4	4	4
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	198	117	184	48	232	83	83
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti cautelari ante causam	0	15	3	10	13	2	2
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	44	384	33	383	416	12	12
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	33	99	16	30	46	86	86
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia, validit� o interpret.	4	9	1	4	5	8	8

Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	6	13	4	10	14	5
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Famiglia - Provvedimenti materia mantenimento (Famiglia)	3	23	0	20	20	6
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Azioni a tutela della prop. e az. residuali)	10	64	0	53	53	21
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Inibitoria)	0	1	0	0	0	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Istr. Preventiva)	75	134	0	94	94	115
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Sequestro)	10	38	0	38	38	10
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	1	7	0	7	7	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti possessori	25	54	0	54	54	25
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimento di ing. ante causam	-98	2.110	0	1.978	1.978	34
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimento per convalida di sfratto	42	369	0	369	369	42
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	153	187	1	246	247	93
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	0	2	0	1	1	1
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Autorizzazioni processuali	17	277	0	254	254	40
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario post riforma d.l.vo n. 5/2003(Materie non Soggette)	3	44	0	45	45	2
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario post riforma d.l.vo n. 5/2003(Materie Soggette)	1	18	0	14	14	5
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Fallimento e procedure concorsuali	10	10	0	14	14	6
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	154	352	3	353	356	150
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	23	2.556	0	2.350	2.350	229
		Totale	4036	9.611	1.640	8.068	9.708	3.939

Denominazione Ufficio	Ruolo++	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con	Definiti senza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	1	6	1	5	6	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	7	14	0	15	15	6
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	13	15	10	7	17	11
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	12	5	4	5	9	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Cause in materia minorile	1	0	1	0	1	0
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	19	5	4	6	10	14
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	148	99	37	71	108	139
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	18	7	10	4	14	11
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	40	26	8	24	32	34
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	2	0	0	1	1	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	7	8	9	2	11	4
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	26	21	8	10	18	29
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	6	6	2	2	4	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	27	30	14	18	32	25
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	1	0	0	1	1	0
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003	3	2	3	0	3	2
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	2	2	2	0	2	2

Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Famiglia	154	385	161	206	367	172
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	16	22	10	16	26	12
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)	0	1	0	0	0	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Responsabilit� extracontrattuale	92	38	35	20	55	75
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Stato della persona e diritti della personalit�	1	1	0	1	1	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Successioni	29	14	8	9	17	26
	AGRARIA	Agraria	1	1	0	2	2	0
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	5	10	7	3	10	5
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	46	72	44	43	87	31
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	1	2	3	0	3	0
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	10	23	12	13	25	8
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti cautelari ante causam	1	3	0	4	4	0
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	5	142	2	139	141	6
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	2	3	1	1	2	3
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia, validit� o interpret.	6	3	2	4	6	3
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	2	1	1	1	2	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Azioni a tutela della prop. e az. residuali)	5	20	0	24	24	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Istr. Preventiva)	5	22	0	12	12	15
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Sequestro)	1	4	0	5	5	0

Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	1	7	0	7	7	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti possessori	6	11	0	14	14	3
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimento di ing. ante causam	29	460	0	460	460	29
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimento per convalida di sfratto	15	133	1	125	126	22
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	47	84	1	76	77	54
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	0	3	0	3	3	0
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Autorizzazioni processuali	5	133	0	132	132	6
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	45	98	3	94	97	46
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	161	1.084	0	1.054	1.054	191
		Totale	1024	3.026	404	2.639	3.043	1.007
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto								

Denominazione Ufficio	Ruolo++	Materia	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con	Definiti senza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Altri istituti cpc)	18	20	8	17	25	13
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali di competenza della CdA Roma - Usi civici	1	0	0	0	0	1
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali in genere	94	69	7	58	65	98
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Libro III cpc)	65	62	34	36	70	57
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Altri istituti e leggi speciali (Tutela dei diritti)	36	26	12	18	30	32
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Cause in materia minorile	7	4	3	0	3	8
	AFFARI CIVILI CONTENZIOSI	Contratti Bancari	71	23	22	16	38	56

Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Contratti e obbligazioni varie	627	348	147	266	413	562
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. atipici)	79	45	27	23	50	74
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. d'opera)	226	115	76	81	157	184
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Contratti e obbligazioni varie (Contr. libro II)	6	2	4	1	5	3
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Controversie di diritto amministrativo	62	27	41	15	56	33
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni	149	64	36	29	65	148
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Altro)	33	15	9	4	13	35
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Possesso/Divisione)	227	148	44	102	146	229
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Diritti reali - possesso - trascrizioni (Tutela diritti)	1	7	0	3	3	5
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Diritto industriale - vecchio rito	8	4	3	3	6	6
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Diritto societario - procedimenti ante d.l.vo n. 5/2003	22	18	5	11	16	24
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Dir. societario - proc. post d.l.vo n. 5/2003 cui non si applica il nuovo rito	1	0	0	0	0	1
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Fallimento e procedure concorsuali	25	38	2	20	22	41
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Famiglia	432	1.035	457	576	1.033	434
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Locazione e comodato di immobile urbano - affitto di azienda	63	66	43	37	80	49
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Persone giuridiche e diritto societario (Persone giuridiche)	4	4	1	0	1	7
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Responsabilit� extracontrattuale	317	130	109	63	172	275
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Stato della persona e diritti della personalit�	747	528	5	190	195	1.080
	AFFARI CIVILI CONTENTIZIOSI	Successioni	94	43	16	19	35	102

Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	AGRARIA	Agraria	5	7	6	4	10	2
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Assistenza obbligatoria	12	16	13	6	19	9
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Lavoro dipendente da privato	115	126	64	85	149	92
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Opposizione ordinanza ingiunzione	12	14	12	2	14	12
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Previdenza obbligatoria (Prestazione)	59	86	68	14	82	63
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti cautelari ante causam	2	13	0	13	13	2
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Procedimenti speciali	58	336	15	351	366	28
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego	110	26	76	9	85	51
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Pubblico impiego con pregiudiziale in materia di efficacia,validita o interpret.	14	6	8	6	14	6
	LAVORO, PREV., ASSIST. OBBLIG.	Rapporto di lavoro parasubordinato	16	9	7	9	16	9
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Azioni a tutela della prop. e az. residuali)	8	40	0	36	36	12
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Inibitoria)	0	1	0	1	1	0
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Istr. Preventiva)	89	88	0	84	84	93
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari ante causam (Sequestro)	5	34	0	33	33	6
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari davanti alla Corte di Appello	0	4	0	3	3	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti cautelari in genere (Altri)	1	3	1	2	3	1
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimenti possessori	21	35	3	31	34	22
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimento di ing. ante causam	84	1.244	0	1.245	1.245	83
	PROCEDIMENTI SPECIALI SOMMARI	Procedimento per convalida di sfratto	35	281	0	276	276	40

Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri istituti e leggi speciali	70	319	4	295	299	90
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Altri procedimenti camerali	4	1	0	2	2	3
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Autorizzazioni processuali	6	409	0	407	407	8
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Cause in materia minorile	50	138	0	136	136	52
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario - ante riforma d.l.vo n. 5/2003	5	26	0	29	29	2
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Diritto societario post riforma d.l.vo n. 5/2003(Materie Soggette)	2	8	0	8	8	2
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Fallimento e procedure concorsuali	0	1	0	1	1	0
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Famiglia	46	108	9	110	119	35
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Successioni	224	3.814	0	3.694	3.694	344
		Totale	4468	10.034	1.397	8.480	9.877	4.625
	Circondario di Tribunale Ordinario di Trento							

Totale Generale Distretto	9528	22.671	3.441	19.187	22.628	9.571
----------------------------------	-------------	---------------	--------------	---------------	---------------	--------------

Tav. 9 - Dettaglio dei Procedimenti Civili per Equa Riparazione - Anno Giudiziario 2017/2018

Denominazione Ufficio	Ruolo+	Oggetto	Sopravvenuti	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Equa riparazione per violazione del termine ragionevole del processo (L89/2001) - nuovo rito	8	10	2
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Equa riparazione per violazione del termine ragionevole del processo (L89/2001) - vecchio rito	1	0	1
	VOLONTARIA GIURISDIZIONE	Opposizione ex. Art. 5 ter L89/2001	1	1	1
TOTALE			10	11	4

Tav. 10 - Dettaglio dei Procedimenti Civili per Separazioni e Divorzi - Anno Giudiziario 2017/2018

CORTE D'APPELLO

Denominazione Ufficio	Dettaglio oggetti già presenti nei report precedenti	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Corte d'Appello di Trento	Divorzio contenzioso	3	11	6	2	8	6
	Separazione giudiziale	12	6	4	11	15	3
	Totale	15	17	10	13	23	9
Denominazione Ufficio	Dettaglio oggetti già presenti nei report precedenti	Pendenti	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti	Pendenti	
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	Divorzio contenzioso	3	2	1	2	3	2
	Separazione giudiziale	3	3	3	0	3	3
	Totale	6	5	4	2	6	5
Totale Corte d'Appello		21	22	14	15	29	14

TRIBUNALE

Denominazione Ufficio	Dettaglio oggetti già presenti nei report precedenti	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	Divorzio congiunto	43	316	296	3	299	60
	Divorzio contenzioso	164	227	166	74	240	151
	Separazione consensuale	27	339	0	324	324	42
	Separazione giudiziale	157	226	93	145	238	145
	Totale	391	1.108	555	546	1.101	398
Denominazione Ufficio	Dettaglio oggetti già presenti nei report precedenti	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	Divorzio congiunto	23	96	87	1	88	31
	Divorzio contenzioso	46	67	46	22	68	45
	Separazione consensuale	29	133	0	123	123	39
	Separazione giudiziale	50	82	26	55	81	51
	Totale	148	378	159	201	360	166
Denominazione Ufficio	Dettaglio oggetti già presenti nei report precedenti	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	Divorzio congiunto	39	261	234	4	238	62
	Divorzio contenzioso	154	236	158	84	242	148
	Separazione consensuale	54	318	0	309	309	63
	Separazione giudiziale	173	205	51	177	228	150
	Totale	420	1.020	443	574	1.017	423
Totale Tribunali		959	2.506	1.157	1.321	2.478	987

Tav. 11 - Pendenti finali per anno di iscrizione a ruolo al 30/06/2018

		<i>Affari Civili contenziosi</i>	<i>Agraria</i>	<i>Lavoro, Prev., Assis. Obbl.</i>	<i>Volontaria Giurisdizione</i>	Tot. in %	Totale
Corte d'Appello di Trento	2007	0	0	1	0	0,19%	1
Corte d'Appello di Trento	2010	1	0	0	0	0,19%	1
Corte d'Appello di Trento	2013	1	0	0	0	0,19%	1
Corte d'Appello di Trento	2014	2	0	0	0	0,38%	2
Corte d'Appello di Trento	2015	3	0	0	0	0,57%	3
Corte d'Appello di Trento	2016	26	0	1	2	5,54%	29
Corte d'Appello di Trento	2017	199	0	14	7	42,07%	220
Corte d'Appello di Trento	2018	159	0	82	25	50,86%	266
<i>Totale</i>		<i>391</i>	<i>0</i>	<i>98</i>	<i>34</i>	<i>46,95%</i>	<i>523</i>
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2010	1	0	0	0	0,17%	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2013	1	0	0	0	0,17%	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2014	1	0	0	0	0,17%	1
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2015	8	0	0	0	1,35%	8
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2016	54	0	11	2	11,34%	67
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2017	196	1	111	14	54,48%	322
Corte d'Appello di Trento - Sezione distaccata di Bolzano	2018	115	0	53	23	32,32%	191
<i>Totale</i>		<i>376</i>	<i>1</i>	<i>175</i>	<i>39</i>	<i>53,05%</i>	<i>591</i>
Totale Generale		767	1	273	73	100,00%	1.114

Tav. 12 - Pendenti finali al 30/06/2018

Nota: sono esclusi i dati del Giudice tutelare, dell'ATP in materia di previdenza e le verbalizzazioni di dichiarazione giurata

		<i>Affari Civili contenziosi</i>	<i>Agraria</i>	<i>Lavoro, Prev., Assis. Obbl.</i>	<i>Proced. Speciali sommari</i>	<i>Volontaria Giurisdizione</i>	Tot. in %	Totale
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	1999	1	0	0	0	0	0,03%	1
	2000	0	0	0	0	1	0,03%	1
	2006	1	0	0	0	0	0,03%	1
	2007	1	0	0	0	2	0,08%	3
	2008	2	0	0	0	0	0,05%	2
	2009	1	0	0	0	0	0,03%	1
	2010	2	0	0	0	0	0,05%	2
	2011	6	0	0	0	2	0,20%	8
	2012	18	0	0	0	3	0,53%	21
	2013	49	0	0	0	5	1,37%	54
	2014	97	0	0	0	9	2,69%	106
	2015	280	0	4	1	15	7,62%	300
	2016	548	0	16	10	43	15,66%	617
	2017	937	0	134	53	100	31,07%	1.224
	2018	884	0	177	191	346	40,57%	1.598
	Totale	2.827	0	331	255	526	41,16%	3.939
Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	2002	0	0	0	0	1	0,10%	1
	2006	0	0	0	0	3	0,30%	3
	2007	0	0	0	0	3	0,30%	3
	2008	0	0	0	0	3	0,30%	3
	2009	0	0	0	0	11	1,09%	11
	2010	0	0	0	0	11	1,09%	11
	2011	0	0	0	0	13	1,29%	13
	2012	1	0	0	0	15	1,59%	16
	2013	1	0	0	0	9	0,99%	10
	2014	8	0	1	0	8	1,69%	17
	2015	17	0	0	2	42	6,06%	61
	2016	81	0	1	1	35	11,72%	118
	2017	199	0	16	5	47	26,51%	267
	2018	275	0	39	63	96	46,97%	473
	Totale	582	0	57	71	297	10,52%	1.007

Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	1999	0	0	0	0	1	0,02%	1
	2002	1	0	0	0	0	0,02%	1
	2003	2	0	0	0	0	0,04%	2
	2004	1	0	0	0	0	0,02%	1
	2005	0	0	0	0	2	0,04%	2
	2006	1	0	0	0	2	0,06%	3
	2007	1	0	0	0	1	0,04%	2
	2008	3	0	0	0	0	0,06%	3
	2009	3	0	0	0	5	0,17%	8
	2010	6	0	0	0	2	0,17%	8
	2011	4	0	4	1	6	0,32%	15
	2012	12	0	8	1	7	0,61%	28
	2013	20	0	1	2	8	0,67%	31
	2014	124	0	5	0	16	3,14%	145
	2015	187	0	17	4	19	4,91%	227
	2016	746	0	20	5	40	17,54%	811
	2017	1.236	1	73	55	58	30,77%	1.423
	2018	1.210	1	144	190	369	41,38%	1.914
	Totale	3.557	2	272	258	536	48,32%	4.625
TOTALE TRIBUNALI		6.966	2	660	584	1.359	100,00%	9.571

Tav. 13 - Movimento dei Procedimenti Civili SICID presso i Tribunali ordinari - Dettaglio procedimenti di Protezione internazionale - Anno Giudiziario 2017/2018

Denominazione Ufficio	Oggetto	Pendenti Inizio	Sopravvenuti	Definiti con Sentenza	Definiti senza Sentenza	Definiti	Pendenti Fine
Tribunale Ordinario di Bolzano	Impugnazione ex art. 35 D.Lvo 25/2008	31	1	0	31	31	1
Tribunale Ordinario di Trento	Impugnazione ex art. 35 D.Lvo 25/2008	744	513	0	187	187	1.070
	<i>Totale</i>	<i>775</i>	<i>514</i>	<i>0</i>	<i>218</i>	<i>218</i>	<i>1.071</i>

Tav. 14 - Movimento dei procedimenti civili del registro SIECIC presso i Tribunali ordinari - Anno giudiziario 2017/2018

Distretto di Trento

	Rito TABELLONE	Sopravvenuti	di cui Iscritti	Definiti	di cui con sentenza	Pendenti
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	ESECUZIONI MOBILIARI	1.530	1.520	1.581	0	268
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	323	244	385	0	315
	ISTANZE DI FALLIMENTO	107	107	109	61	15
	FALLIMENTARE	59	59	59	0	291
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI	13	13	9	1	32
	Totale	2.032	1.943	2.143	62	921

Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	ESECUZIONI MOBILIARI	440	438	452	0	60
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	111	102	116	0	310
	ISTANZE DI FALLIMENTO	37	37	36	20	8
	FALLIMENTARE	19	19	29	0	167
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI	6	6	4	0	6
	Totale	613	602	637	20	551

Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	ESECUZIONI MOBILIARI	1.093	1.081	1.158	0	228
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	323	295	371	0	1.098
	ISTANZE DI FALLIMENTO	128	128	140	76	26
	FALLIMENTARE	78	78	68	0	471
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI	19	19	22	2	20
	Totale	1.641	1.601	1.759	78	1.843

Totale complessivo	4.286	4.146	4.539	160	3.315
---------------------------	--------------	--------------	--------------	------------	--------------

Tav. 15 - Stratigrafia delle pendenze Settore Civile - Area SIECIC pendenti al 30/06/2018

Distretto di Trento

Ufficio	Macro materia	Fino al 2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	30/06/2018	TOTALE
Circondario di Tribunale Ordinario di Bolzano	ESECUZIONI MOBILIARI				1			3	3	5	6	54	196	268
	ESECUZIONI IMMOBILIARI				3	1	3	6	20	26	55	97	104	315
	ISTANZE DI FALLIMENTO										1	1	13	15
	FALLIMENTARE	6	2	5	11	10	21	36	33	42	39	53	33	291
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI					2	4	2	7	3	4	6	4	32
	Totale AREA SIECIC	6	2	5	15	13	28	47	63	76	105	211	350	921
Incidenza percentuale delle classi		0,7%	0,2%	0,5%	1,6%	1,4%	3,0%	5,1%	6,8%	8,3%	11,4%	22,9%	38,0%	100,0%

Circondario di Tribunale Ordinario di Rovereto	ESECUZIONI MOBILIARI									1	1	10	48	60
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	6	3	5	10	9	16	30	34	42	58	60	37	310
	ISTANZE DI FALLIMENTO	1											7	8
	FALLIMENTARE	6	2	4	4	5	10	20	25	29	30	23	9	167
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI								1			2	3	6
	Totale AREA SIECIC	13	5	9	14	14	26	50	60	72	89	95	104	551
Incidenza percentuale delle classi		2,4%	0,9%	1,6%	2,5%	2,5%	4,7%	9,1%	10,9%	13,1%	16,2%	17,2%	18,9%	100,0%

Circondario di Tribunale Ordinario di Trento	ESECUZIONI MOBILIARI					2	3	1	7	16	21	48	130	228
	ESECUZIONI IMMOBILIARI	5	10	16	35	36	74	80	116	170	212	216	128	1.098
	ISTANZE DI FALLIMENTO										1		25	26
	FALLIMENTARE	10	1	5	23	19	26	33	67	83	92	78	34	471
	ALTRE PROCEDURE CONCORSUALI					1	1	2	1		1	7	7	20
	Totale AREA SIECIC	15	11	21	58	58	104	116	191	269	327	349	324	1.843
Incidenza percentuale delle classi		0,8%	0,6%	1,1%	3,1%	3,1%	5,6%	6,3%	10,4%	14,6%	17,7%	18,9%	17,6%	100,0%

LEGENDA - PROCEDIMENTI PENALI

<i>Tav. 16</i>	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali.
<i>Tav. 17</i>	Rapporto percentuale tra procedimenti contro autori NOTI iscritti in Procura della Repubblica nel modello 21 e i procedimenti iscritti per Fatti non costituenti reato a modello 45.
<i>Tav. 18</i>	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Tribunale nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 19</i>	Procedimenti penali iscritti in Tribunale nell'A.G. 2017/2018 suddivisi in base al numero degli imputati.
<i>Tav. 20</i>	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Procura delle Repubblica nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 21</i>	Procedimenti penali iscritti in Procura della Repubblica nell'A.G. 2017/2018 suddivisi in base al numero degli indagati.
<i>Tav. 22</i>	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 23</i>	Incidenza dei procedimenti definiti per PRESCRIZIONE sul totale dei procedimenti definiti.
<i>Tav. 23 bis</i>	Procedimenti penali definiti per PRESCRIZIONE nell'A.G. 2017/2018. Valori assoluti per il calcolo della tabella 23
<i>Tav. 24</i>	Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 24 bis</i>	Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 25</i>	Procedimenti contro NOTI definiti presso l'Ufficio GIP/GUP per modalità di definizione nell'A.G.2017/2018.
<i>Tav. 26</i>	Procedimenti contro NOTI definiti presso la Procura della Repubblica per modalità di definizione nell'A.G.2017/2018.
<i>Tav. 27-28-29-30</i>	Procedimenti penali definiti distinti per sede, tipo rito e classe di durata nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2017/2018.
<i>Tav. 31</i>	Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2017 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio - Uffici Distrettuali
<i>Tav. 32</i>	Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2017 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio - Tribunali Ordinari
<i>Tav. 33</i>	Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2017 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio - Procure
<i>Tav. 34</i>	Intercettazioni. Numero dei bersagli intercettati suddivisi per ufficio, sede e tipologia di bersaglio nell'A.G. 2017/2018
<i>Tav. 35</i>	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018 relativi al riesame di misure cautelari personali. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali
<i>Tav. 35 bis</i>	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018 relativi al riesame di misure cautelari personali.
<i>Tav. 36</i>	Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018 relativi al riesame di misure cautelari reali.
<i>Tav. 36 bis</i>	Modalità di definizione dei procedimenti relativi al riesame di misure cautelari reali, nell'A.G. 2017/2018.

Tav. 16 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali.

Tipologia Ufficio	Materia	A.G. 2017/2018			A.G. 2016/2017			Variazione percentuale A.G. 2017/2018 vs. A.G. 2016/2017		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
Procura Generale										
TRENTO	Avocazioni	3	9	0	10	4	6	-70,0	125,0	-100,0
	Esecuzioni	70	41	180	51	51	151	37,3	-19,6	19,2
BOLZANO	Avocazioni	0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.
	Esecuzioni	27	31	58	36	39	70	-25,0	-20,5	-17,1
Corte di Appello		668	615	677	598	577	624	11,7	6,6	8,5
TRENTO	Appello ordinario	459	431	465	389	384	437	18,0	12,2	6,4
	Appello assise	0	0	0	1	2	0	-100,0	-100,0	n.c.
	Appello minorenni	9	4	8	8	7	3	12,5	-42,9	166,7
BOLZANO	Appello ordinario	188	168	200	195	178	180	-3,6	-5,6	11,1
	Appello assise	2	2	1	2	2	1	0,0	0,0	0,0
	Appello minorenni	10	10	3	3	4	3	233,3	150,0	0,0
Tribunale per i Minorenni		852	870	288	1.066	1.049	306	-20,1	-17,1	-5,9
TRENTO	Sezione dibattimento	32	21	20	21	20	9	52,4	5,0	122,2
	Sezione GIP	167	165	42	192	209	40	-13,0	-21,1	5,0
	Sezione GUP	149	154	75	137	140	80	8,8	10,0	-6,3
BOLZANO	Sezione dibattimento	5	6	0	2	4	1	150,0	50,0	-100,0
	Sezione GIP	308	316	18	439	430	26	-29,8	-26,5	-30,8
	Sezione GUP	191	208	133	275	246	150	-30,5	-15,4	-11,3

Tribunale e relative sezioni		13.983	13.148	7.127	13.782	13.209	6.478	1,5	-0,5	10,0
	Dibattimento collegiale	75	63	113	67	68	93	11,9	-7,4	21,5
	Dibattimento monocratico	3.698	3.248	2.844	3.141	3.051	2.415	17,7	6,5	17,8
	Appello Giudice di Pace	43	40	30	50	47	27	-14,0	-14,9	11,1
	Sezione assise	1	2	1	2	1	2	-50,0	100,0	-50,0
	Sezione GIP/GUP - NOTI	10.166	9.795	4.139	10.522	10.042	3.941	-3,4	-2,5	5,0
Giudice di pace circondariali		1.763	1.962	854	2.089	1.842	1.055	-15,6	6,5	-19,1
	Sezione dibattimento	972	1.128	790	1.101	889	946	-11,7	26,9	-16,5
	Sezione GIP - NOTI	791	834	64	988	953	109	-19,9	-12,5	-41,3
Procura presso il Tribunale		17.492	16.936	9.093	18.302	17.028	8.812	-4,4	-0,5	3,2
	Reati ordinari - NOTI	15.580	14.997	8.239	16.093	14.758	7.931	-3,2	1,6	3,9
	Reati di competenza DDA - NOTI	30	24	21	20	14	14	50,0	71,4	50,0
	Reati di competenza del GdP - NOTI	1.882	1.915	833	2.189	2.256	867	-14,0	-15,1	-3,9
Procura presso il Tribunale per i Minorenni		782	818	209	943	1.032	245	-17,1	-20,7	-14,7
TRENTO	Registro NOTI - Mod. 52	282	312	95	366	349	125	-23,0	-10,6	-24,0
BOLZANO	Registro NOTI - Mod. 52	500	506	114	577	683	120	-13,3	-25,9	-5,0

Tav. 17 - Rapporto percentuale tra procedimenti contro autori NOTI iscritti in Procura della Repubblica nel modello 21 e i procedimenti iscritti per Fatti non costituenti reato a modello 45.

Procure presso il Tribunale	A.G. 2017/2018		
	Iscritti a registro noti (mod.21)	Iscritti a registro FNCR (mod.45)	Rapporto iscritti a mod.45 su iscritti a mod.21 %
BOLZANO	8.787	2.060	23,4%
ROVERETO	1.662	897	54,0%
TRENTO	5.131	804	15,7%

Tav. 18 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Tribunale nell'A.G. 2017/2018.

Tribunale e relative sezioni distaccate	Materia	A.G. 2017/2018				A.G. 2016/2017				Variazione percentuale A.G. 2017/2018 vs. A.G. 2016/2017			
		Iscritti	Definiti	Finali		Iscritti	Definiti	Finali		Iscritti	Definiti	Finali	
BOLZANO		7.785	7.361	3.882		7.669	7.601	3.533		1,5	-3,2	9,9	
	Dibattimento collegiale	38	26	68		24	26	50		58,3	0,0	36,0	
	Dibattimento monocratico	1.939	1.651	1.611		1.606	1.596	1.339		20,7	3,4	20,3	
	Appello Giudice di Pace	14	24	8		18	14	18		-22,2	71,4	-55,6	
	Sezione assise	0	1	1		2	1	2		-100,0	0,0	-50,0	
ROVERETO	Sezione GIP/GUP - NOTI	5.794	5.659	2.194		6.019	5.964	2.124		-3,7	-5,1	3,3	
		1.430	1.350	862		1.496	1.501	812		-4,4	-10,1	6,2	
	Dibattimento collegiale	6	7	3		10	11	4		-40,0	-36,4	-25,0	
	Dibattimento monocratico	597	512	321		481	488	238		24,1	4,9	34,9	
	Appello Giudice di Pace	11	7	8		16	13	4		-31,3	-46,2	100,0	
TRENTO	Sezione GIP/GUP - NOTI	816	824	530		989	989	566		-17,5	-16,7	-6,4	
		4.768	4.437	2.383		4.617	4.107	2.133		3,3	8,0	11,7	
	Dibattimento collegiale	31	30	42		33	31	39		-6,1	-3,2	7,7	
	Dibattimento monocratico	1.162	1.085	912		1.054	967	838		10,2	12,2	8,8	
	Appello Giudice di Pace	18	9	14		16	20	5		12,5	-55,0	180,0	
	Sezione assise	1	1	0		0	0	0		n.c.	n.c.	n.c.	
	Sezione GIP/GUP - NOTI	3.556	3.312	1.415		3.514	3.089	1.251		1,2	7,2	13,1	

Tav. 19 - Procedimenti penali iscritti in Tribunale nell'A.G. 2017/2018 suddivisi in base al numero degli imputati.

Circondario	Materia	A.G. 2017/2018														Totale iscritti in Tribunale			
		con 1 imputato		con 2 imputati		con 3 imputati		4 imputati		5 imputati		da 6 a 10 imputati		da 11 a 30 imputati		oltre 30 imputati			
		iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti
BOLZANO																			
	Dibattimento collegiale	27	71,1%	7	18,4%	1	2,6%	2	5,3%	0	0,0%	0	0,0%	1	2,6%	0	0,0%	38	100,0%
	Dibattimento monocratico	1.731	89,3%	159	8,2%	33	1,7%	9	0,5%	1	0,1%	4	0,2%	1	0,1%	1	0,1%	1.939	100,0%
	Sezione GIP/GUP - NOTI	5.122	88,4%	458	7,9%	110	1,9%	48	0,8%	24	0,4%	19	0,3%	10	0,2%	3	0,1%	5.794	100,0%
ROVERETO																			
	Dibattimento collegiale	4	66,7%	1	16,7%	1	16,7%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	6	100,0%
	Dibattimento monocratico	511	85,6%	60	10,1%	15	2,5%	6	1,0%	4	0,7%	1	0,2%	0	0,0%	0	0,0%	597	100,0%
	Sezione GIP/GUP - NOTI	694	85,0%	84	10,3%	20	2,5%	7	0,9%	4	0,5%	2	0,2%	4	0,5%	1	0,1%	816	100,0%
TRENTO																			
	Dibattimento collegiale	22	71,0%	6	19,4%	1	3,2%	1	3,2%	1	3,2%	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%	31	100,0%
	Dibattimento monocratico	1.002	86,2%	113	9,7%	35	3,0%	5	0,4%	1	0,1%	4	0,3%	2	0,2%	0	0,0%	1.162	100,0%
	Sezione GIP/GUP - NOTI	2.849	80,1%	434	12,2%	151	4,2%	47	1,3%	25	0,7%	36	1,0%	11	0,3%	3	0,1%	3.556	100,0%

Tav. 20 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti in Procura della Repubblica nell'A.G. 2017/2018.

Procura presso il Tribunale	Materia	A.G. 2017/2018			A.G. 2016/2017			Variazione percentuale A.G. 2017/2018 vs. A.G. 2016/2017		
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
BOLZANO		9.758	9.563	5.968	10.487	9.857	5.885	-7,0	-3,0	1,4
	Sezione ordinaria - Mod. 21	8.787	8.556	5.451	9.233	8.581	5.347	-4,8	-0,3	1,9
	Sezione GdP - Mod. 21bis	971	1.007	517	1.254	1.276	538	-22,6	-21,1	-3,9
ROVERETO		1.976	2.001	1.273	2.033	2.033	1.277	-2,8	-1,6	-0,3
	Sezione ordinaria - Mod. 21	1.662	1.661	1.143	1.705	1.658	1.118	-2,5	0,2	2,2
	Sezione GdP - Mod. 21bis	314	340	130	328	375	159	-4,3	-9,3	-18,2
TRENTO		5.728	5.348	1.831	5.762	5.143	1.643	-0,6	4,0	11,4
	Sezione ordinaria - Mod. 21	5.131	4.780	1.645	5.155	4.538	1.473	-0,5	5,3	11,7
	Sezione DDA - NOTI	30	24	21	20	14	14	50,0	71,4	50,0
	Sezione GdP - Mod. 21bis	597	568	186	607	605	170	-1,6	-6,1	9,4

Tav. 21 - Procedimenti penali iscritti in Procura della Repubblica nell'A.G. 2017/2018 suddivisi in base al numero degli indagati. Mod. 21.

A.G. 2017/2018																		
Procura della Repubblica	con 1 indagato		con 2 indagati		con 3 indagati		4 indagati		5 indagati		da 6 a 10 indagati		da 11 a 30 indagati		oltre 30 indagati		Totale iscritti in Procura	
	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti	iscritti	% sul totale iscritti
BOLZANO	7.682	87,4%	766	8,7%	174	2,0%	65	0,7%	35	0,4%	50	0,6%	12	0,1%	3	0,0%	8.787	100,0%
ROVERETO	1.415	85,1%	177	10,6%	37	2,2%	14	0,8%	4	0,2%	7	0,4%	6	0,4%	2	0,1%	1.662	100,0%
TRENTO	4.211	81,6%	638	12,4%	161	3,1%	62	1,2%	27	0,5%	49	0,9%	11	0,2%	2	0,0%	5.161	100,0%

Tav. 22 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2016/2017. Sedi degli Uffici del Giudice di Pace raggruppati per circondario

Uffici del Giudice di Pace	Materia	A.G. 2017/2018				A.G. 2016/2017				Variazione percentuale A.G. 2017/2018 vs. A.G. 2016/2017			
		Iscritti	Definiti	Finali		Iscritti	Definiti	Finali		Iscritti	Definiti	Finali	
BOLZANO		884	973	398		1.176	1.022	488		-24,8	-4,8	-18,4	
	Sezione dibattimento	393	490	366		545	395	463		-27,9	24,1	-21,0	
	Sezione GIP - NOTI	491	483	32		631	627	25		-22,2	-23,0	28,0	
ROVERETO		297	344	174		323	299	221		-8,0	15,1	-21,3	
	Sezione dibattimento	211	232	168		228	219	189		-7,5	5,9	-11,1	
	Sezione GIP - NOTI	86	112	6		95	80	32		-9,5	40,0	-81,3	
TRENTO		582	645	282		590	521	346		-1,4	23,8	-18,5	
	Sezione dibattimento	368	406	256		328	275	294		12,2	47,6	-12,9	
	Sezione GIP - NOTI	214	239	26		262	246	52		-18,3	-2,8	-50,0	

Tav. 23 Incidenza dei procedimenti definiti per PRESCRIZIONE sul totale dei procedimenti definiti nell'A.G. 2017/2018.

Sede	Tribunale e relative sezioni			Gip presso il Tribunale	Procura presso il Tribunale
	Dibattimento collegiale	Dibattimento monocratico	Totale Dibattimento	Noti Gip Gup	Noti - reati ordinari
BOLZANO	7,7%	0,9%	1,0%	0,1%	0,1%
ROVERETO	0,0%	0,0%	0,0%	1,8%	0,1%
TRENTO	3,3%	0,2%	0,3%	5,2%	3,6%
Totale Distretto	4,8%	0,5%	0,6%	2,0%	1,2%

Tav. 23bis - Procedimenti penali definiti per PRESCRIZIONE nell'A.G. 2017/2018. Valori assoluti per il calcolo della tabella 23

Sede Ufficio	Tribunale e relative sezioni				Gip presso il Tribunale			Procura presso il	
	Dibattimento collegiale		Dibattimento monocratico		Noti Gip Gup	Noti Gip		Noti	di cui per Imvio al GIP con richiesta di archiviazione per prescrizione
	Totale definiti in Tribunale	di cui per Proscioglimento prima del dibattimento per prescrizione	di cui con Sentenza non doversi procedere per prescrizione	Totale definiti in Tribunale	Totale definiti dal GIP /GUP	di cui per Archiviazion e per prescrizione	di cui con Sentenza non doversi procedere per prescrizione	Totale definiti dalla Procura - reati ordinari	
BOLZANO	26	0	2	1.651	5.659	6	0	8.556	8
ROVERETO	7	0	0	512	824	14	0	1.661	2
TRENTO	30	0	1	1.085	3.312	173	0	4.804	171
Totale Distretto	63	0	3	3.248	9.795	193	0	15.021	181

Tav. 24 - Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2017/2018.	
---	--

Definiti con sentenza monocratica				
Rito	BOLZANO	ROVERETO	TRENTO	Totale complessivo
Giudizio ordinario	943	338	499	1.780
Giudizio direttissimo	24	1	20	45
Applicazione pena su richiesta	281	77	222	580
Giudizio immediato	3	1	7	11
Giudizio abbreviato	45	57	136	238
Giudizio di opposizione a decreto penale	80	16	134	230
TOTALE DEFINITI CON SENTENZA	1.376	490	1.018	2.884
<i>% definiti con rito alternativo sul totale definiti con sentenza</i>	31,5%	31,0%	51,0%	38,3%

Tav. 24bis - Procedimenti penali definiti con sentenza distinti per rito nei Tribunali ordinari nell'A.G. 2017/2018.	
--	--

Definiti con sentenza collegiale				
Rito	BOLZANO	ROVERETO	TRENTO	Totale complessivo
Giudizio ordinario	20	7	23	50
Giudizio direttissimo	0	0	0	0
Applicazione pena su richiesta	1	0	1	2
Giudizio immediato	0	0	0	0
Giudizio abbreviato	0	0	0	0
Giudizio di opposizione a decreto penale	1	0	0	1
TOTALE DEFINITI CON SENTENZA	22	7	24	53
<i>% definiti con rito alternativo sul totale definiti con sentenza</i>	9,1%	0,0%	4,2%	5,7%

Tav. 25 - Procedimenti contro NOTI definiti presso l'Ufficio GIP/GUP per modalità di definizione nell'A.G. 2017/2018.

Definiti secondo le principali modalità di definizione				
Modalità	BOLZANO	ROVERETO	TRENTO	Totale complessivo
Decreti di archiviazione	3.950	427	2.134	6.511
Sentenze di rito alternativo	416	157	448	1.021
Decreti penali di condanna	524	67	95	686
Decreti che dispongono il giudizio	344	74	245	663
TOTALE	5.234	725	2.922	8.881

Tav. 26 - Procedimenti contro NOTI definiti presso la Procura della Repubblica per modalità di definizione nell'A.G. 2017/2018.

Definiti secondo le principali modalità di definizione				
Modalità	BOLZANO	ROVERETO	TRENTO	Totale complessivo
Richieste di archiviazione	3.787	442	2.146	6.375
Richieste di rinvio a giudizio ordinario	549	152	307	1.008
Richieste di riti alternativi	1.301	207	1.001	2.509
Citazioni dirette a giudizio	1.420	538	754	2.712
TOTALE	7.057	1.339	4.208	12.604

Tavv. 27 e 28 - Procedimenti penali definiti distinti per sede, tipo rito e classe di durata nei Tribunali ordinari - Sezione dibattimento nell'A.G. 2017/2018.

TRIBUNALI - SEZIONE DIBATTIMENTO. Definiti con rito collegiale

Tribunale	Classi di durata								Totale rito collegiale	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni			
	Definiti	% <i>sul totale definiti</i>	Definiti	% <i>sul totale definiti</i>	Definiti	% <i>sul totale definiti</i>	Definiti	% <i>sul totale definiti</i>	Definiti	% <i>sul totale definiti</i>
BOLZANO	5	19,2	5	19,2	10	38,5	6	23,1	26	100,0
ROVERETO	5	71,4	1	14,3	1	14,3		0,0	7	100,0
TRENTO	8	26,7	8	26,7	11	36,7	3	10,0	30	100,0
Totale complessivo	18	28,6	14	22,2	22	34,9	9	14,3	63	100,0

TRIBUNALI - SEZIONE DIBATTIMENTO. Definiti con rito monocratico

Circondario	Classi di durata								Totale rito monocratico	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni			
	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti		
BOLZANO	762	46,2	342	20,7	378	22,9	169	10,2	1.651	100,0
ROVERETO	396	77,3	49	9,6	43	8,4	24	4,7	512	100,0
TRENTO	513	47,3	278	25,6	225	20,7	69	6,4	1.085	100,0
Totale complessivo	1.671	51,4	669	20,6	646	19,9	262	8,1	3.248	100,0

Tav. 29 - Procedimenti penali definiti distinti per sede e classe di durata nei Tribunali ordinari - Sezione GIP GUP nell'A.G. 2017/2018.

TRIBUNALI - SEZIONE GIP GUP. Definiti nel Registro Noti

Tribunale	Classi di durata								Totale Sezione Gip Gup Noti	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni			
	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti		
BOLZANO	4.733	83,6	489	8,6	320	5,7	117	2,1	5.659	100,0
ROVERETO	492	59,7	232	28,2	94	11,4	6	0,7	824	100,0
TRENTO	2.650	80,0	526	15,9	115	3,5	21	0,6	3.312	100,0
Totale complessivo	7.875	80,4	1.247	12,7	529	5,4	144	1,5	9.795	100,0

Tav. 30 - Procedimenti penali definiti distinti per sede e classe di durata nelle Procure ordinarie nell'A.G. 2017/2018.

PROCURE DELLA REPUBBLICA. Definiti nel Registro Noti Mod. 21

Procura della Repubblica	Classi di durata								Totale Procura Noti	
	Entro 6 mesi		Tra 6 mesi e 1 anno		Tra 1 e 2 anni		In oltre 2 anni			
	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti	Definiti	% sul totale definiti
BOLZANO	6.283	73,4	766	9,0	350	4,1	1.157	13,5	8.556	100,0
ROVERETO	944	56,8	139	8,4	478	28,8	100	6,0	1.661	100,0
TRENTO	3.731	77,7	861	17,9	198	4,1	14	,3	4.804	100,0
Totale complessivo	10.958	73,0	1.766	11,8	1.026	6,8	1.271	8,5	15.021	100,0

**Tav. 31 - Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2017 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio
- Uffici distrettuali**

Ufficio	Registro	Fino al 2012	2013	2014	2015	2016	2017	Totale procedimenti pendenti al 31.12.2017
Corte di Appello di TRENTO	Modello 7 - appello ordinario	-	1	1	4	97	325	428
	Modello 7 - appello assise	-	-	-	-	-	-	-
	Modello 7 - appello minorenni	-	-	-	-	-	4	4
	TOTALE PENDENTI	-	1	1	4	97	329	432
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,2%</i>	<i>0,2%</i>	<i>0,9%</i>	<i>22,5%</i>	<i>76,2%</i>	<i>23,8%</i>
Corte di Appello di TRENTO - Sez. dist. di Bolzano	Modello 7 - appello ordinario	-	-	-	2	22	189	213
	Modello 7 - appello assise	-	-	-	-	-	2	2
	Modello 7 - appello minorenni	-	-	-	-	-	5	5
	TOTALE PENDENTI	-	-	-	2	22	196	220
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,9%</i>	<i>10,0%</i>	<i>89,1%</i>	<i>100,0%</i>
Tribunale per i Minorenni di TRENTO	Modello 47 - Registro generale	-	-	1	-	-	21	22
	Modello 55 - Registro generale indagini preliminari	-	-	-	-	-	38	38
	Modello 56 - Registro generale udienza preliminare	-	-	1	-	4	73	78
	TOTALE PENDENTI	-	-	2	-	4	132	138
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>1,4%</i>	<i>0,0%</i>	<i>2,9%</i>	<i>95,7%</i>	<i>100,0%</i>
Tribunale per i Minorenni di BOLZANO	Modello 47 - Registro generale	-	-	-	-	-	3	3
	Modello 55 - Registro generale indagini preliminari	-	-	-	-	-	47	47
	Modello 56 - Registro generale udienza preliminare	-	-	4	3	15	111	133
	TOTALE PENDENTI	-	-	4	3	15	161	183
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>2,2%</i>	<i>1,6%</i>	<i>8,2%</i>	<i>88,0%</i>	<i>100,0%</i>
Procura per i Minorenni di TRENTO	Modello 52 - Registro generale notizie reato noti	-	-	-	-	-	111	111
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>100,0%</i>	<i>100,0%</i>
Procura per i Minorenni di BOLZANO	Modello 52 - Registro generale notizie reato noti	-	-	-	-	-	112	112
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>100,0%</i>	<i>100,0%</i>

Tav. 32 - Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2017 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio
Tribunali Ordinari

Ufficio	Registro	Fino al 2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Totale procedimenti pendenti al 31.12.2017
Tribunale Ordinario di BOLZANO	Modello 19 - Assise	-	-	-	-	-	-	-	-	1	1
	Modello 16 - Dibattimento monocratico e collegiale	-	-	2	1	10	101	142	375	1.032	1.663
	Mod. 20 - Indagini preliminari (Noti)	3	3	2	4	23	57	123	284	1.516	2.015
	TOTALE PENDENTI	3	3	4	5	33	158	265	659	2.549	3.679
	<i>% sul totale</i>	<i>0,1%</i>	<i>0,1%</i>	<i>0,1%</i>	<i>0,1%</i>	<i>0,9%</i>	<i>4,3%</i>	<i>7,2%</i>	<i>17,9%</i>	<i>69,3%</i>	<i>100,0%</i>
Tribunale Ordinario di ROVERETO	Modello 16 - Dibattimento monocratico e collegiale	-	3	3	3	11	21	14	62	374	491
	Mod. 20 - Indagini preliminari (Noti)	-	-	-	-	-	18	26	27	217	288
	TOTALE PENDENTI	-	3	3	3	11	39	40	89	591	779
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,4%</i>	<i>0,4%</i>	<i>0,4%</i>	<i>1,4%</i>	<i>5,0%</i>	<i>5,1%</i>	<i>11,4%</i>	<i>75,9%</i>	<i>100,0%</i>
	Modello 19 - Assise	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Tribunale Ordinario di TRENTO	Modello 16 - Dibattimento monocratico e collegiale	-	-	-	1	12	5	45	140	526	729
	Mod. 20 - Indagini preliminari (Noti)	-	-	2	2	10	21	25	101	1.539	1.700
	TOTALE PENDENTI	-	-	2	3	22	26	70	241	2.065	2.429
	<i>% sul totale</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,0%</i>	<i>0,1%</i>	<i>0,1%</i>	<i>0,9%</i>	<i>1,1%</i>	<i>2,9%</i>	<i>9,9%</i>	<i>85,0%</i>	<i>100,0%</i>
	Modello 19 - Assise	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tav. 33 - Numero dei procedimenti penali pendenti al 31 dicembre 2017 per anno di iscrizione e per tipologia di ufficio

Ufficio	Registro	Fino al 2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Totale procedimenti pendenti al 31.12.2017
Procura della Repubblica di BOLZANO	Modello 21 - Notizie di reato Noti	-	-	-	2	13	71	821	1.354	3.260	5.521
	Modello 21bis - GdP	-	-	-	-	-	-	2	49	395	446
	Modello 44 - Notizie di reato Ignoti	-	-	-	-	-	1	7	33	867	908
	Modello 45 - FNCR	-	-	-	-	-	1	1	10	247	259
	TOTALE PENDENTI	-	-	-	2	13	73	831	1.446	4.769	7.134
	<i>% sul totale</i>	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,2%	1,0%	11,6%	20,3%	66,8%	100,0%
	Modello 21 - Notizie di reato Noti	1	1	-	1	6	9	50	299	732	1.099
Procura della Repubblica di ROVERETO	Modello 21bis - GdP	-	-	-	-	-	-	-	5	147	152
	Modello 44 - Notizie di reato Ignoti	-	-	-	-	1	3	2	18	271	295
	Modello 45 - FNCR	-	-	-	7	14	25	19	38	166	269
	TOTALE PENDENTI	1	1	-	8	21	37	71	360	1.316	1.815
	<i>% sul totale</i>	0,1%	0,1%	0,0%	0,4%	1,2%	2,0%	3,9%	19,8%	72,5%	100,0%
	Modello 21 - Notizie di reato Noti	-	-	-	-	1	1	10	108	1.366	1.486
	Modello 21bis - GdP	-	-	-	-	-	-	1	2	118	121
Procura della Repubblica di TRENTO	Modello 44 - Notizie di reato Ignoti	-	-	-	-	-	-	2	24	734	760
	Modello 45 - FNCR	-	-	-	-	-	-	4	21	101	126
	TOTALE PENDENTI	-	-	-	-	1	1	17	155	2.319	2.493
	<i>% sul totale</i>	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,7%	6,2%	93,0%	100,0%
	Modello 21 - Notizie di reato Noti	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Modello 21bis - GdP	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Modello 44 - Notizie di reato Ignoti	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Tav. 34 - Intercettazioni. Numero dei bersagli intercettati suddivisi per ufficio, sede e tipologia di bersaglio nell'A.G. 2017/2018.

Sezione	Ordinaria			Antimafia			Terrorismo		
	Utenze telefoniche	Ambienti	Altre tipologie di bersagli	Utenze telefoniche	Ambienti	Altre tipologie di bersagli	Utenze telefoniche	Ambienti	Altre tipologie di bersagli
Procura Generale della Repubblica presso la Corte di Appello TRENTO	0	0	0						
Procura Generale della Repubblica presso la Corte di Appello di TRENTO in BOLZANO	0	0	0						
Procura della Repubblica presso il Tribunale per i minorenni TRENTO	9	0	0						
Procura della Repubblica presso il Tribunale per i minorenni BOLZANO	1	0	0						
Totale Procure della Repubblica del distretto	975	61	31	577	71	24	0	0	0
Procura BOLZANO	437	31	9						
Procura ROVERETO	44	2	0						
Procura TRENTO	494	28	22	577	71	24	0	0	0

Tav. 35 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018 relativi al riesame di misure cautelari personali. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali.

Tribunale Misure cautelari personali	A.G. 2017/2018			A.G. 2016/2017			Variazione percentuale A.G. 2017/2018 vs. A.G. 2016/2017		
	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali
TRENTO	185	198	8	203	192	21	-8,9%	3,1%	-61,9%
Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	106	116	3	137	127	13	-22,6%	-8,7%	-76,9%
Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	7	7	0	6	8	0	16,7%	-12,5%	n.c.
Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	72	75	5	60	57	8	20,0%	31,6%	-37,5%
BOLZANO	47	47	2	45	45	2	4,4%	4,4%	0,0%
Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	26	25	2	29	30	1	-10,3%	-16,7%	100,0%
Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.
Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	21	22	0	16	15	1	31,3%	46,7%	-100,0%

Tav. 35 bis - Modalità di definizione dei procedimenti relativi al riesame di misure cautelari personali, nell'A.G. 2017/2018.

Tribunale Misure cautelari personali	Inammissibilità	Dichiarazione di Inefficacia per Decorrenza dei termini	Riunione	Conferma	Emissione Misura Cautelare	Riforma Parziale	Annullamento	Altra Modalità
BOLZANO	9	0	0	25	0	5	8	0
Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	7	0	0	13	0	3	2	0
Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	0	0	0	0	0	0	0	0
Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	2	0	0	12	0	2	6	0
TRENTO	2	0	0	119	6	30	6	35
Istanze di riesame su misure cautelari personali (art. 309)	1	0	0	65	0	14	4	32
Istanze di Appello del PM su misure cautelari personali (art. 310)	0	0	0	1	6	0	0	0
Istanze di Appello di parte su misure cautelari personali (art. 310)	1	0	0	53	0	16	2	3

Tav. 36 - Procedimenti penali iscritti, definiti e pendenti nell'A.G. 2017/2018 relativi al riesame di misure cautelari reali. Confronto con l'A.G. precedente e variazioni percentuali.											
	Tribunale Misure cautelari reali	A.G. 2017/2018			A.G. 2016/2017			Variazione percentuale A.G. 2017/2018 vs. A.G. 2016/2017			
		Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	Iscritti	Definiti	Finali	
TRENTO		95	91	5	42	42	1	126,2	116,7	400,0	
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)		1	1	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.	
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)		38	36	2	15	15	0	153,3	140,0	n.c.	
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)		49	48	2	22	21	1	122,7	128,6	100,0	
Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)		7	6	1	5	6	0	40,0	0,0	n.c.	
BOLZANO		58	61	2	46	44	5	26,1	38,6	-60,0	
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)		0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.	
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)		0	0	0	0	0	0	n.c.	n.c.	n.c.	
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)		53	56	2	41	39	5	29,3	43,6	n.c.	
Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)		5	5	0	5	5	0	0,0	0,0	n.c.	

Tav. 36 bis - Modalità di definizione dei procedimenti relativi al riesame di misure cautelari reali nell'A.G. 2017/2018.

Tribunale Misure cautelari reali		Inammissibilità	Annullamento	Riforma	Conferma	Riunione	Dichiarazione Di Inefficacia Per Decorrenza Dei Termini	Altra Modalità
TRENTO		0	15	11	27	4	0	34
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)		0	1	0	0	0	0	0
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)		0	2	7	16	0	0	11
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)		0	9	4	8	4	0	23
Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)		0	3	0	3	0	0	0

BOLZANO		26	6	1	22	0	0	6
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri conservativi (art. 318)		0	0	0	0	0	0	0
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322)		0	0	0	0	0	0	0
Istanze di Riesame su misure cautelari reali - altri sequestri (art. 257, 355)		23	5	1	21	0	0	6
Istanze di Appello di parte o del PM su misure cautelari reali - sequestri preventivi (art. 322 bis)		3	1	0	1	0	0	0

STATISTICHE MEDIAZIONE CIVILE

<i>Tav. 1.1</i>	Procedimenti di Mediazione civile, definiti e pendenti, raggruppati per circondario e Organismo di Mediazione rispondente
<i>Tav. 1.2</i>	Procedimenti di Mediazione civile iscritti, raggruppati per natura della controversia
<i>Tav. 1.3</i>	Procedimenti di Mediazione civile, raggruppati per categoria della mediazione e circondario
<i>Tav. 1.4,1</i>	Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria
<i>Tav. 1.4.2</i>	Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria con ACCORDO RAGGIUNTO
<i>Tav. 1.5</i>	Procedimenti di Mediazione civile relativi alle materie <u>non obbligatorie</u> con parti assistite da avvocato

Tav. 1.1 - Procedimenti di Mediazione civile iscritti, definiti e pendenti, raggruppati per circondario e Organismo di Mediazione rispondente
Periodo: 1°Luglio 2017 - 30 Giugno 2018

Nel Distretto di Trento al 30 giugno 2018, gli Organismi di Mediazione registrati con sede legale nel Distretto sono 8, di cui 7 completamente rispondenti nel periodo considerato.

I dati riportati in tabella sono riconducibili agli Organismo che hanno la sede legale nel distretto considerato e sono comprensivi anche dei procedimenti lavorati presso le eventuali sedi legali (con sede nel distretto o in altri distretti) di ciascun Organismo.

Anno giudiziario 2017/2018									
Circondario (*)	Sede	Tipologia organismo	Pendenti Iniziali	Iscritti	Definiti			Totale Definiti	Pendenti Finali
					Mancata Comparizione Aderente	Aderente Comparso Accordo Raggiunto	Aderente Comparso Accordo Non Raggiunto		
BOLZANO/BOZEN	Bolzano	CAMERA DI COMMERCIO	116	380	107	99	158	364	132
		ORDINE AVVOCATI	74	283	98	36	168	302	55
BOLZANO/BOZEN Totale			190	663	205	135	326	666	187
ROVERETO	Rovereto	ORDINE AVVOCATI	23	93	32	13	38	83	33
ROVERETO Totale			23	93	32	13	38	83	33
TRENTO	Trento	ALTRI ORDINI PROFESSIONALI	1	2	2	0	0	2	1
		CAMERA DI COMMERCIO	16	94	46	10	32	88	22
		ORDINE AVVOCATI	152	405	182	66	156	404	153
		ORGANISMI PRIVATI	0	74	40	14	20	74	0
TRENTO Totale			169	575	270	90	208	568	176
Totale complessivo			382	1331	507	238	572	1317	396

%procedimenti definiti secondo le modalità di definizione			38%	18%	43%
---	--	--	-----	-----	-----

Percentuale esiti con aderente comparso

% accordo raggiunto	238	29,4%
% accordo non raggiunto	572	70,6%
Totale procedimenti definiti con entrambe le Parti presenti	810	100,0%

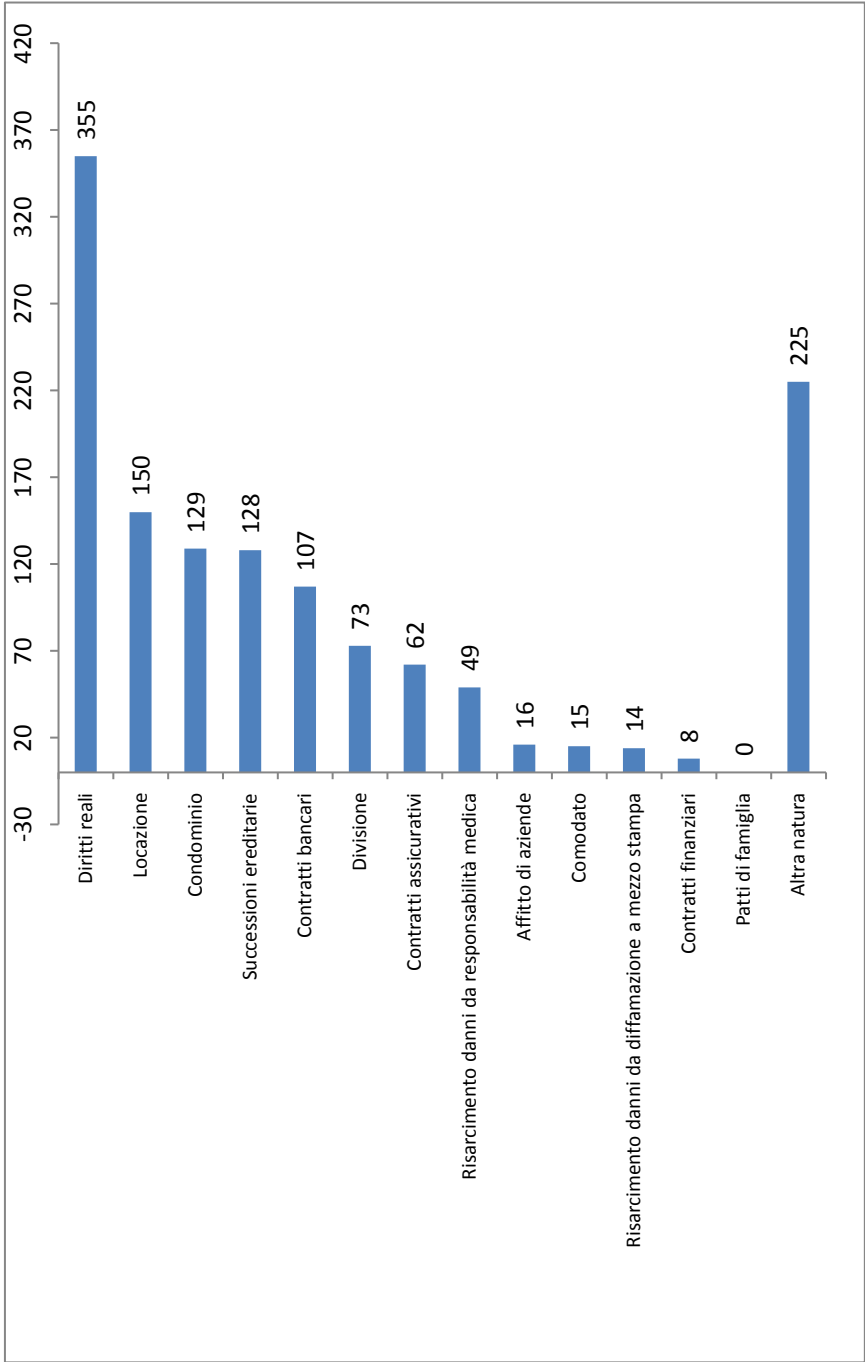
(*) uno o più circondari possono mancare a causa dell'assenza di Organismi di mediazione in quel circondario oppure per la mancata comunicazione dei dati da parte degli stessi.

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G. - Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Tav. 1.2 - Procedimenti di Mediazione civile iscritti, raggruppati per natura della controversia
Periodo: 1°Luglio 2017 - 30 Giugno 2018

Natura	Iscritti
Diritti reali	355
Locazione	150
Condominio	129
Successioni ereditarie	128
Contratti bancari	107
Divisione	73
Contratti assicurativi	62
Risarcimento danni da responsabilità medica	49
Affitto di aziende	16
Comodato	15
Risarcimento danni da diffamazione a mezzo stampa	14
Contratti finanziari	8
Patti di famiglia	0
Altra natura	225

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G.- Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa
Dati da rilevazione aggiornata al 10 settembre 2018



Tav. 1.3 - Procedimenti di Mediazione civile, raggruppati per categoria della mediazione e circondario

Periodo: 1°Luglio 2017 - 30 Giugno 2018

Rilevazione Campionaria

Categoria	Circondari (*)			
	BOLZANO/BOZEN	ROVERETO	TRENTO	Incidenza Categoria
Volontaria	15,5%	14,5%	12,0%	13,9%
Obbligatoria in quanto condizione di procedibilità ai sensi di legge	73,3%	71,1%	85,9%	78,6%
Obbligatoria in quanto prevista da clausola contrattuale	0,2%	0,0%	0,0%	0,1%
Demandata dal giudice per improcedibilità	9,5%	14,5%	1,1%	6,2%
Demandata dal giudice per le materie non obbligatorie	1,7%	0,0%	1,1%	1,3%
Incidenza circoscrizione	50,6%	6,3%	43,0%	100,0%

(*) uno o più circondari possono mancare a causa dell'assenza di Organismi di mediazione in quel circondario oppure per la mancata comunicazione dei dati da parte degli stessi.

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G.- Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Tav. 1.4.1 - Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria

Periodo: 1°Luglio 2017 - 30 Giugno 2018

Rilevazione Campionaria

Categoria	Durata Media
Volontaria	83
Obbligatoria in quanto condizione di procedibilità ai sensi di legge	107
Obbligatoria in quanto prevista da clausola contrattuale	35
Demandata dal giudice per improcedibilità	75
Demandata dal giudice per le materie non obbligatorie	97

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G.- Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Tav. 1.4.2 - Durata media in giorni dei procedimenti di Mediazione civile raggruppati per categoria con ACCORDO RAGGIUNTO

Periodo: 1°Luglio 2017 - 30 Giugno 2018

Rilevazione Campionaria

Categoria	Durata Media
Volontaria	121
Obbligatoria in quanto condizione di procedibilità ai sensi di legge	190
Demandata dal giudice per improcedibilità	155
Demandata dal giudice per le materie non obbligatorie	125

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G.- Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Tav. 1.5 - Procedimenti di Mediazione civile relativi alle materie non obbligatorie con parti assistite da avvocato

Periodo: 1°Luglio 2017 - 30 Giugno 2018

Rilevazione Campionaria

Parti assistite da avvocato	Circondari (*)			
	BOLZANO/BOZEN	ROVERETO	TRENTO	Media Distretto
% Procedimenti con proponenti assistiti da avvocato	83,2%	100,0%	70,9%	79,4%
% Procedimenti con aderenti assistiti da avvocato	95,0%	100,0%	77,8%	93,8%

(*) uno o più circondari possono mancare a causa dell'assenza di Organismi di mediazione in quel circondario oppure per la mancata comunicazione dei dati da parte degli stessi.

Fonte: Ministero Giustizia - D.O.G.- Direzione Generale di Statistica ed analisi organizzativa

Dati Sorveglianza Anno Giudiziario 2017/2018

<i>Tav. 1</i>	Tribunale di Sorveglianza di Trento – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell’anno giudiziario 2016/2017
<i>Tav. 2</i>	Tribunale di Sorveglianza di Bolzano – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell’anno giudiziario 2016/2017
<i>Tav. 3</i>	Ufficio di Sorveglianza di Trento – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nel 2°sem. 2016 (N.B.: L’ufficio non ha fornito i dati relativi al 1°sem. 2017)
<i>Tav. 4</i>	Ufficio di Sorveglianza di Bolzano – Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell’anno giudiziario 2016/2017

Contenuto	OGGETTO	Iscritti	Definiti	di cui:			Pendenti fine periodo
				Accolti	Rigettati	NLP/NDP	Inammissi- bilità
Misure Alternative	Affidamento al Servizio Sociale	217	265	102	120	22	15
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter 1 bis	205	250	80	37	95	32
	Semilibertà	61	75	3	19	47	5
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale	48	67	65	2	0	0
	Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	35	39	21	6	2	10
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	23	34	0	4	22	4
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter O.P.	19	17	5	3	8	1
	Reclamo per Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	11	12	4	4	4	0
	Revoca Detenzione Domiciliare Art. 47 Ter 1 Bis O.P.	9	8	7	0	1	0
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	9	20	19	1	0	0
	Declaratoria estinzione della pena pecuniaria	7	11	8	2	1	0
	Revoca Affidamento in Prova all' UEPE	7	8	8	0	0	0
	Revoca Affidamento in casi particolari	7	7	7	0	0	0
	Revoca Detenzione Domiciliare	3	3	3	0	0	0
	Affidamento art. 47 quater O.P.	3	0	0	0	0	0
	Prosecuzione Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	1	1	0	0	0	0
	Detenzione Domiciliare Speciale	1	2	1	0	0	1
	Detenzione domiciliare per ultrasettantenni	1	1	0	1	0	0
	Revoca Arresti Domiciliari	1	1	1	0	0	0
	Revoca Detenzione Domiciliare Speciale Art. 47 Quinquies	0	1	1	0	0	0
Riabilitazione	Riabilitazione	125	166	114	46	1	5
Reclami/appelli	Reclamo su Liberazione Anticipata	25	22	4	17	1	0
	Opposizione su espulsione (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	24	19	2	12	4	0
	Decisione Reclamo Permesso Premio	9	12	2	5	2	3
	Reclamo Generico	7	7	3	2	1	0
	Reclamo su Liberazione Anticipata Speciale	4	3	3	0	0	0
	Impugnazione Contro Provvedimento Mds	3	4	1	2	0	1
	Declaratoria sospensione Sentenza/Ordinanza impugnata (680/3)	0	1	0	0	0	1
Rinvio	Differimento Pena obbligatorio nei confronti di donna incinta	6	8	5	1	1	0
	Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	4	3	1	0	2	0

	Differimento Pena facoltativo grave infermità	2	7	0	3	4	0	0
	Differimento Pena obbligatorio nei confronti di madre infante di età inferiore ad anni uno	2	1	0	1	0	0	1
	Differimento Pena facoltativo maternità	0	1	0	1	0	0	0
Art. 90 DPR 309/1990	Sospensione Esecuzione Pena ex art. 90 DPR 309/90	4	1	0	0	0	1	4
Liberazione Condizionale	Concessione Liberazione Condizionale	2	1	0	0	0	1	1
Patrocinio	Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	73	86	40	8	3	35	38
	Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	60	85	60	1	1	14	23
	Revoca ordinanza	4	4	1	3	0	0	0
	Ricorso Avverso Diniego Ammissione al Patrocinio a S.D.S.	3	5	2	2	0	1	2
	Correzione Errore Materiale	3	3	3	0	0	0	0
	Revoca Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	2	2	1	0	1	0	1
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio	2	8	3	2	0	3	0
	Liquidazione onorario difensore d'ufficio di persona irrepribile	2	2	2	0	0	0	1
	Revoca Provvedimento Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	1	0	0	0	0	0	1
Altro	Liberazione Anticipata	1	1	0	0	0	0	0
	Declaratoria Sospensione Esecutività Ordinanza	6	6	2	4	0	0	0
	Revoca Sanzione Sostitutiva (Artt. 72 - 66 L. 689/81)	6	2	2	0	0	0	4
	Conversione Sanzione Sostitutiva in pena detentiva (Art. 66 L. 689/81)	6	3	2	0	1	0	4
	Accertamento Condotta di Collaborazione	2	2	0	0	0	2	0
	Istanza Generica	1	1	0	0	0	0	0
Totale complessivo		1.057	1.288	588	309	224	135	725

Contenuto	OGGETTO	di cui:						
		Iscritti	Definiti	Accolti	Rigettati	NLP/ NDP	Inammissi bilità	Pendenti fine periodo
Misure Alternative	Affidamento al Servizio Sociale	175	205	70	108	15	7	79
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter O.P.	154	218	117	38	57	4	45
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale	67	67	65	1	0	0	3
	Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	55	61	40	8	7	4	22
	Semilibertà	44	47	4	4	37	1	19
	Detenzione Domiciliare art. 47 ter 1 bis	37	10	5	0	1	0	27
	Declaratoria estinzione della pena ex art. 47/12 o.p. in relazione ad Affidamento al Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	25	26	25	1	0	0	1
	Declaratoria estinzione della pena pecuniaria	21	19	18	0	0	0	2
	Revoca Affidamento in Prova all' UEPE	13	13	11	1	0	0	0
	Revoca Affidamento in casi particolari	11	13	10	2	0	0	0
	Revoca Detenzione Domiciliare	8	9	4	3	2	0	1
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	5	5	0	2	1	1	2
	Revoca esecuzione presso domicilio della pena detentiva	4	4	4	0	0	0	0
	Revoca Detenzione Domiciliare Art. 47 Ter 1 Bis O.P.	3	3	1	2	0	0	0
	Proroga Differimento Pena nelle forme della Detenzione Domiciliare	2	0	0	0	0	0	2
	Reclamo per Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	0	1	0	0	0
	Revoca Differimento Nelle Forme della Detenzione Domiciliare Art.47 Ter 1	1	0	0	0	0	0	1
Riabilitazione	Riabilitazione	194	187	150	31	6	0	71
Reclami/appelli	Opposizione su espulsione (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	9	10	5	2	2	0	1
	Reclamo su Liberazione Anticipata	9	9	3	6	0	0	0
	Reclamo avverso decisione su reclamo generico art. 35 – art. 69 comma 6 lett. b) O.P.	8	7	1	4	1	1	1
	Impugnazione Contro Provvedimento Mds	2	1	0	1	0	0	1
	Reclamo Generico	1	2	0	2	0	0	0
	Reclamo avverso revoca periodo permesso	1	1	1	0	0	0	0
	Declaratoria sospensione Sentenza/Ordinanza impugnata (680/3)	1	1	0	1	0	0	0
	Decisione Reclamo Permesso	1	1	0	1	0	0	0
Rinvio	Differimento Pena facoltativo grave infermità	10	8	6	0	2	0	3
	Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	9	7	5	1	0	0	3

Differimento Pena obbligatorio nei confronti di donna incinta	1	1	1	1	0	0	0	1	1
Differimento Pena obbligatorio nei confronti di madre infante di età inferiore ad anni uno	1	1	1	0	0	0	0	1	0
Differimento Pena facoltativo maternità	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Differimento Pena obbligatorio nei confronti di persona affetta da malattia	1	1	1	1	0	0	0	0	1
Art. 90 DPR 309/1990	3	2	0	2	0	2	0	0	3
Revoca Sospensione Pena per ex art. 93/2 DPR 309/90	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Liberazione Anticipata	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Liberazione Condizionale	0	2	0	0	0	2	0	0	0
Patrocinio	55	55	51	3	0	1	1	3	3
Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	52	51	50	1	0	0	0	0	3
Revoca Provvedimento Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	4	3	0	0	0	0	0	0	1
Liquidazione onorario difensore d'ufficio di persona irreperibile	3	3	3	0	0	0	0	0	0
Revoca ordinanza	2	5	4	1	0	0	0	0	1
Revoca Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	2	2	1	0	0	0	0	0	0
Correzione Errore Materiale	2	2	2	0	0	0	0	0	0
Liquidazione onorario difensore d'ufficio	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Altro	2	2	2	0	0	0	0	0	0
Declaratoria Inefficacia Ordinanza Tds Detenzione Domiciliare	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Declaratoria Inefficacia Ordinanza Tds Semilibertà	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Declaratoria Inefficacia Ordinanza Tds Affidamento UEPE ex art. 94 DPR 309/90	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Conversione Sanzione Sostitutiva in pena detentiva (Art. 66 L. 689/81)	1	1	0	1	0	1	0	0	0
Differimento della misura di sicurezza facoltativo grave infermità	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Declaratoria Inefficacia Ordinanza Tds Affidamento UEPE	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Differimento sanzione sostitutiva nelle forme della detenzione domiciliare	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Riduzione pena da espiare/risarcimento del danno(Reclamo art. 35 ter O.P.)	2	2	2	0	0	0	0	0	0
Totale complessivo	1.011	1.074	667	228	133	20	300		

UFFICIO DI SORVEGLIANZA DI BOLZANO - Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell'anno giudiziario 2017/2018

Contenuto	OGGETTO	Iscritti	Definiti	di cui:				Pendenti	
				Accolti	Rigettati	NLP/ NDP	Inammissi bilità	fine	periodo
Misure Alternative	Autorizzazione	570	570	518	24	3	1	4	
	Modifica Permanente Prescrizioni	325	324	294	19	2	0	3	
	Declaratoria valida espiazione pena	93	92	0	0	0	0	1	
	Modifica Provvisoria Prescrizioni	46	45	38	3	1	0	2	
	Diffida al puntuale rispetto delle prescrizioni	34	34	0	0	0	0	0	
	Ammissione provvisoria a Detenzione Domiciliare	20	21	8	9	1	1	4	
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Detenzione Domiciliare	19	19	17	0	2	0	0	
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	18	18	11	7	0	0	1	
	Ulteriore Autorizzazione	18	18	16	2	0	0	0	
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento	15	15	15	0	0	0	0	
	Licenza per Semilibertà Art. 52 O.P.	13	12	10	2	0	0	1	
	Sospensione Provvisoria Affidamento al Servizio Sociale	11	11	5	5	0	0	0	
	Ammissione provvisoria ad Affidamento Terapeutico ex art. 94 co. 2 DPR 309/90	11	12	8	3	0	0	0	
	Sospensione Provvisoria Detenzione Domiciliare (Art. 47 Ter O.P.)	10	10	7	2	0	0	0	
	Sospensione Provvisoria Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	10	10	7	3	0	0	0	
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento ex art. 94 DPR 309/90	9	9	8	0	1	0	0	

Ammissione provvisoria ad Affidamento in prova al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.	8	8	4	4	0	0	1
Modifica Programma Trattamentale	8	8	7	1	0	0	0
Convocazione per puntuale rispetto delle prescrizioni	7	7	0	0	0	0	0
Approvazione Programma Trattamentale	6	7	7	0	0	0	0
Sospensione provvisoria dell'esecuzione presso domicilio della pena detentiva	5	5	4	1	0	0	0
Modifica Luogo Esecuzione	4	4	2	0	0	0	0
Revoca ammissione provvisoria all'affidamento in prova (art. 94 dpr. 309/90)	4	4	4	0	0	0	0
Revoca Autorizzazione	3	3	2	0	0	0	0
Modifica Attività Lavorativa	2	2	2	0	0	0	0
Sospensione Provvisoria Affidamento art. 47 quater o.p.	2	2	1	1	0	0	0
Sospensione e Revoca della Misura Alternativa per Cessazione dei Presupposti	2	2	1	0	0	0	0
Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Differimento Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	2	2	2	0	0	0	0
Declaratoria estinzione pena pecuniaria	1	1	0	0	0	0	0
Sospensione Provvisoria Differimento nelle forme della Detenzione Domiciliare	1	1	1	0	0	0	0
Revoca esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	0	0	0	0	0
Valutazione su permanenza quantum pena per esecuzione presso domicilio della pena detentiva	1	1	0	1	0	0	0
Ammissione provvisoria a Semilibertà	0	1	0	1	0	0	0
Liberazione Anticipata	300	295	247	35	1	4	9
Liberazione Anticipata Speciale	2	3	2	0	0	0	0
Sanzioni sostitutive, Misure di sicurezza, Conversione pena pecuniaria	146	98	46	0	11	0	49
Autorizzazione	38	39	36	2	0	0	0
Rateizzazione pena pecuniaria	29	29	23	0	6	0	0

	Remissione Debito	24	23	11	6	0	1	4
	Modifica Prescrizioni	20	20	20	0	0	0	0
	Riesame pericolosità sociale (art 208/1 C.P.)	15	13	11	2	0	0	3
	Revoca ordinanza Sanzione Sostitutiva	6	6	6	0	0	0	0
	Modalità di Esecuzione Libertà Controllata	5	5	4	1	0	0	0
	Accertamento Pericolosità Sociale	5	5	3	0	1	0	0
	Libertà Controllata	4	4	4	0	0	0	0
	Sospensione per espiazione pena detentiva	3	3	2	0	0	0	0
	Sospensione per inosservanza prescrizioni (Art. 66 L. 689/1981)	2	2	0	1	0	0	0
	Riesame pericolosità sociale	1	1	1	0	0	0	0
	Sospensione esecuzione ex art. 69 c. 3 l. 689/1981	1	1	1	0	0	0	0
Misure Alternative in esecuzione	Detenzione Domiciliare	100	84	0	0	0	0	62
	Affidamento in Prova al Servizio Sociale	66	79	0	0	0	0	106
	Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	33	29	0	0	0	0	43
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	14	19	0	0	0	0	4
	Affidamento Provvisorio Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	10	13	0	0	0	0	2
	Detenzione Domiciliare Provvisoria	8	15	0	0	0	0	1
	Arresti Domiciliari	5	4	0	0	0	0	3
	Semilibertà	5	5	0	0	0	0	2
	Affidamento provvisorio al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.	4	5	0	0	0	0	5
	Libertà Controllata	43	23	0	0	0	0	28
Sanzioni sostitutive in esecuzione								
Differimento Pena	Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	4	4	3	0	0	0	0

	Differimento Pena facoltativo art.147 C.P.	1	1	1	0	0	0	1	0
Misure di Sicurezza in esecuzione	Libertà Vigilata	3	1	1	0	0	0	0	19
Altre materie del MdS	Visite Specialistiche in Luogo Esterno di Cura	335	331	327	0	1	0	0	7
	Permesso Premio	127	127	95	28	1	1	1	0
	Espulsione straniero a titolo di sanzione alternativa (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	22	25	15	4	3	3	3	3
	Ratifica Visita Specialistica in Luogo Esterno di Cura	16	16	16	0	0	0	0	0
	Permesso Necessità	15	15	8	4	3	0	0	0
	Approvazione Programma Trattamento	8	8	8	0	0	0	0	0
	Ratifica Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura	6	6	6	0	0	0	0	0
	Reclamo Generico	5	5	0	5	0	0	0	0
	Modifica Permesso	5	5	5	0	0	0	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Giudice Dell'Esecuzione	4	4	4	0	0	0	0	0
	Revoca Permesso Premio	3	3	3	0	0	0	0	0
	Reclamo Avverso Provvedimenti Lesivi di Diritti Costituzionalmente Garantiti	3	2	0	2	0	0	0	1
	Esclusione Computo Permesso	2	2	0	2	0	0	0	0
	Reclamo Avverso Provvedimenti Disciplinari/Materia Lavoro	2	2	0	2	0	0	0	0
	Ricovero in Opg per Osservazione Psichiatrica	1	1	1	0	0	0	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Tribunale del Riesame	1	1	1	0	0	0	0	1
	Rogatoria su Richiesta del Giudice Che Procede	1	1	1	0	0	0	0	0
	Rogatoria nei Giudizi di Revisione e Nella Fase Dell'Esecuzione	1	1	1	0	0	0	0	0
Patrocinio	Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	9	10	10	0	0	0	0	1
	Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	5	5	5	0	0	0	0	0

Altro	Riduzione pena da espiare/risarcimento del danno (art. 35 ter O.P.)	39	29	20	4	0	3	15
	Revoca ordinanza	7	7	7	0	0	0	0
	Correzione Errore Materiale	2	2	2	0	0	0	0
	Revoca decreto	1	1	1	0	0	0	0
	Richiesta di Grazia	0	0	0	0	0	0	1
Totale complessivo		2.796	2.717	1.955	186	37	15	386

UFFICIO DI SORVEGLIANZA DI TRENTO - Dati di flusso e di stock degli oggetti delle istanze nell'anno giudiziario 2017/2018

Contenuto	OGGETTO	Iscritti	Definiti	di cui:				Pendenti fine periodo	
				Accolti	Rigettati	NLP/NDP	Inammissibilità		
Misure Alternative	Autorizzazione	529	527	435	56	11	0	3	3
	Modifica Permanente Prescrizioni	108	107	84	13	1	0	3	3
	Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	63	68	11	29	10	17	14	14
	Declaratoria valida espiazione pena	57	57	0	0	0	0	0	0
	Diffida al puntuale rispetto delle prescrizioni	45	46	0	0	1	0	0	0
	Modifica Luogo Esecuzione	27	30	23	3	1	0	0	0
	Ammissione provvisoria a Detenzione Domiciliare	23	22	3	14	2	2	2	2
	Ammissione provvisoria ad Affidamento Terapeutico ex art. 94 co. 2 DPR 309/90	17	17	4	9	1	2	0	0
	Sospensione Provvisoria Detenzione Domiciliare (Art. 47 Ter 1 Bis O.P.)	14	14	10	0	0	0	0	0
	Licenza per Semilibertà Art. 52 O.P.	13	14	10	2	1	0	0	0
	Sospensione Provvisoria Affidamento al Servizio Sociale	11	10	8	1	0	0	1	1
	Sospensione Provvisoria Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	10	10	7	1	0	0	0	0
	Modifica Programma Trattamento	10	11	11	0	0	0	0	0
	Ammissione provvisoria ad Affidamento in prova al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.	9	9	1	7	1	0	2	2
	Modifica Attività Lavorativa	9	9	8	1	0	0	0	0
	Modifica Provvisoria Prescrizioni	8	8	6	0	1	0	0	0
	Revoca Autorizzazione	5	5	5	0	0	0	0	0
	Ulteriore Autorizzazione	4	4	4	0	0	0	0	0
	Sospensione Provvisoria Detenzione Domiciliare (Art. 47 Ter O.P.)	4	4	4	0	0	0	0	0
	Sospensione Provvisoria Arresti Domiciliari	4	4	4	0	0	0	0	0
	Ammissione provvisoria a Semilibertà	4	4	0	1	0	1	0	0

Misure di sicurezza, Pene pecuniarie	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Detenzione Domiciliare art.47 ter 1 bis O.P	3	4	3	0	1	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento ex art. 94 DPR 309/90	3	3	3	0	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Affidamento	3	3	3	0	0	0	0
	Approvazione Programma Trattamento	3	3	3	0	0	0	0
	Convocazione per puntuale rispetto delle prescrizioni	3	3	0	0	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Detenzione Domiciliare	2	2	2	0	0	0	0
	Revoca esecuzione presso domicilio della pena detentiva	2	2	2	0	0	0	0
	Approvazione Programma Trattamento Provvisorio	2	2	1	1	0	0	0
	Declaratoria estinzione pena pecuniaria	1	1	0	0	0	0	0
	Valutazione su Permanenza Quantum Pena per Arresti Domiciliari - Art. 656/10 c.p.p.	1	1	1	0	0	0	0
	Revoca ammissione provvisoria alla detenzione domiciliare	1	1	0	0	0	0	0
	Conversione pena pecuniaria	381	120	44	2	56	0	261
	Autorizzazione	183	183	157	10	7	0	1
	Rateizzazione pena pecuniaria	30	35	26	3	4	2	4
	Riesame pericolosità sociale (art 208/1 C.P.)	28	31	25	6	0	0	3
	Libertà Controllata	20	33	26	0	3	0	7
	Accertamento Pericolosità Sociale	19	19	9	4	3	0	12
	Licenza trattamentale	12	12	12	0	0	0	0
	Remissione Debito	10	46	8	18	5	11	11
	Modifica Prescrizioni	6	6	4	2	0	0	0
	Diffida al puntuale rispetto delle prescrizioni	6	6	0	0	0	0	0
	Proposta di aggravamento per trasgressione obblighi misura di sicurezza (art.231 c.p.)	5	5	1	1	1	0	0
	Modifica temporanea prescrizioni	4	4	3	1	0	0	0
	Modalità di Esecuzione Libertà Controllata	3	3	2	0	0	0	0
	Riesame anticipato pericolosità sociale (art. 207 C.P.)	2	1	0	0	0	0	1
	Semidetenzione	2	2	2	0	0	0	0

Modifica Luogo Esecuzione	2	2	1	1	1	0	0	0
Sospensione per inosservanza prescrizioni (Art. 66 L. 689/1981)	1	1	1	1	0	0	0	0
Dichiarazione estinzione libertà controllata	1	1	1	0	0	0	0	0
Inosservanza delle misure di sicurezza detentive (art. 214 c.p.)	1	1	1	0	0	0	0	0
Sospensione per sopravvenienza pena detentiva	1	1	1	0	0	0	0	0
Licenza finale di esperimento (art. 53/1 O.P)	1	1	1	0	0	0	0	0
Trasformazione misura sicurezza (Art. 212 C.P. c. 2 e 3)	1	0	0	0	0	0	0	1
Cessazione misura sicurezza (Art. 212 C.P. c. 4)	1	1	1	0	0	0	1	0
Revoca ordinanza Sanzione Sostitutiva	1	1	1	1	0	0	0	0
Ulteriore Autorizzazione	1	1	1	1	0	0	0	0
Revoca ex Art. 72 L. 689/1981	1	1	1	0	1	0	0	0
Valutazione revoca Licenza	1	1	1	0	0	0	0	0
Richiesta sostituzione misura sicurezza su istanza di parte	0	0	0	0	0	0	0	1
Dichiarazione delinquenza abituale presunta dalla legge	0	0	0	0	0	0	0	1
Richiesta revoca misura sicurezza su istanza di parte	0	0	0	0	0	0	0	1
Liberazione Anticipata	626	604	340	71	10	20	197	
Liberazione Anticipata Speciale	12	16	8	2	0	0	4	
Integrazione Liberazione Anticipata	1	4	0	1	0	2	0	
Misure Alternative in esecuzione	81	74	0	0	0	0	115	
Affidamento in Prova al Servizio Sociale	65	54	0	0	0	0	61	
Detenzione Domiciliare	28	20	0	0	0	0	17	
Arresti Domiciliari	13	16	0	0	0	0	7	
Esecuzione presso domicilio della pena detentiva	12	20	0	0	0	0	23	
Affidamento Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	7	7	0	0	0	0	3	
Detenzione Domiciliare Provvisoria	3	4	0	0	0	0	1	
Semilibertà	3	7	0	0	0	0	2	
Affidamento Provvisorio Servizio Sociale ex art. 94 DPR 309/90	2	3	0	0	0	0	1	
Affidamento provvisorio al Servizio Sociale - Art. 47 O.P.								

Sanzioni sostitutive in esecuzione	Libertà Controllata	69	29	0	0	0	0	62
	Semidetenzione	2	2	0	0	0	0	0
Differimento Pena	Differimento Pena obbligatorio art.146 C.P.	7	6	6	0	0	0	1
	Differimento Pena Nelle Forme della Detenzione Domiciliare	2	2	2	0	0	0	0
	Differimento Pena facoltativo art.147 C.P.	1	1	0	0	0	0	0
Misure di Sicurezza in esecuzione	Ospedale Psichiatrico Giudiziario	4	1	0	0	0	0	7
	Libertà Vigilata	1	7	0	0	0	0	21
	Casa Cura e Custodia	1	2	0	0	0	0	1
Altre materie del MdS	Autorizzazione Corrispondenza Telefonica	223	223	200	19	0	1	1
	Visite Specialistiche in Luogo Esterno di Cura	222	222	220	0	2	0	0
	Permesso Premio	186	193	60	105	12	11	10
	Approvazione Programma Trattamento	114	114	112	1	0	0	0
	Espulsione straniero a titolo di sanzione alternativa (art. 16 comma 5 D.Lvo 286/1998 e succ.mod.)	88	81	31	0	48	2	22
	Ratifica Visita Specialistica in Luogo Esterno di Cura	23	23	23	0	0	0	0
	Ammissione Lavoro Esterno Art. 21 O.P.	20	21	18	2	0	0	0
	Ratifica Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura	15	15	15	0	0	0	0
	Modifica Lavoro Esterno (Art. 21 O.P.)	13	13	11	2	0	0	0
	Rogatoria su Richiesta del Giudice Dell'Esecuzione	12	12	12	0	0	0	1
	Permesso Necessità	11	12	4	8	0	0	0
	Modifica Permesso	8	8	8	0	0	0	0
	Revoca Lavoro Esterno	5	5	4	0	0	0	0
	Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura	4	5	4	0	0	0	0
	Reclamo Avverso Provvedimenti Disciplinari/Materia Lavoro	4	3	0	1	2	0	2
	Ricovero in Opg per Osservazione Psichiatrica	3	2	2	0	0	0	1
	Rogatoria su Richiesta del Giudice Che Procede	3	3	3	0	0	0	0
	Ricovero in Opg	2	2	0	0	1	0	0
	Reclamo Generico	2	2	0	2	0	0	0

Revoca Permesso Premio	2	2	2	2	0	0	0	0	0
Rogatoria in Sede di Estradizione	1	2	2	2	0	0	0	0	0
Rientro in Istituto	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Rogatoria nei Giudizi di Revisione e Nella Fase Dell'Esecuzione	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Revoca Espulsione	1	1	1	0	0	0	0	0	0
Revoca Ricovero in Ospedale Civile o Luogo Esterno di Cura / Nulla osta al rientro in carcere	1	1	1	0	1	0	0	0	0
Ammissione Lavoro Esterno a titolo volontario e gratuito (Art. 21 comma 4 ter O.P.)	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	21	21	5	5	0	0	15	5	5
Liquidazione Onorario Difensore Patrocinio a Spese dello Stato	12	7	5	5	0	1	1	7	7
Liquidazione onorario difensore d'ufficio	2	0	0	0	0	0	0	2	2
Liquidazione onorario difensore d'ufficio di persona irreperibile	1	0	0	0	0	0	0	1	1
Revoca Ammissione Patrocinio a Spese dello Stato	0	3	3	3	0	0	0	0	0
Altro	51	51	48	1	2	0	0	0	0
Modifica Prescrizioni	11	11	6	3	0	0	0	0	0
Riduzione pena da espiare/risarcimento del danno (art. 35 ter O.P.)	8	4	0	0	1	3	12	12	12
Revoca ordinanza	2	2	2	2	0	0	0	0	0
Revoca decreto	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Questioni relative all'esatta ottemperanza	1	1	1	1	0	0	0	0	0
Istanza Generica	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Richiesta di Grazia	0	0	0	0	0	0	0	3	3
Esecuzione Misure di Sicurezza	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Totale complessivo	3.738	3.471	2.139	406	189	91	921		

Piante
Organiche

Distretto
Corte d'Appello
di Trento

PIANTE ORGANICHE al 31 DICEMBRE 2018

UFFICI GIUDIZIARI GIUDICANTI - TRENTO

QUALIFICA		CORTE APPELLO TRENTO				TRIBUNALE SORVEGLIANZA TRENTO				TRIBUNALE MINORENNI TRENTO				TRIBUNALE DI ROVERETO				TRIBUNALE DI TRENTO				USI CIVICI C/O CORTE APPELLO TRENTO			
		PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE				
Presidente	Presidente	1	1			1	1			1	1			1	1			1	1						
	Presidenti di Sezione	3	2		1									1	1			1	1						
	Consiglieri / Giudici	10	10			2	2			2	1		1	8	6		2	19	16		3				
	Magistrato Distrettuale	1	1																						
	TOTALE Magistrati	15	14		1	3	3		0	3	2		1	9	7		2	21	18		3				
Dirigente	Dirigente	1	1															1							
	Terza Area	Direttore Amministrativo	3	1		2	2			2	1		1	2	1		1	4			4				
		Funzionario Contabile	5	3		2																			
		Funzionario Giudiziario	10	4	1	5	3	3			4	3	1		7	2	1	4	17	6	1	10			
		Funzionario Bibliotecario	1	1																					
Seconda Area	Funzionario linguistico	1	1						1																
	Cancelliere esperto	3	2	1		1	1			2	1		1	4	3		1	12	13		+1				
	Contabile	2	5		+3													1	1						
	Assistente Giudiziario	7	6	4	+3	3	2	1		1	1			7	6	2	+1	18	14	5	+1				
	Assistente Informatico	0	1		+1																				
Prima Area	Operatore Giudiziario/conducenti automezzi	12	8		4	3	2		1	3	1		2	10	7		3	10	10						
	Centralinista (assunzioni obbl.)		2												1										
TOTALE personale amm.	Ausiliario	6	3		3	1	1			1		1		3			3	16	7		9				
	TOTALE personale amm.	51	38	6	9	13	11	1	1	14	7	2	5	33	20	3	12	80	52	6	23				
Terza Area	Funzionario UNEP	14	8		6									3	1	2									
Seconda Area	Ufficiale Giudiziario	7	2		5									3	1	2									
	Assistente Giudiziario	6			6									3	2	1									
TOTALE personale UNEP		27	10		17									9	4	5	0								

La figura del centralista non è prevista in pianta organica.
Dal 1.1.2018 il personale amministrativo è transitato nei ruoli della Regione Autonoma Trentino Alto Adige ai sensi del D.Lgs. N. 16/2017

PIANTE ORGANICHE AL 31 DICEMBRE 2018

UFFICI GIUDIZIARI GIUDICANTI - BOLZANO

QUALIFICA		C. APP. TRENTO - SEZ DIST. BOLZANO				TRIBUNALE SORVEGLIANZA BOLZANO				TRIBUNALE MINORENNI BOLZANO				TRIBUNALE DI BOLZANO			
		PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE
	Presidente					1	1			1	1			1	1		
	Presidenti di Sezione	2	1		1									3	3		
	Consiglieri	7	6		1												
	Giudici					2	1		1	2	2			35	25		10
	Magistrato Distrettuale																
TOTALE Magistrati		9	7	0	2	3	2	0	1	3	3	0	0	39	29	0	10
Dirigente		1	1											1	1		
	Direttore Amministrativo	3			3	1			1	2	1		1	15	2		13
	Funz. Contabile	1			1									2	2		
	Funzionario Giudiziario	2	3		+ 1	1	2		+ 1	3		1		25	21		4
	Funz. informatico													1			1
Seconda Area	Funzionario Linguistico	4	1		3	1			1	1				15	4		11
	Cancelliere esperto	4			4	3	1	1	1	2			2	32	3		29
	Assistente informatico	2			2									2			2
	Contabile	1	1			1			1	1				1			1
	Assistente Giudiziario	4	2	3	+ 1	2	1		1	2		2		11	11	7	+ 7
Prima Area	Operatore Giudiziario/conducenti	6	6			3		1	2	2	3		+ 1	15	8	3	4
	Ausiliario	2			2	1			1	1	1			5	8		+ 3
	TOTALE personale amm.	30	14	3	15	13	6	2	8	14	8	3	7	125	60	10	65
Terza Area		16	11		5												
Seconda Area	Ufficiale Giudiziario	12	1		11												
	Assistente Giudiziario	15	5		10												
TOTALE personale UNEP		43	17		26												

Dal 1.1.2018 il personale amministrativo è transitato nei ruoli della Regione Autonoma Trentino Alto Adige ai sensi del D.Lgs. N. 16/2017

GIUDICI DI PACE			
	ORGANICO	IN SERVIZIO	VACANZE
BOLZANO	15	5	10
BRESSANONE	3	1	2
BRUNICO	2	1	1
EGNA	2	1	1
MERANO	5	0	5
SILANDRO	2	0	2
VIPITENO	2	0	2
<i>Totale Circondario Bolzano</i>	31	8	23
RIVA DEL GARDA	2	1	1
ROVERETO	3	1	2
<i>Totale Circondario Rovereto</i>	5	2	3
BORGO VALSUGANA	2	1	1
CAVALESE	2	1	1
CLES	2	0	2
MEZZOLOMBARDO	2	0	2
PERGINE VALSUGANA	2	1	1
TIONE	2	1	1
TRENTO	13	1	12
<i>Totale Circondario Trento</i>	25	5	20
TOTALE GENERALE	61	15	46

PIANTE ORGANICHE PERIODO AL 31 DICEMBRE 2018																
UFFICI GIUDIZIARI REQUIRENTI - TRENTO																
QUALIFICA	PROCURA GENERALE TRENTO				PROCURA REPUBBLICA MINORENNI TRENTO				PROCURA REPUBBLICA TRENTO				PROCURA REPUBBLICA ROVERETO			
	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE
Procuratore Generale	1	1														
Avvocato Generale																
Sostituti Procuratori Generali	2	2														
Procuratore della Repubblica						1	1		1	1			1	1		
Procuratore Aggiunto Repubblica																
Sostituti Procuratori					1	1			10	10			2	2		
Magistrato Distrettuale	1			1												
TOTALE Magistrati	4	3		1	2	2			11	11			3	3		
Dirigente	1			1					1							
Terza Area	Direttore Amministrativo	1	1		1			1	1				1			1
	Funzionario Giudiziario	2	2	1		1			6	1	1	4	3	1		2
	Funzionario Contabile	1		1					1	1						
	Funzionario Informatico															
	Funzionario linguistico	1	1													
	Cancelliere esperto	1	1			2	2		6	5	2	+ 1	2	3		+ 1
Seconda Area	Assistente Informatico	2		2					2			2				
	Contabile	1	1						1	1						
	Assistente Giudiziario	3	1	2		2	1	1	8	4		4	2	2	2	+ 2
	Operatore Giudiziario/conducenti automezzi	3	2		1		1	+ 1	14	14	2	+ 2	4	3		1
Prima Area	Ausiliario	3	1			2	2		8	5		3	2	1		1
TOTALE personale amm.	19	10	4	6	10	8	1	2	48	31	5	15	14	10	2	5

Dal 1.1.2018 il personale amministrativo è transitato nei ruoli della Regione Autonoma Trentino Alto Adige ai sensi del D.Lgs. N. 16/2017

PIANTE ORGANICHE AL 31 DICEMBRE 2018														
UFFICI GIUDIZIARI REQUIRENTI - BOLZANO														
QUALIFICA	PROCURA GENERALE BOLZANO				PROCURA REPUBBLICA PRESSO IL TRIBUNALE DI BOLZANO				PROCURA PER I MINORENNI DI BOLZANO					
	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE	PREVISTI IN ORGANICO	IN SERVIZIO	Personale in posizione di distacco/comando	VACANZE		
Procuratore Generale														
Avvocato Generale	1													
Sostituti Procuratori Generali	2													
Procuratore della Repubblica					1	1			1	1				
Procuratore Aggiunto Repubblica					1	1								
Sostituti Procuratori					10	8		2	1	1				
Magistrato Distrettuale														
TOTALE Magistrati	3	0			12	10		2	2	2				
Dirigente	1			1	1			1						
Terza Area	Direttore Amministrativo	1		1	6	1		5	1			1		
	Funzionario Giudiziario	1	3	+ 2	10	7		3	1	1	1	+ 1		
	Funzionario Contabile	1	1		1			1						
	Funzionario Informatico				1			1						
	Funzionario linguistico	1	1		3	2		1	1	1				
Seconda Area	Cancelliere esperto	2		2	15	6		9	1	2		+ 1		
	Assistente Informatico													
	Contabile	1		1	1			1						
	Assistente Giudiziario	1		1	9		2	7	1	1				
Prima Area	Operatore Giudiziario/conducenti automezzi	3	3		14	7		7	3			3		
	Ausiliario	1	3	+ 4	3	5	3	+ 5	1		1			
TOTALE personale amm.		13	11	2	6	64	28	5	36	9	5	2	4	
Dal 1.1.2018 il personale amministrativo è transitato nei ruoli della Regione Autonoma Trentino Alto Adige ai sensi del D.Lgs. N. 16/2017														

GIUDICI ONORARI DI TRIBUNALE			
	ORGANICO	IN SERVIZIO	VACANZE
TRENTO	11	11	0
ROVERETO	5	2	3
BOLZANO	20	12	8
VICE PROCURATORI ONORARI			
TRENTO	11	5	6
ROVERETO	6	5	1
BOLZANO	12	5	7
TOTALE	65	40	25



*Meister Wenzel (zugeschrieben), Zyklus der Monate (1397-1407 ca.), Juni
Castello del Buonconsiglio - Trient*

Titelblatt: Meister Wenzel, Zyklus der Monate, Jänner

OBERLANDESGERICHT TRIENT
Largo Pigarelli 1 - TRIENT
E-mail: ca.trento@giustizia.it
Tel.: 0461/200455-311

